

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Reich und Arm.

Die amtliche Uebersicht über die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer im Jahre 1910 liefert wiederum eine vortreffliche Beleuchtung der tiefen sozialen Klüfte, die in unserem kapitalistischen Staate zwischen Proletariern und Kapitalisten, zwischen Reich und Arm gähnt. Das Märchen von dem Ausgleich der sozialen Gegensätze durch die allmähliche Entwicklung des Klassenstaates erfährt durch die harten Zahlen der amtlichen Statistik eine unbarmherzige Widerlegung. Welches Aufheben hat selbst unsere liberale Presse davon gemacht, daß die Zahl der Jenfiten mit einem Einkommen von 900 bis 3000 M. seit dem Jahre 1892 so gewaltig zugenommen habe. Diese Zunahme selbst ist ja Tatsache, wuchs die Zahl der Jenfiten dieser Einkommensklassen doch von 2 119 000 im Jahre 1892 auf 5 537 000 im Jahre 1910. Wenn man aber berücksichtigt, daß sich seit 1892 die Lebenshaltung um mindestens 30 Proz. verteuert hat, daß also heute ein Einkommen von 1200 M. und mehr nicht einen Pfennig mehr darstellt, als vor 18 Jahren ein solches von 900 M., und ferner, daß von den 5 537 000 Jenfiten mit 900—3000 M. im Jahre 1910 2 452 497 nur ein Einkommen von 900—1200 M. und 8 257 206 ein solches von 900 bis 1850 M. befaßen, so bricht die Legende von dem angeblich so rapide wachsenden Einkommen auch der proletarischen Schichten völlig in sich zusammen. Es ist drei Millionen und eiskalten Hunderttausenden Proletariern gelungen — mit Hilfe ihrer Organisationen und unter den opferreichsten Kämpfen! — ihr Einkommen, das bis dahin unter 900 M. betrug, auf 1000, 1100, 1200—1350 M. zu erhöhen und damit die Verteuerung der Lebenshaltung durch den Brot-, Fleisch- und Wobensucher auszugleichen — das ist alles! Und dies glorreiche Resultat erscheint obenrein noch erheblich minder glänzend, wenn wir berücksichtigen, daß die Zahlen für 1910 infolge der Steuerdenunziationspflicht der Arbeitgeber das Einkommen der Arbeiter und Angestellten bis zum letzten Pfennig erfassen, was 1892 noch nicht der Fall war; so daß man schon aus diesem Grunde die Zahlen von 1892 keineswegs ohne weiteres mit denen von 1910 vergleichen darf. Aber selbst wenn man das tut, schrumpft die vielgerühmte Hebung des Einkommens der breiten Volksmassen im wesentlichen auf die bloße Anpassung der Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten zusammen.

Und trotz der enormen Verteuerung der Lebenshaltung bleiben nach der amtlichen Statistik von 1910 noch immer 42 Prozent der gesamten Bevölkerung Preussens unterhalb der Einkommensgrenze von 900 Mark! Und bei den 5 537 741 Jenfiten mit dem Einkommen von 900—3000 M. verteilen sich die Einkommen 1910 folgendermaßen:

Einkommen	Jenfiten
900—1050	1 841 497
1050—1200	1 111 000
1200—1350	804 709
1350—1500	679 904
1500—1650	496 897
1650—1800	359 518
1800—2100	328 167
2100—2400	238 807
2400—2700	145 090
2700—3000	99 154

Ueber 9000 M. Einkommen haben nur 703 753 Jenfiten. Ueber 30 500 M. Einkommen hatten 22 428 Personen, davon waren

18 585 Jenfiten mit 30 500—100 000 M. Einkommen	8 618
100 000—500 000	275
mehr als 500 000	

nämlich 197 Jenfiten mit 500 000 bis 1 Million Mark Einkommen, 78 über 1 Million, davon 13 über 8 Millionen.

Frägt man, wie sich das Gesamteinkommen von 13 710 Milliarden auf die beiden großen Gruppen der Jenfiten, derer mit 900—3000 Mark Einkommen und derer mit mehr als 3000 Mark Einkommen verteilen, so finden wir folgendes Ergebnis:

Zahl der Jenfiten	Einkommenssumme
mit 900—3000 M. Einkommen	5 537 741
	7675 Millionen
Zahl der Jenfiten	Einkommenssumme
mit mehr als 3000 M. Einkommen	703 753
	6085 Millionen

Das heißt: Auf 5 537 741 Jenfiten = 88,72 Proz. aller Jenfiten entfallen 56 Proz. des Einkommens. Auf die 703 753 = 11,28 Proz. der Jenfiten mit mehr als 3000 M. Einkommen dagegen 44 Proz. des Einkommens! Oder anders ausgedrückt: während das Durchschnittseinkommen der Jenfiten mit 900—3000 M. Einkommen nur 1380 M. beträgt, beläuft sich das Durchschnittseinkommen bei den Jenfiten mit mehr als 3000 M. Einkommen auf 8576 M.!

Das Durchschnittseinkommen, verrechnet auf sämtliche Jenfiten, beläuft sich 1910 auf 2197 M. gegenüber 2350 M. im Jahre 1892. Es ist also um 153 M. = 6,5 Proz. gesunken. Dagegen ist das Durchschnittseinkommen der Jenfiten mit mehr als 3000 M. Einkommen von 8812

auf 8576 M., also um 236 M. = 2,6 Proz. gesunken. Man sieht also, daß sich das Durchschnittseinkommen der höheren Steuerstufen nur in viel geringerem Maße vermindert hat, als das der niederen Einkommensstufen.

Vergleichen wir die Ergebnisse der Jahre 1904 und 1910 miteinander, so finden wir, daß 1904 der Anteil der Jenfiten mit 900—3000 M. Einkommen an dem steuerpflichtigen Gesamteinkommen 54 Proz. betrug gegenüber 56 Proz. im Jahre 1910. Nichts aber wäre verkehrter, als daraus zu folgern, daß der höhere Anteil der unteren Einkommensstufen auch auf ein relativ stärkeres Wachstum der niederen Einkommen schließen ließe. Denn im Jahre 1904 bildeten die Jenfiten mit 900—3000 M. Einkommen nebst Angehörigen nur 32,62 Proz. der preussischen Gesamtbevölkerung, 1910 dagegen 42,68 Proz.!

Von welcher Seite aus wir also auch die Zahlen der neuesten preussischen Einkommensteuerstatistik betrachten — von einer nennenswerten Hebung der Lage der breiten Schichten der arbeitenden Masse ist nichts zu bemerken. Eine Emanzipation der arbeitenden Klasse, eine Emporhebung der Proletarier zu menschenwürdiger Lage, eine Anteilnahme der breiten Masse des Volkes an der vollen Kultur unserer Zeit ist eben nur möglich bei einer radikalen Umgestaltung unserer Produktionsverhältnisse, der Ersetzung des kapitalistischen Systems durch eine sozialistische Produktionsweise!

## Die Obstruktion der Junker.

Der dritte Versuch der konservativen und freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, durch ihren Vorkott des Seniorenlombents die übrigen Parteien zu einer Vergewaltigung der sozialdemokratischen Fraktion zu drängen, hat bei den liberalen Parteien wenig Gegenliebe gefunden. Wir zitierten gestern bereits eine abfällige Äußerung der „Voss. Stg.“ gegenüber dem unverstörten Scharfmacherverlauf der Wappenheim und Jedlig. Auch die „National-Ztg.“ hat für die junkerliche Drängelei eine scharfe Abgabe. Sie schreibt:

„Die rechtsstehenden Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses scheinen nach den letzten Zusammenstößen des Präsidiums mit den Sozialdemokraten, wobei beide Teile die parlamentarischen Grenzen nicht entsprechend beachtet haben, auf eine weitere Verschärfung der Lage hinzuwirken. Das beweis schon der ostentative Beifall, mit dem die Konservativen und das Zentrum die gestrigen Erklärungen des Herrn v. Kröcher ausnahmen, er werde die schärfsten Ordnungsmassnahmen anwenden und gegebenenfalls eine weitere „angemessene Verschärfung“ der Geschäftsordnung erbitten. Die Liberalen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie die Einfügung neuer Polizeijoder „Hausrechtsparagrafen“ in die Geschäftsordnung keineswegs für wünschenswert halten. Nichts wäre verkehrter, als den Sozialdemokraten durch eine kleinliche Handhabung der Geschäftsordnung und durch eine sehr bedenkliche, ja gefährliche Einengung der parlamentarischen Freiheit zu einem wohlfeilen Martyrium zu verhelfen. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch den Versuch der Konservativen und Freikonservativen im Abgeordnetenhaus, sich an den Verhandlungen des Seniorenlombents bis auf weiteres nicht mehr zu beteiligen, als ebenso engherzig wie politisch unklug bezeichnen.“

Darauf es mit dem eigenartigen Vorkott der Fraktionen der Junker und Scharfmacher zunächst abgesehen ist, vertritt die „Kreuzzeitung“:

„Wir vermögen überhaupt nicht einzusehen, weshalb man der aus sechs Abgeordneten bestehenden sozialdemokratischen Gruppe einen Sitz im Seniorenlombent eingeräumt hat, da es wie im Reichstage doch auch im Abgeordnetenhaus Brauch sein dürfte, als Fraktion mit Recht auf Sitz und Stimme in den Kommissionen nur diejenige Partei anzuerkennen, die über einen Bestand von mindestens 15 Mitgliedern verfügt.“

Hier wird also unumwunden gefordert, daß die sozialdemokratische Fraktion aus dem Seniorenlombent herausgeworfen werde! Dabei mag das Junkerorgan seine Forderung damit zu begründen, daß nach parlamentarischem Brauch eine Partei nur dann Sitz und Stimme im Seniorenlombent und in den Kommissionen zu beanspruchen habe, wenn sie mindestens fünfzehn Vertreter zähle. Nun, zunächst ist es doch während zweier Sessionen Brauch im preussischen Abgeordnetenhaus gewesen, die sozialdemokratische Fraktion als Fraktion anzuerkennen. Daß dieser Brauch aber geübt wurde, ist auch keineswegs der Klobesse und einem außerordentlichen „Entgegenkommen“ der Mehrheit des Dreiklassenparlamentes zu danken, sondern verschiedenen gar nicht abweisbaren Erwägungen. Denn zunächst konnte man der Sozialdemokratie trotz ihrer geringen Kopfzahl die Rechte einer Fraktion schon deshalb nicht versagen, weil man auch der Vertretung der freisinnigen Vereinigung diese Rechte stets eingeräumt hatte, obwohl auch sie weit unter der Stärke von 15 Mitgliedern geblieben war, nämlich nur 8 Mitglieder zählte! Und dann konnte man doch die Vertreter einer Partei auch deshalb unmöglich schlechter behandeln wie die freisinnige Vereinigung, die, wie die sozialdemokratische Partei, bei den Wahlen weitaus die größte Wählerzahl von allen Parteien aufgebracht hatte, beispielsweise mehr als zehnmal so viel Wähler wie die freikonservative Partei, die im Geldsachparlament durch 60 Abgeordnete vertreten ist.

Man mußte also, wollte man nicht aller Vernunft und Billigkeit in der brutalsten Weise ins Gesicht schlagen, die sozialdemokratische Abgeordnetengruppe als Fraktion anerkennen! Wollte man aber jetzt, nachdem selbst Regierung und Parlamentsmehrheit das elendeste aller Wahlsysteme als

unhaltbar anerkannt haben, die sechs Sozialdemokraten entreechten und vergewaltigen, so würde man damit der reaktionären Annäherung und Unberstörtheit die Krone aufsetzen! Will man das Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen riskieren, uns soll's recht sein! Man geniere sich also nur ja nicht, den Agitationsstoff können wir gerade noch gebrauchen!

Die Nationalliberalen tragen offenbar schwere Bedenken, der Rechten den Gefallen zu tun. Wie wäre es da mit einem neuen Liebesdienst des Zentrums? Das Zentrum hat sich ja bei der Wahlrechtsfrage bereits bereit den Junkern zu Liebe entwürdigt und blamiert, daß es ihm auf einen neuen Akt der Selbstbesudelung nicht so sehr ankommen braucht! Bis jetzt hat denn auch die „Germania“ noch kein Wort der Kritik für den konservativen Erpresserversuch gefunden!

## Wie man die Armut „einschränken“ kann.

Aus London wird uns geschrieben:

Es ist hier schon mehrere Male darauf hingewiesen worden, wie die liberalen „Sozialreformer“ Englands die Einrichtung der staatlichen Arbeitsnachweise agitatorisch ausgenutzt haben. Der konservativen Behauptung, daß die Tarifreform das Uebel der Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen würde, hielten sie entgegen, daß die Liberalen nicht nur versprächen, den Arbeitern Beschäftigung zu finden, sondern den Arbeitern auch wirklich Arbeit gäben. Sie führten darauf mit großer Genugtuung die Zahl derer an, die durch die Arbeitsnachweise mit Stellen versorgt worden sind, und knüpften daran in ihrer raffinierten Weise die stillschweigende Folgerung, daß es die von den Liberalen geschaffenen Arbeitsnachweise waren, die die Arbeit schufen. (!) Um diese günstige Wirkung der Arbeitsnachweise und der sozialpolitischen Weisheit der Regierung möglichst zu vermehren, trieb man die Vorsteh der Arbeitsnachweise zu den größten Leistungen an. Diese Leute, die neu im Amte waren und ihre Fähigkeiten beweisen wollten, ließen es denn auch an nichts fehlen, um die Arbeitsnachweise bei den Arbeitgebern beliebt zu machen. Auf diese Weise trieb man bald die Zahl der besetzten Stellen hinauf, so daß die Regierungspresse am Ende jedes Monats mit neuen Erfolgen prunken konnte. Daß die Einrichtung von Arbeitsnachweisen der Arbeitslosigkeit in irgend einem Grade abgeholfen hat, ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Man könnte geradezu das Gegenteil behaupten. Im Gespräch mit Gewerkschaftsführern hört man häufig Klagen darüber, daß gewisse Arbeitgeber in der letzten Zeit ihre Arbeiter viel häufiger entlassen wie früher, da sie im Notfall immer auf den Eifer der Vorsteh der Arbeitsnachweise rechnen können. Diese Erscheinung wird von der Regierungspresse natürlich verschwiegen.

Eine ähnliche Medizin hat sich nun der Minister Burns für die Armut herstellen lassen. Er will die Armut — oder doch wenigstens die Paupers — möglichst aus der Welt administrieren und damit eine eminente Begabung als Hausknecht des Kapitalismus beweisen. Vor einiger Zeit setzte er einen Ausschuss ein, der die verschiedenen seit dem Jahre 1834 erlassenen ministeriellen Vorschriften über die Handhabung des Armenunterstützungswesens zu einem einheitlichen Statut ausarbeiten sollte. Der Ausschuss hat vor kurzem seine Arbeiten erledigt und Vorschläge gemacht, die in der gesamten bürgerlichen Presse als eine höchst nützliche Reform gepriesen worden sind. Zwar hat Herr Burns seine Unterschrift zu der Neuerung noch nicht gegeben; aber man kann ziemlich sicher annehmen, daß er dem Werke seiner untergebenen Bureaukraten seine Zustimmung nicht vorenthalten wird. Zur Kennzeichnung dieser „Reform“ seien nur folgende Punkte angegeben. Die bestehenden ministeriellen Erlasse über die Armenverwaltung lassen sich in zwei Hauptklassen teilen: Prohibitivverlasse und Regulierungserlasse. Die ersten, die meist in den ländlichen Gegenden in Kraft sind, unterlagen der Erteilung von Hausunterstützung an arbeitsfähige Männer oder Frauen außer in seltenen Fällen. Die letzten, die meist in den Großstädten in Kraft sind, erlauben eine weit menschlichere Unterstützung bedürftiger Personen und besonders der Frauen. Das von Herrn Burns eingeführte Komitee hat sich nun die Prohibitivverlasse — wie es selbst angibt — als Muster genommen und eine allgemein gültige Verordnung entworfen, die nur dazu führen kann, die Armen abzusprechen und die hilflosesten Personen in das vom Volke arminig gehakte und entehrende Arbeitshaus zu schicken. Auf alle Fälle kann man sich darauf verlassen, daß unter dem Reformeifer des Herrn Burns die Zahl der Gemeinbarmen, die Hausunterstützung empfangen, in kurzer Zeit rapide zusammenschumpfen wird. Wieder ein Erfolg der liberalen Sozialpolitik! wird es dann in der englischen Regierungspresse heißen. Man kann das geplante Manöver nicht besser schildern, als es in einem Briefe eines bürgerlichen Kritikers geschieht, in dem es heißt: „Wenn die Vorschläge des Komitees ausgeführt werden, so wird das Ministerium zweifelsohne um diese Zeit im nächsten Jahre imstande sein, uns über eine neue und überraschende Abnahme der Zahl der Gemeinbarmen zu berichten, und der Grad dieser Abnahme wird einen mehr oder weniger genauen Maßstab für die Zunahme der Leiden und Entbehrungen abgeben, die durch diese neue allgemeine Verordnung verursacht werden.“

**Die Interfusions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Leitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar 1911.

## Der Hanfabund als Vorkampf der Reaktion.

Aus Wülhausen (Elsah) wird uns berichtet: Der Hanfabund hielt am Dienstag, den 24. Januar, im Börsensaal der Industriellen Gesellschaft in Wülhausen i. E. eine Bürgerversammlung ab, zu welcher die Presse keinen Zutritt hatte: ein Redakteur der „Wülhauser Volkszeitung“, der sich auf seine Zugehörigkeit zur Presse berief, wurde trotzdem nicht zugelassen. Der Zutritt erfolgte nur auf Grund von persönlichen Einladungen, welche an die Mitglieder von kaufmännischen und Jungungsorganisationen verschickt worden waren. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß zu diesem Ausschluß der Öffentlichkeit aller Grund vorlag. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Ansprache des Herrn G. Kern, Direktor der Gasgesellschaft in Strahburg, in französischer Sprache über „Das Werk des Hanfabundes“, dann ein Vortrag des Dr. B. Hüttemann aus Berlin. In Stelle dieser beiden Herren, die verhindert waren, sprach aber Herrmann Schmidt, Sekretär des Hanfabundes, indem er außer gegen die Konservativen auch gegen die Sozialdemokratie loszog, die durch ihr Eintreten für die sozialpolitische Gesetzgebung Industrie und Handel unerträglich belaste. Der Vorsitzende der Versammlung, der ehemalige nationalliberale Reichstags- Abgeordnete Theodor Schlumberger, Präsident des Elsaß-Lothringischen Industriellen-Syndikates, ging weiter: unter dem johlenden Beifall der fast nur aus Sozialreaktionären zusammengesetzten Versammlung erzählte er aus den Reichstagsverhandlungen über den Zuckertarif von 1902 eine Geschichte, die darum sollte, wie wenig ernst die sozialdemokratischen Parlamentarier zu nehmen seien. In der Zolltarifkommission habe es sich getroffen, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stadthagen an seine Seite zu sitzen kam. Da habe er (Schlumberger) dem Kollegen Stadthagen auseinandergesetzt, daß bei Aufhebung der industriellen Schutzzölle die Industrie in Wülhausen i. E. von der englischen Konkurrenz erbarmungslos vernichtet werden würde — und das würde doch die Arbeiter ebenfalls treffen. Daraufhin habe ihm Stadthagen geantwortet: „Sie haben vollständig recht, lieber Kollege! Aber Sie wissen — ich bin sozialdemokratischer Führer, und in unserem Parteiprogramm wird leider der Freihandel gefordert. Ich muß daher für den Freihandel eintreten.“

Und Herr Theodor Schlumberger, dieser typische Vertreter des industriellen Scharfmachertums im Elsaß, schloß seine Ansprache unter tosenden Bravo mit der Schlussfolgerung: So sind die Sozialdemokraten! Auch wenn sie noch so intelligent sind, sind sie von ihrem Parteiprogramm abhängig, und wir können nichts mit ihnen anfangen.

Bei der folgenden Wahl eines „Komitees der Ortsgruppe des Hanfabundes für Wülhausen und Umgegend“ wurden gewählt: Der Vorsitzende der liberalen Partei, Fabrikant E. Kern, der liberale Landesauswahlabgeordnete Diemer-Heilmann neben einer Reihe anderer liberaler Parteiführer, darunter natürlich Theodor Schlumberger selbst; ferner die liberalen Eröndle, Purtschell usw. Das Ganze ist ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzogener erster Aufmarsch der großkapitalistischen Scharfmacher und Sozialreaktionäre zur Reichstagswahl mit der Spitze gegen die Sozialdemokratie, in einem Wahlkreise, wo die damit eingeleitete liberal-hanfabundische Kandidatur nur mit Hilfe des Zentrums zum Siege gelangen kann. Bemerkenswert ist noch, daß der Sekretär des Hanfabundes als Referent bei der Anpreisung der wahlpolitischen Leistungsfähigkeit des Hanfabundes durch Geldzuschüsse, Flugblätter und rednerische Kräfte besonders auf Zablaw-Wehlau hinvies, wo ohne den Hanfabund das Mandat den Konservativen nicht hätte abgenommen werden können.

Zu der Auslösung des früheren Abgeordneten Schlumberger erklärt der Genosse Stadthagen:

Die Erzählung des früheren Reichstagskollegen Schlumberger über eine Unterhaltung mit mir ist von Anfang bis zu Ende erfinden. Ob Herr Schlumberger in einer Zolltarifkommission sitzung neben mir gesessen hat, weiß ich nicht. Keinesfalls habe ich eine Äußerung offiziell oder privatim getan, die auch nur annähernd so gelaute hat, wie Herr Schlumberger jetzt behauptet. Hätte ich eine solche Äußerung kundgegeben, die meiner Ueberzeugung und der Vertretung meiner Ueberzeugung auf entschiedenste widerspricht, so hätte Herr Schlumberger mit Zug und Recht eine solche Behauptung sofort in der Kommission niedriger gehängt. In der Kommission habe ich dargelegt, daß die Zölle, insbesondere auf Garn, der Industrie nichts nützen, ihr, den Arbeitern wie den Arbeitgebern der gesamten Textilindustrie sowie der Arbeiterklasse unendlichen Schaden zugefügt haben und als Prämie für Rückständigkeit in der Technik gewirkt haben. Etwas anderes kann ich auch nicht privatim geäußert haben. Die Behauptung Schlumbergers ist eine frivole, gegen besseres Wissen aufgestellte Erfindung. Arthur Stadthagen.

## Der unmögliche Präsident.

Das „Berliner Tageblatt“ findet das Verhalten Jordans v. Kröcher „immer unverständlicher“. Sein Urteil über den neuesten „Scherz“, seine Botschaft an die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, faßt es in die Worte zusammen: „In die parlamentarischen Formen der Gegenwart paßt er nicht mehr, nicht einmal in das preussische Dreiklassenparlament. Der „Vorwärts“ meint, daß Herr v. Kröcher sich vollends unmöglich machen werde, wenn er es noch einige Zeit so weiter treibe. Wir gehen etwas weiter und glauben, daß er schon heute als Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses unmöglich sei.“

## Die Freikonservativen und der elsah-lothringische Verfassungsentwurf.

Der Reichsverband v. Dirlsen hat am Donnerstag im Reichstage für die freikonservative Fraktion zum elsah-lothringischen Verfassungsentwurf gesprochen. Seine Rede war so klar, daß die „Post“ sich genötigt fühlte, einen Kommentar zu dieser Rede zu geben. In der liberalen Presse hatte man nämlich aus den Ausführungen des Reichsverbandes v. Dirlsen herausgelesen, daß die Freikonservativen dem Verfassungsentwurf zustimmen würden. Die „Post“ hebt nun die einzelnen Punkte aus der Rede Dirlsens noch einmal hervor und schließt dann:

Diese kurze Hervorhebung, des wesentlichsten Inhalts der Rede des Abg. v. Dirlsen wird genügen, um erkennen zu lassen, daß deren Charakterisierung als Zustimmung zu dem Entwurf dem wirklichen Sachverhalt durchaus nicht entspricht.“

## Landesväterliche Steuerfreiheit und Steuerfurchen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die Vertreterin der Interessen des rheinischen Großkapitals, schreibt in ihrer Nr. 103 vom Donnerstag:

„Uns interessiert die Erörterung über diese Angelegenheit (Steuerfreiheit der Fürsten) vorläufig in zweierlei Hinsicht. Zunächst einmal, soweit der von den Verteidigern der Steuerfreiheit in den Vordergrund gehobene „logische Widerspruch“, den Träger der Steuerfreiheit selbst zu bestreiten“, in Betracht kommt. Erstens bringt bekanntlich das deutsche Volk die Steuer nicht für die Landesfürsten auf, sondern zur Förderung seines eigenen Wohles, und dann ist bisher noch kein einziger Landesfürst von der indirekten Besteuerung freigebieben, und möge er hundertmal „Träger der Steuerfreiheit“ sein. . . . Vermuth, Senze, die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ und ihre Nachbeter stellen mit ganz besonderer Gewichtigkeit das „monarchische Prinzip“ in den Vordergrund, das verlegt werde, wenn man die Landesfürsten und die Landesfürstinnen einer Besteuerung des unverbienten Wertzuwachses bei einem Verkauf ihrer Liegenschaften unterziehe. Wir meinen, wenn das „monarchische Prinzip“ einige Landesfürsten nicht behindert, den Spuren des königlichen Kaufmanns von Belgien zu folgen, statt sich auf ihre Regiererei zu beschränken; wenn einige, wie im Reichstage vorgebracht wurde, ungeachtet ihrer Souveränität recht gewinnbringende Grundstücksgeäfte machen; wenn einige keinen Anstoß daran nehmen, wie der Prozeß Hochberg-Barnes in New York erwiesen hat, in amerikanischen Werten zu spekulieren; wenn einige ihre verfügbaren Gelder in große deutsche Aktienunternehmungen einlegen und dort hoch zinstragend zu verwerten suchen; wenn einige Dernburg wesentlich in seiner Abwehr gegen die Angriffe auf die kolonialen Gesellschaften beeinflusst, weil sie selber in Südwestafrika stark mit Geld engagiert sind; und wenn sie schließlich die ihnen gewährte Portofreiheit dazu benützen, um Erzeugnisse ihrer Wirtschaftsbetriebe, wie Wolleerprodukte und die Opfer ihrer Jagdlust unentgeltlich an die Abnehmer zu verschicken: dann werden allen Erstes unsere Reichstagsabgeordneten die Frage einmal grundsätzlich zu erörtern haben, wo der „logische Widerspruch“ steht, solche kaufmännisch veranlagten „Träger der Steuerfreiheit“ nicht genau so nach jeder Richtung ihrer nicht souveränen Erwerbstätigkeit hin zu besteuern wie den ärmsten Mann im Reich. Die Drohung mit der Ablehnung des ganzen Gesetzesentwurfs ist deshalb recht ungeschickt und wirkt verbittern. Es wäre wahrhaftig toll, wenn an einer solchen Frage ein Gesetz scheitern sollte, dessen Einkünfte zur Deckung der notwendigen Gesetzesvermehrung und der Veteranenunterstützungen bestimmt sind.“

## Fortschrittliche Gemeindepolitik.

Der Magistrat in Frankfurt a. M. hat zwei von den Stadtverordneten vorgeschlagene Bezirksvorsteherwahlen nicht bestätigt, weil der eine Gewählte ein Volksschullehrer ist und der andere der sozialdemokratischen Partei angehört. Dabei kann sich der Magistrat nicht einmal darauf berufen, daß etwa die Regierung Schwierigkeiten gemacht hätte. Frankfurt hat ein Sondergesetz; seine Städteordnung sagt ausdrücklich, daß weder die Stadträte noch die Bezirksvorsteher usw. der Bestätigung durch die Regierung bedürfen.

## Die Hege gegen das Asylrecht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere Scharfmacherblätter geben eine Schaueranrede des üblichen Pariser Sensationsblattes „Echo de Paris“ wieder, das sich aus Petersburg einen angeblichen Attentatsplan auf — ausgerechnet — Wilhelm II. melden läßt. Es heißt darin:

„Der russische Minister des Innern hat soeben Einzelheiten über die Anarchistenbewegung in Rußland veröffentlicht, die ein helles Licht auf den englisch-russischen Anarchisten-Austausch wirft. So wurden die Petersburger Anarchistengruppen größtenteils vor etwa acht Jahren von Männern gebildet, die vorher längere Zeit in London gewirkt hatten. . . . Unter den zahlreichen Plänen der russischen Anarchisten erregt die im Frühjahr 1907 gegründete Geheimverbindung, die ein Attentat auf den Deutschen Kaiser plante, besonderes Interesse. Nach den Erklärungen des Ministeriums des Innern wurden damals vier Mitglieder der Vereinigung nach Charlottenburg gebracht, wo sie sich längere Zeit aufhielten. Sie erlitten in einer Verlammlung zu Wilna Bericht über ihre Tätigkeit. Die erneute Entsendung von zwei Mitgliedern nach Berlin wurde beschlossen. Sie sollten dort alles zur baldigen Tat vorbereiten. Der deutschen Geheimpolizei ist es damals gelungen, das Komplott rechtzeitig aufzudecken und einen der Anarchisten in Haft zu nehmen.“

Der einzige Zweck dieser Mitteilungen ist die Stimmungsmache gegen das englische Asylrecht, das allen Reaktionsären ein Stein des Anstoßes ist. Die Berliner Geheimpolizei hat ja übrigens ein einfaches Mittel, um Attentate zu vereiteln. Sie braucht bloß auf die Berliner Filiale der russischen Polizei ein sorgfames Auge zu haben. Den russischen Polizisten, die das Attentat auf den Großfürsten Sergius unterstützt haben, wäre es allerdings schon zugutruhen, daß sie bei ihrer neuerlichen Propaganda gegen das Asylrecht wieder einmal zur Tat übergingen.

## Oesterreich-Ungarn und die Schiffsabgaben.

Der Wiener Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Eine nach hier gemeldete offizielle Auslassung des kaiserlichen Telegraphenbureaus gegen die österreichische Wasserstraßen-Opposition, in der die Oesterreicher gerügt werden, weil sie der deutschen Reichsregierung die Absicht eines Vertragsbruchs in die Schuhe schieben, wird hier mit Verwunderung gelesen. In der jüngsten Demonstrationenversammlung in Wulff hat der Regierungsvertreter Riedel direkt ausgesprochen, daß eine Lokalitätsverletzung seitens Deutschlands ausgeschlossen sei. Wenn man in Oesterreich-Ungarn gleichwohl beantragt ist, so hat dies darin seinen Grund, daß man nicht versteht, warum die Reichsregierung in ihrer gesetzgeberischen Aktion für die Wasserzölle fortfährt, trotzdem sie die äußerst entschiedenen Erklärungen aller österreichischen Regierungsfestsetzer und des Parlaments zur Kenntnis nehmen mußte. Man befürchtet hier, daß unter dem Druck der preussischen Agrarier die Reichsregierung doch versuchen werde, Oesterreich-Ungarn in irgend eine Zwangslage zu bringen, aus der es einen Ausweg nur unter Aufopferung seines prinzipiellen Widerstands gegen die Wasserstraßenabgaben finden könnte, und man will nichts untersucht lassen, um der österreichischen Regierung von hier aus jeden solchen Ausweg abzuschneiden. Wenn die preussische Regierung die allerdings nicht erfreulichen politischen Nebenwirkungen nicht haben wollte, so hätte sie die ganze Aktion nicht anfangen und vor allem nach dem energischen Widerspruch Oesterreichs nicht fortsetzen dürfen. Diese Fortsetzung ist es, die hier den allerhöchsten Eindruck macht.

## Die Bodenreformer und die zweite Lesung der Reichsvertzuwachsteuer.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Bodenreformer in Berlin legte vorgestern der Bundesvorsitzende H. Damschke deren Stellung zu den Reichstagen der zweiten Lesung dar. Er beklagte die vielen Abschwächungen, die den Kern des Gesetzes so sehr verdunkelt hätten, daß die Frage in Bodenreformkreisen aufgeworfen worden sei, ob man überhaupt noch Wert auf die Beratung eines solchen Gesetzes legen solle oder nicht. Vereinsalt

wäre die Meinung vertreten, daß eine so herabgesetzte Durchführung des an sich richtigen Problems mehr schaden als nützen werde.

Demgegenüber wies der Bundesvorsitzende darauf hin, daß sich auch hier nur ein Vorgang wiederhole, der bei jedem neuen großen sozialen Fortschritt zu beachten sei. Auf der langen, beschwerlichen Wanderung durch die gesetzgebenden Körperschaften habe sich nach jede große Idee anfangs so verhalten, daß ihre eifrigsten Befechter zunächst enttäuscht und entmutigt waren. Aber dennoch müsse man entschlossen „Ja“ sagen, damit der erste Schritt in die Praxis hinein überhaupt geschehe. Ist der Grundgedanke gerecht und notwendig, so werden das Leben und die Vernunft, die in ihm selbst liegen, schon zur weiteren Ausgestaltung führen.

Der Grundgedanke der Reichsvertzuwachsteuer aber ist so gerecht und notwendig, daß niemand im Reichstag ihm zu widersprechen gewagt hat, auch die nicht, die seiner Durchführung alle erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg getürmt haben. Es handelt sich um ein neues Prinzip in der Reichsfinanzreform, deren volle Durchführung in immer weiteren Kreisen als eine nationale Notwendigkeit erkannt wird. Der deutsche Boden ist seit Aufriehung des Reiches in ungehörter Weise an Wert gewachsen. Diese „unverbiente“ Wertsteigerung nun auch für die Gesamtheit nutzbar zu machen, die sie allein hervorruft, dieser Gedanke eröffnet den Weg zu einer Regelung der Reichsbesteuerung, auf dem Handel und Industrie nicht weiter geschädigt und die Lebenshaltung des Volkes nicht weiter belastet zu werden brauchen.

Dieser Grundgedanke will jetzt das erste mal Leben und Gestalt gewinnen. Möge das Leben auch kümmerlich und die Gestalt nicht gerade schön sein: das Leben wächst und die Gestalt entwickelt sich.

## Ein Keger.

Der evangelische Pfarrer Jatho in Köln hat sich durch zwei seiner Predigten die Nichtbilligung des Oberkirchenrats zugezogen. Dieser stellte ihm eine Frist von 14 Tagen, um sich zu den anstößigen Punkten zu äußern. Jedenfalls sind die Erklärungen aber nicht nach dem Wunsche des Oberkirchenrats ausgefallen, denn gegen den Pfarrer Jatho ist mittlerweile ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Der Verband für evangelische Freiheit will am Sonntag in Köln zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, zu welchem Zwecke eine Protestkundgebung veranstaltet werden wird. — Die Bekehrten sind wirklich ein Paar besser als die Bekehrten. Wie wäre es mit einem evangelischen Moderniseneid?

## Die Kriegervereine gegen den „Reichsfeind“.

Der Nachfolger des verstorbenen Generals v. Spitz im Kommando der Kriegervereine, Generaloberst v. Lindequist, folgt getreulich den Spuren seines Vorgängers. Auf der Tagung der Kriegerverbandsvorstände bezeichnete er als Reichsfeinde die Welfen, die Polen und die Sozialdemokratie, um dann darzulegen:

„Der Kampf dürfe sich nicht auf die Abwehr beschränken, sondern es müsse zum Angriff übergegangen werden, um den Stieg zu erringen. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Parole von allen Kameraden in den Kriegervereinen beherzigt würde, ebenso aber auch die Mahnung, auf das strengste darauf zu achten, daß die Streitigkeiten der bürgerlichen Parteien aus den Kriegervereinen fernbleiben.“

## Der duellwütige Oberleutnant und der kleine Cohn.

Am Mittwoch wurde vor dem Kriegsgericht des 17. Armeekorps (Hamburg) eine lustige Sache verhandelt. Der Oberleutnant v. Weermann hatte sich wegen Herausforderung zum Zweikampf und der Oberleutnant v. Zimmermann wegen Karrieretrogens zu verantworten. Um den Urheber eines Gerüchts, seine Frau sei von einem Cafetier hinausgewiesen und er habe den Cafetier geohrfeigt, in Erfahrung zu bringen, beantragte v. G. gegen sich ein ehrenrühriges Verfahren, in welchem außer dem Cafetier die Annoncenaukäuferin Waber und Cohn als Zeugen vernommen wurden. Verbreiter des Gerüchts soll der „kleine Cohn“ sein, gegen den der Oberleutnant v. G. eine Privatklage angestrengt hat, die noch in der Schwebelage ist. Um sich nun völlig zu rehabilitieren (so erfordert es wohl der militärische Ehrentod), schickte v. G. dem kleinen Cohn, wie dieser von seinen Freunden genannt wird, den Oberleutnant v. J. auf die Wude, ihn zum Duell herauszufordern. Bedingungen waren: Glatte Pistolen mit Silber und Korn, zweimaliger Kugelwechsel, 20 Schritte Distanz. Als der Herr Oberleutnant J. sein Verlangen vorgebracht hatte, richtete sich der kleine Cohn in die Höhe, blinzelte den Krieger jaghaft an und fragte: „Bin ich denn satisfaktionsfähig?“ Der Oberleutnant erwiderte: „Das müssen Sie selbst wissen.“

Der „kleine Cohn“ schob sich aber vorsichtigerweise nicht, da manchmal Pistolenlagen großen Schaden anrichten können, sondern brachte die Sache zur Angeize. Der Ankläger sülzte die Komik der Situation heraus und meinte, es wäre richtiger gewesen, vor der Herausforderung zum Duell erst gewisse Vorfragen zu erledigen: ob Herr Cohn satisfaktionsfähig sei und ob dieser kein Gegner des Duells sei. Es gebe heutzutage viele prinzipielle Duellgegner, Antiduellvereine usw. Daher sei Voricht am Plage. Antragsgemäß wurden beide Angeklagte zu je einem Tage Festungshaft (Mandatsstrafe) verurteilt.

## Konfessionelle und interkonfessionelle Wandlungen.

Eine höchst amüsante Geschichte von dem Bestreben ultramontaner Kreise, die katholischen Jünglinge vom gesellschaftlichen Verkehr mit protestantischen Altersgenossen abzuhalten, weiß die „Tägl. Rundschau“ zu erzählen. Danach wollte jüngst der Vorsitzende eines katholischen Jünglingsvereins eine Turnabteilung streng konfessioneller Art gründen und richtete ein Gesuch mit der Bitte um finanzielle Beihilfe an die Regierung. Dieses Gesuch wurde von dem betreffenden Regierungspräsidenten, nachdem er zweimal den Präses des katholischen Jünglingsvereins auf die Möglichkeit des Anschlusses an die anderen im Ort schon bestehenden Turnvereine aufmerksam gemacht hat, abschlägig beschieden mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß den Mitgliedern des katholischen Vereins hinreichend Gelegenheit geboten sei, sich in zwei schon bestehenden Turnvereinen sportlich zu betätigen, und daß daher auch beim Vorhandensein von Mitteln die Bitte um finanzielle Unterstützung wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Diese Antwort auf das Gesuch hat die Zentrumspreffe in Harnisch gebracht. Die „Germania“ schreibt dazu:

Soll nach dem Wunsche des Kriegsministers (— und wie dürfen wohl hinzufügen: auch des Kaisers) die Jugend erstens auf religiöser Grundlage weitergebildet und gewappnet werden gegen die zerstörenden Einflüsse der Sozialdemokratie, und soll sie zweitens zugleich auch körperlich gesüht und gekräftigt werden, dann ist die Ermöglichung und Förderung des Turnens in den konfessionellen Jugendvereinen unbedingt erforderlich.

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt zu dieser Leistung: Was sagen die protestantischen Pastoren der „gemeinsamen Grundlage“ dazu, daß das führende Zentrumsblatt ausdrücklich es für unmöglich erklärt, daß katholische Jünglinge auch nur die Wandzelle und den Klammern auf dieser gemeinsamen Grundlage zusammen mit evangelischen Altersgenossen über Wänter, ohne Schaden an ihrer Seele zu nehmen?

## Oesterreich.

### Ein Grenzwissenschaft.

Wien, 27. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bemberg: Gestern wurden von österreichischen Gendarmen zwei Oesterreich-Ungarn ausgewiesene russische Unterthanen an die russische Grenze bei Bodmolozhka abgeschoben. Ein russischer Grenzwachsoldat feuerte gegen einen der Abgeschobenen einen Schuß ab. Dieser stürzte auf österreichisches Gebiet, wohin ihn der russische Soldat folgte. Gleich darauf erschienen mehrere andere russische Soldaten an Gschwetschew

und gaben ungefähr 40 Schüsse ab, die von den österreichischen Gendarmen mit zwei Schüssen erwidert wurden. Eine Kommission ist zur Untersuchung nach Podgoritz abgegangen.

### Spanien.

#### Das Gesetz über die Orden.

Madrid, 27. Januar. „Imparcial“ will wissen, daß der von der Regierung vorbereitete Entwurf des Vereinsgesetzes in dem die religiösen Kongregationen betreffenden Teile dem Balbo-Roussouachen Gehehe nachgebildet ist. Er wird vornehmlich jede Gelübde fordernde Vereinigung, mag sie sich auf das Konfessionale stützen oder nicht, untersagen, die, einer fremden Macht gehörend, einen religiösen oder lediglich materiellen Zweck verfolgt. Dagegen soll die freie Vereinigung ohne Gelübde von solchen Personen, die sich einem religiösen Zwecke, wie der Gebetsübung oder der Kranken- und Armenpflege, widmen wollen, gestattet sein. Minderjährige können religiösen Genossenschaften nicht angehören.

### England.

#### Die Kranken- und Invalidentversicherung.

Aus London wird und geschrieben: Die von dem Schatzkanzler eingeführten neuen Steuern sollen bekanntlich die Mittel für eine Kranken- und Invalidentversicherung liefern, die Großbritannien auf diesem Gebiete der Sozialpolitik in Reich und Glied mit den anderen großen Industriestaaten bringen würde. Ueber die Grundzüge und Einzelheiten dieser staatlichen Versicherung hat man bis vor kurzem tiefes Schweigen bewahrt. Als die Idee der staatlichen Zwangsversicherung zuerst aufkam, gaben sowohl die Gewerkschaften wie auch die vielen großen freiwilligen Kranken- und Unterstützungsklassen der Regierung zu verstehen, daß irgendeine Versicherungsart, die ihnen Abbruch tue, mit ihrem Widerstand rechnen müsse. Die Behörden setzten sich daher mit diesen Organisationen in Verbindung und berieten über Mittel und Wege, wie sich die einzuführende Zwangsversicherung mit den Interessen der schon bestehenden Versicherungsorganisationen der Arbeiter vereinbaren lasse. Die Konferenzen zwischen den Regierungsvorstehern und den Spitzen der Gewerkschaften und Unterstützungsgesellschaften dauern noch fort; es sind aber schon einzelne Hauptpunkte bekannt geworden, die auf die Ausgestaltung des Kranken- und Invalidentversicherungsgesetzes schließen lassen.

Die Versicherung soll nach diesen Verträgen alle arbeitenden Personen umfassen, deren Jahreseinkommen weniger als das einkommensteuerpflichtige Einkommen (160 Lstr. = 3200 M.) beträgt. Die Zahl dieser Personen schätzt der Schatzkanzler auf 18 Millionen. Die Versicherungspflicht besteht vom 16. bis zum 70. Lebensjahre. Der Verwaltungsapparat soll aus den bestehenden freiwilligen Unterstützungsgesellschaften (Friendly Societies) gebildet werden, so daß jede versicherungspflichtige Person Mitglied einer der schon bestehenden und von der Regierung anerkannten Kasse werden muß. Als niedrigste wöchentliche Unterstützung soll 5 Schilling (5 M.) festgesetzt werden. Die Beiträge sollen zur Hälfte von den Arbeitern aufgebracht werden; die andere Hälfte soll zu gleichen Teilen vom Staate und dem Arbeitgeber bezahlt werden. Der Staat garantiert dieses Minimum, und angesehentlich werden auch die Arbeitgeber nur zur Zahlung der Minimalbeiträge herangezogen werden. Die Einziehung der Beiträge geschieht in der Weise, daß der Arbeitgeber die Beiträge der Arbeiter vom Lohn abzieht und diese samt seinem Beitrag an den Staat abführt, der die Gelder den Gesellschaften überweist. Arbeiter, die schon bei einer der bestehenden Kassen bis zur Höhe des Minimalbetrags versichert sind, brauchen keine Beiträge vom Lohn zu zahlen; der Arbeitgeber muß aber den Minimalbeitrag (d. h. seinen Anteil) für sie abführen. Höhere Beiträge mit entsprechenden Gegenleistungen sind für die Arbeiter fakultativ. Die Gesellschaften müssen die für die staatliche Versicherung bestimmten Gelder getrennt von ihren sonstigen Fonds verwalten und stehen in Betreff der staatlichen Versicherung unter Regierungskontrolle. Ein Zentralverwaltungsrat, dem Vertreter der Regierung, der Friendly Societies und der Arbeitgeber angehören, soll den ganzen Versicherungsapparat überwachen. Wie stark die Vertretung der Arbeiter durch die Friendly Societies in diesem Verwaltungsrat sein wird, ist noch nicht bekannt.

### Rußland.

#### Die Gefängnistragödie in Serentui.

Endlich ist auch der Schleier gelüftet, der bisher über den bekannten Vorgang auf der Katorga zu Serentui lag, wo die Durchschneidung der politischen Gefangenen zu Massenmorden Anlass gab. In der Zeitung „Wjestsjaja Resja“ wird folgender Brief eines Gefangenen veröffentlicht, der während der Exekution in Serentui war:

„Ich schreibe diesen Brief von unterwegs. Die Dir bekannt ist, was das Leben bei uns in Serentui ziemlich erträglich. Da ernannte man einen neuen Direktor für unser Gefängnis, nämlich den früheren Direktor der Arzenteilen-Kompagnie in Perm, einen gewissen Wisjoki. Gleich bei der Übernahme der politischen Gefangenen redete er jeden von uns mit Du an. Dieser Anrede ungewohnt, antworteten wir ihm nicht. Als er uns zur Rede stellte, erhielt er die Antwort: „Auf Du antworten wir nicht.“ Gleich darauf wurden 80 Personen in den Karzer geschleppt. Nachdem er den Empfang der Gefangenen beendet, kam Wisjoki in die Gefangenzelle und die Gefängniswärter kommandierten: „Ruhe, aufstehen!“ Wir leisteten einem solchen Kommando nicht Folge. Darauf befohl Wisjoki den Aufsehern, uns mit Gewalt hinzustellen. . . . Am folgenden Tag ließ Wisjoki einen Gefangenen aus dem Karzer holen, um ihn mit Ruten zu züchtigen. Auf dem Wege nahm aber der Gefangene ein Fläschchen mit Salzsäure aus der Tasche, trank es und fiel gleich zu Boden. Man ergriff den Unglücklichen und brachte ihn ins Spital. Da die Lösung nicht sehr stark war, blieb er am Leben, obgleich für seine Wiederherstellung wenig Hoffnung vorhanden ist. Darauf wurde ein anderer Gefangener aus dem Karzer geholt und durchgepeitscht. Wisjoki kam wieder in die Gefangenzelle, wo sich dieselbe Geschichte mit dem Kommando und dem Aufstehen wiederholte. Darauf wurde aus der Zelle wieder ein Gefangener geholt und durchgepeitscht. Nach allen diesen Ereignissen begannen wir politischen alle den Hungerstreik. Das war am Morgen des 10. Dezember. In der darauffolgenden Nacht vergiftete sich Sjasnow, während zwei andere sich die Venen aufschnitten. Am dritten Tage begingen noch drei Gefangene einen Selbstmordversuch. Darauf kam die Obrigkeit zu uns, die Exekutionen wurden eingestellt.“

Wie der Briefschreiber weiter meldet, wurden sämtliche politische Gefangene aus Serentui nach den benachbarten Katorgagefängnissen in Kutamara, Katal und Algalja übergeführt. Nach anderen Meldungen, die uns zugegangen sind, sind die Zustände und das Regime in diesen Gefängnissen so fürchterlich, daß man täglich neue Gefängnistragödien erwarten kann.

### Türkei.

#### Der Aufstand im Jemen.

Konstantinopel, 27. Januar. Witterungsmedungen zufolge haben die Aufständischen im Jemen einen Angriff gegen den strategisch wichtigen Ort Menaka, südwestlich von Sana, unternommen. Die türkische Garnison, obwohl schwach, verteidigte sich gut. Said Joris soll die Verhandlungsvorschläge des Rüstungskommandanten von Abre abgelehnt haben.

## Aus der Partei.

### Die Krankheit des Genossen Singer.

In dem Befinden unseres Genossen Singer ist infolge einer Besserung zu vergehen, als der Patient sicherer ist. Die Herzfähigkeit ist etwas kräftiger. Doch bestehen noch zeitweise Bewußtseinsstörungen, so daß der Zustand andauernd ernst bleibt.

### Wie Preksinder behandelt werden?

Wegen angeblicher Beleidigung von Königsberger Richtern war Genosse Dahl als verantwortlicher Redakteur der „Erfurter Tribüne“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe hat Genosse Dahl im Gefängnis zu Erfurt verbüßt. Ueber die Behandlung, die der Preksinder im Gefängnis erdulden mußte, lesen wir im Erfurter Parteiblatt:

Er hatte Selbstbeschäftigung mit kommunalstatistischen und literarischen Arbeiten beantragt, die ihm aber vom Oberstaatsanwalt in Raumburg abgelehnt wurde. So mußte unser Kollege sechs Wochen hindurch Giletten stanzen; eine äußerst monotone Arbeit, die keinerlei geistige Anforderungen stellt. Daß die Nichtgewährung der Selbstbeschäftigung einen schweren Schaden für die Berufspflichten eines Redakteurs bedeutet, ist selbstverständlich. Inzwischen hat Genosse Dahl bereits wiederum drei Monate Gefängnis von den Erfurter Richtern subskribiert erhalten. Der Oberstaatsanwalt, dem der Genosse Dahl die Verweigerung der Selbstbeschäftigung verdankt, heißt v. Wittwich und Gaffron. Der Herr scheint Preksindern prinzipiell die Selbstbeschäftigung zu verweigern, hat er doch auch dem früheren Verantwortlichen desselben Parteiblattes, Genossen Hennig, während einer achtmontatlichen Gefängnisstrafe hindurch konsequent die eigentlich selbstverständliche Forderung der Selbstbeschäftigung abgelehnt. Hennig konnte seine literarische Tätigkeit durch Flechten von Korbböckeln in Übung halten.

Unsere parlamentarischen Vertreter im Abgeordnetenhaus werden nicht verfehlen, beim Zustizetat die geistige Mißhandlung sozialdemokratischer Redakteure durch derartige Strafverhängungen gebührend zu geißeln.

### Wieder ein alter Mitkämpfer gestorben.

In Fürth i. Bayern starb im Alter von 70 Jahren der Leiter des dortigen städtischen Krankenhauses, Oberarzt Dr. Degen, der zu den ältesten Genossen in Fürth zählte und früher in der Deffentlichkeit eine große Rolle spielte. Mitte der sechziger Jahre kam er als junger Arzt nach Fürth, wo er sich alsbald eifrig an der politischen Bewegung beteiligte und sich jener Gruppe republikanischer Demokraten anschloß, deren Vorbild Johann Jacoby war, mit dem sie dann auch in das Lager der Sozialdemokratie abzuwandeln. Dr. Degen gehörte mit dem erst vorige Woche verstorbenen Gabriel Löwenstein zu dem Konstantium, das im Herbst 1871, um der jungen Arbeiterbewegung einen geistigen Rückhalt zu schaffen, das „Fürther Demokratische Wochenblatt“, den Vorläufer unseres Rührerger Parteiorgans, begründete und unter großen finanziellen Opfern aufrechterhielt, bis in Nürnberg eine Genossenschaftsdruckerei gegründet wurde, die das inzwischen in den „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ umgetaufte Blatt herstellte. Dr. Degen war Mitglied der Genossenschaft und Vorsitzender ihres Aufsichtsrats bis zu deren Auflösung unter dem Sozialistengesetz. In den letzten drei Jahrzehnten verlegte der Verstorbenen seine Tätigkeit mehr auf die Gemeindepolitik; seit 27 Jahren gehörte er dem Fürther Gemeinderat an, das ihn eine Zeitlang mit dem Amte des Vorsitzenden betraute.

### Die Glühlichter konfiszieren.

Die Wiener Staatsanwaltschaft hat die letzte Nummer des österreichischen Parteiblattes „Glühlichter“ konfiszieren. Als Grund diente der Behörde eine Illustration, auf der der Papst zu sehen ist. Anweisung der Papst eine „Einrichtung der katholischen Kirche“ ist, wird eine Interpellation ergeben, die die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses an den Justizminister gerichtet hat.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Beleidigte Kriegervereiner.

Wegen angeblicher Beleidigung der gesamten Kriegervereiner wurde Genosse Paul Fröhlich, der frühere Verantwortliche der „Altenburger Volkszeitung“, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt. Der Vorsitzende der Strafkammer meinte, die Beleidigung müsse besonders streng bestraft werden, da sie — 8000 mal (Auflagestärke der „Altenburger Volkszeitung“) begangen worden sei. Der unter Anklage stehende Artikel bezog sich auf die Gedankfeier; Strafantrag war vom Vorsitzenden des Altenburger Landeskriegerverbandes gestellt worden.

Kurz gut, daß diese durchaus irrtümliche Deduktion des Herrn Vorsitzenden noch nicht Allgemeinut der Rechtspflege geworden ist. Danach müßte bald einmal gegen den Verantwortlichen unseres Blattes — Auflagestärke gegen 160000 — auf Lebenslänglichen Aufenthalt in Zegel erkannt werden.

## Soziales.

### Die Arbeiter müssen kastriert werden, damit sie nicht so viel Kinder in die Welt setzen.

An den Rat der Blüten-Freifrau von Vopelius erinnert eine widerliche Aeußerung des nationalliberalen Fabrikanten Wolf in Linden.

In der Gemeinderatsitzung in Linden lag das Unterstützungsgesuch eines Bergmannes vor, der am Lohnstage keinen Pfennig Geld ausbezahlt erhalten hatte und nun völlig mittellos dastand. In der Not wandte er sich nun an die Gemeindevertretung und ersuchte um Gewährung eines Vorschusses, der wieder zurückgezahlt werden sollte. In dem Unterstützungsgesuch war auf die große Kinderschar hingewiesen. Die Vertreter der Juche beantragten Abweisung des Antrages, in der Regel handele es sich um Dummelanten. Durch das Lohnbuch konnte aber festgestellt werden, daß der Mann seine Schichten stets vollständig versehen hatte. Als sich nun die Abweisung so nicht rechtfertigen ließ, erklärte der nationalliberale Fabrikant Wolf: Die Arbeiter müssen kastriert werden, damit sie nicht so viel Kinder in die Welt setzen.

Herr Fabrikant Wolf ist ein frommer Mann. Seine Aeußerung übersteigt an Gemütsroheit bei weitem den Rat der Frau v. Vopelius. Er kennzeichnet besser als lange Darlegungen die abgrundtiefe Moralanstauung so mancher Kapitalisten.

## Aus Industrie und Handel.

### Das niederträchtige System.

Die Agrarier, deren Familienkassan nach ihrer eigenen Erklärung durch Steuerpflichten gelodert werden kann, haben es fertig gebracht, durch Klünderung der Reichskasse die armen Witwen und Waisen zu berauben. Das tüchtige Zentrum versuchte den letzten Postraub zu

Beschlagnahmen mit dem Antrage, die Mehrerträge aus den erhöhten Getreidepreisen für eine Witwen- und Waisenversicherung zu reservieren. Die Demagogen wußten natürlich ganz genau, daß die feisten Junker durch verstärkte Inanspruchnahme der indirekten Ausfuhrvergütung eine Mehrerinnahme aus den Zöllen zu verhindern wissen würden. Wie die Elden der Nation in der Blanderei Fortschritte gemacht haben, zeigt die folgende Aufstellung über die mittels Einfuhrzöllen beglichenen Zölle. Es kommen dabei diese Summen heraus:

1907	49 749 871 Mark
1908	90 706 023
1909	92 908 385
1910	122 352 952

Die Liebesgabenkinder sind natürlich christliche Leute. Sie stehlen sicherlich keinen Pfennig und sie entrüsten sich über die arme Mutter, die in ihrer Verderbtheit sogar Brot stiehlt, wenn die Kinder hungrig sind; aber mittels der Gesehgebung dem darbenenden Volke Milliarden aus der Tasche zu mopfen, das halten die Elden für vornehm. Wer sie in der Ausübung solchen Handwerks zu hören versucht, der ist ein Ordnungsfreund!

### Die Konzentration in der Braunkohlenindustrie.

Nichts ist so geeignet, das Märchen, Kartelle seien Kinder der Not zu zerstören, wie die Entwicklung der Braunkohlenindustrie. Von 1902 bis 1910 stieg die Braunkohलगewinnung von 43,18 auf 69,11 Millionen Tonnen oder um 60 Proz. Die Arbeitsproduktivität ist im Braunkohलगebirge seit Mitte der 70er Jahre auf das 2 1/2 fache gestiegen, während der Kohlepreis nur gering zurückgegangen ist.

Und trotz oder gerade dank dieser für die Unternehmer günstigen Entwicklung ist der Konzentrationsprozess weit fortgeschritten. Die ganze Produktion ist in acht Verbänden kartelliert: 1. Radeburger Braunkohलगyndikat in Radeburg, 2. Braunkohलगyndikat in Helmstedt, 3. Braunkohलगyndikat-Verkaufsverein in Köln, 4. Mitteldeutsches Braunkohलगyndikat in Leipzig, 5. Lausitzer Braunkohलगyndikat in Forst, 6. Verkaufsverein der hessischen Braunkohलगewerke, 7. Niederlausitzer Vertriebsverkaufsgeellschaft und 8. Verkaufsverein Sittlerfelder Braunkohलगewerke.

Im Jahre 1901 gab es im Braunkohलगebirge 412 Gesellschaften, 1908 nur noch 361. Die Zahl der Unternehmungen ist also um 12,6 Proz. zurückgegangen, während die Förderung in gleicher Zeit um 50 Proz. gestiegen ist.

Einen weiteren Beweis für die zunehmende Konzentration liefert die Ausdehnung der Aktienform der Gesellschaften. In der Zeit von 1901 bis 1908 stieg die Zahl der Aktiengesellschaften von 61 auf 69. Diese Gesellschaften vereinigen den weitaus größten Teil der Gesamtförderung. Von der Gesamtförderung des Rheinischen Braunkohलगyndikats in der Höhe von 4,22 Millionen Tonnen entfallen auf die Roddergrube 0,63 und auf die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohलगewerke — 0,98 Millionen. Diese beiden Gesellschaften sind außerdem mit anderen Gesellschaften verbunden, so daß sie insgesamt 65,88 Prozent der Kartellförderung liefern.

Die gesamte Entwicklung des Braunkohलगebirges führt zur Bildung eines Trusts, in dem die Herrschaft einigen Großunternehmungen gehören wird. Das erwähnte Kartell im Rheinlande hat schon die ersten Schritte in dieser Beziehung gemacht, indem es seinen Gewinn verteilt und dazu noch eine Abgabe von 1 M. für jede verkaufte Tonne Brisset erhebt, um Gelder zu erwerben. Das Vermögen des Kartells beträgt über 9 Millionen Mark und stellt aus eigenem Besitz über 45 000 Tonnen Brisset her.

So schafft der Kapitalismus in seinem Expansionsdrange die Produktionsformen für eine sozialistische Gesellschaft.

### Aus der Elektrizitätsindustrie.

Die deutschen Elektrizitätsgesellschaften haben ein gutes Jahr hinter sich und gehen nach den vorhandenen Anzeichen noch besseren Zeiten entgegen. Die Generalversammlungen, sofern sie in den letzten Monaten abgehalten wurden, beschließen fast durchweg, die Dividende gegen das Vorjahr zu steigern, und beurteilen die Lage für das kommende Jahr als durchaus günstig. So hat die „Siemens & A. G.“, Berlin, im Geschäftsjahre 1909/10 einen erhöhten Ueberschuß erzielt und die Dividende von 6 auf 8 1/2 Proz. erhöht. In der Generalversammlung von A. G. Siemens u. Halske, Berlin, wurde die Dividende von 12 Proz. genehmigt und die Aussichten des laufenden Jahres als sehr gut bezeichnet. Elektrizitäts-A. G. v. d. M. Schudert u. Co., Nürnberg, (Generalvers. 7. 1. 1911) zahlte für das abgelaufene Geschäftsjahr 7 Proz. Dividende und hat eine Steigerung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark (auf 90 Millionen Mark) beschlossen. Aus dem jüngsten Bericht der „Elektr. Licht- und Kraftanlagen“, A. G., Berlin, die ihren Aktionären 7 Proz. Dividende zahlt, klingt dieselbe optimistische Note heraus, und was die größte Elektrizitätsgesellschaft Deutschlands, die „A. G. B.“, anbetrifft, so hat im laufenden Jahre ihr Aktienkapital, dank der Erhöhung von 30 Millionen Mark, die enorme Höhe von 190 Millionen Mark erreicht.

Der Absatzmarkt für die Elektroindustrie wächst wie nach innen so nach außen. Von den unzähligen kommunalunternehmungen, die in der allergrößten Zahl zur Verwirklichung gelangen sollen, seien hier erwähnt: Berliner Untergrundbahn Potsdamer Bahnhof—Stettiner Bahnhof (Siemens u. Halske), Samedbahn Gesundbrunnen—Rixdorf (A. G. B.), Königsberger Stadtbahn (Tochtergesellschaft der A. G. B.), Kleinbahn in Kreis Solingen, Vorkantlagen im Kreis Mainz (Schudert) usw. Auch an den Anlagen im Ausland wird unsere elektrische Industrie im steigenden Maße beteiligt. Die Siemens-Schudert-Werke, Berlin, liefern elektrische Güterzuglokomotiven für die lappländische Eisenbahn; die Ausfuhrung des neuen Telephonnetzes in Bukarest, die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn im russisch-polnischen Industriebezirk befindet sich in Händen von Siemens-Halske & Co.

Auch die Warenaußfuhr zeigt die steigende Tendenz. Sie betrug:

1910 Jan.—Nov.	1909 Jan.—Nov.	1908 Jan.—Nov.	
Warenmenge in Dopp.-Z.	803 691	701 298	727 843
Warenpreis in Mill. M.	102,80	100,51	—

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Lage auf dem Kupfermarkt für die elektrotechnische Industrie besonders günstig ist. Die Bilanz der Kupferproduktion im Jahre 1910 endete mit 138 275 Tonnen Ueberschuß, und dieser Vorrat wird vorderhand den preissteigernden Tendenzen der Kupferindustrie einen Riegel vorschieben. Die Preisbewegung des Kupfers dürfte im laufenden Jahre in derselben Weise wie in den letzten vier Jahren vor sich gehen (in diesem Zeitraum ist der Preis beinahe um 35 Prozent gefallen) und das wird auf die Kabelfabrikation lebend wirken.

Alles in allem: die Ernte für die elektrische Industrie verspricht im laufenden Jahre besonders günstig zu werden, und Sache der Arbeiterschaft ist es, dafür zu sorgen, daß sie nicht nur in hohen Dividenden, sondern auch in höheren Löhnen zum Ausdruck kommt.

Hayag-Dividende. Die Hamburg-Amerika-Linie schüttet für das letzte Geschäftsjahr 8 Proz. Dividende aus gegen 6 Proz. im Vorjahre. Der Betriebsergebnis erhöhte sich von rund 83 auf rund 40 Millionen Mark.

Diskontermäßigung in London. Während vor acht Tagen allgemein erwartet worden war, daß die Leitung der Bank von England mit der offiziellen Zinssatz heruntersinken werde, hat die am Donnerstag tatsächlich erfolgte Diskontermäßigung einigermaßen überrascht, da in der Zwischenzeit sich die Situation der Bank von England keinesfalls bedeutend günstiger gestaltet hat. Der Diskontsatz betrug in London bisher 4 1/2 Proz. und ist um 1/2 Proz. ermäßigt worden.

# Gewerkchaftliches.

## Die polnischen Bergarbeiter gegen die Beschimpfung durch die Christlichen.

Die polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter veröffentlicht in den polnischen Zeitungen des Ruhrgebiets eine Erklärung, in der sie gegen die öffentliche Beschimpfung der polnischen Bergarbeiter durch den Christenführer Hüskens protestiert. Hüskens hatte nach seinem eigenen Eingeständnis gesagt:

„Ja, das wäre noch schöner, wenn wir uns von Elementen aus dem Osten, welche mit einem großen Donnerkeil (Stirnloche) am Kopfe hier herumlaufen und die vor fünf bis sechs Jahren noch dem Gutsherrn die Hand lühten, die sie schlägt, in der Lohnfrage hineinreden ließen.“

In dem Protest der polnischen Bergarbeiterorganisation gegen diesen Schimpf heißt es:

„Wegen die Verhöhnung der polnischen Bergarbeiter legen wir energischen Protest ein. Die polnischen Bergarbeiter arbeiten im hiesigen Industriegebiet nicht erst seit etlichen Jahren, sondern schon seit 40 Jahren und haben in der Zeit ihre Kräfte den Arbeitgebern geöpft. Während dieser Jahre haben die polnischen Bergarbeiter gemeinsam mit ihren deutschen Kameraden an der Verbesserung ihrer Lage und an einer Reform der berggewerblichen Bestimmungen gearbeitet. Die polnischen Bergarbeiter nehmen als preussische Staatsbürger dieselben Rechte in Anspruch, die den Bergarbeitern deutscher Sprache zustehen.“

Wenn Herr Hüskens ihnen das Recht abstreitet, in Lohnangelegenheiten ihre Meinung zu sagen, so unterstützt er damit die Interessen der Kapitalisten. Wir richten an den Hauptvorstand des christlichen Gewerkschafts die Anfrage, ob er Herrn Hüskens beauftragt hat, in dieser Weise die Polen zu brüskieren, und ob er sich mit den Auslassungen des Herrn Hüskens solidarisch erklärt.“

In derselben Rede hatte Hüskens ja versichert, daß sie (der christliche Gewerkschaft und das Zentrum) gern helfen würden, in der Reichstagswahl den nationalliberalen Kandidaten gegen Hue herauszuhauen, wenn diese nur einen einigermaßen genehmen Kandidaten aufstellten. Demgegenüber betonten die beiden nachfolgenden Zentrumsblätter im Wahlkreise Bochum unter scharfer Desabonierung ihrer geschwägigen Parteigenossen, daß das Zentrum gar nicht daran denke, die Hoffnung, selbst in die Stichwahl zu kommen, aufzugeben.

Diese Hoffnung ist nun aber durch die Beschimpfung der Polen durch Hüskens als vollends gescheitert zu betrachten. Denn ohne die Polen ist das Zentrum im Wahlkreise Bochum von vornherein fertig.

### Berlin und Umgegend.

#### Unstimmigkeiten im Malerberuf.

Der Verband der Maler, Radierer, Anstreicher usw. hatte zum Donnerstagabend vier Versammlungen einberufen, die sich mit dem Stand der Verhandlungen über zwei wichtige Bestimmungen des Reichstaxif für das Malergewerbe zu beschäftigen hatten. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautete: „Was wird aus der Leistungsklausel und dem paritätischen Arbeitsnachweis?“ Der Reichstaxif (§ 2 Absatz 10) verlangt die Aufstellung einer „Leistungsnorm“, und die Unternehmer legen zuerst sehr großes Gewicht auf diese Bestimmung. Jetzt sind im ersten Bezirk in 45 Städten Verträge auf Grund des Reichstaxif abgeschlossen worden, aber nur 18 enthalten die Leistungsklausel, die oftmals erst nach langwierigen Beratungen eingefügt werden konnte. In Berlin war man bereits zu einer Verständigung gelangt und besaß die volle Zustimmung der Vertreter der Unternehmer in der Kommission, die dafür eingesetzt war. Die Organisation der Unternehmer wies aber die vereinbarten Sätze zurück und stellte für eine Leistungsnorm Forderungen auf, die weit abwichen von allem, was in der Kommission vereinbart war. Auf das Verlangen der Arbeiter, eine Prüfung der neuen Forderungen dadurch zu ermöglichen, daß die Unternehmer ihre Unterlagen für die aufgestellten Berechnungen herausrücken, ging man nicht ein. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Für die Arbeiter war die Leistungsnorm wichtig geworden, weil sie glaubten, dadurch der Akkordarbeit und der Puscharbeit begegnen zu können. Für Privatarbeit soll die Leistungsnorm nicht gelten, sondern nur für Bauten und Umbauten. — Die zweite bestehende Differenz, über die viel verhandelt wurde, betrifft den paritätischen Arbeitsnachweis, von dem es im Reichstaxif (§ 11) heißt, daß zur Durchführung der vereinbarten Bedingungen eine solche Einrichtung an allen Orten, wo die Verhältnisse es gestatten, anzustreben sei. Die Arbeiter wünschten, daß der paritätische Nachweis zugleich obligatorisch für beide Vertragsteile gemacht werde, wie es auch im Reichstaxif bestimmt wird. Zuerst waren die Unternehmer damit einverstanden; sie glaubten, ebenso wie bei der Leistungsnorm, einen Vorteil für sich darin zu erblicken. Dann aber, als sie fürchteten, die Geschäftsfähigkeit könnte Vorteile daraus ziehen, wollten sie nicht mehr davon wissen. Der Einfluß der Schlichter in den Arbeitgeberverbänden machte sich bei den Malermeistern geltend, und das Kuratorium für den Arbeitsnachweis zeigt sogar Anträgen auf Erleichterung in der Benutzung des Nachweises für die Verbandsmitglieder nicht das gewünschte Entgegenkommen.

Diese Lage der Dinge wurde den Mitgliedern in allen Versammlungen geschildert und zur Diskussion gestellt. Die Versammlungen waren sehr gut besucht und überall wurde die folgende Resolution angenommen, die lautet:

„Die zahlreich versammelten Maler und Anstreicher Groß-Berlins protestieren ganz energisch gegen das Angebot der Unternehmer in bezug auf die Leistungsnorm. Die Versammelten sehen in dem Angebot nicht den ersten Willen, eine auf gesunder Basis aufgebaute Leistungsnorm schaffen zu wollen, sondern sie sehen darin nur eine Maßnahme, um die Schaffung einer Leistungsnorm zu hintertreiben. Ferner sind die Versammelten der Ansicht, daß es nicht möglich ist, die in einigen Verträgen bestehenden niedrigen Akkordpreise als Grundlage zur Schaffung einer Leistungsnorm zu benutzen. Auf dieser Grundlage wird es niemals möglich sein, eine beiden Teilen gerecht werdende Norm herzustellen. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auch diese Sätze des Reichstaxif zur Durchführung gelangen müssen.“

Ferner sehen die Versammelten in der Schaffung eines obligatorischen, auf paritätischer Grundlage aufgebauten Arbeitsnachweises eine Notwendigkeit zur Durchführung des Reichstaxif, und sie sehen in dem Nachweis eine Institution, die zum sozialen Frieden im Malerberufe viel beitragen kann. Bis zur Umwandlung des bisherigen Arbeitsnachweises in einen obligatorischen fordern die Versammelten auf das nachdrücklichste für alle Verbandsmitglieder mindestens die Ablösung der Einschreibgebühr durch die Verbandskasse. Weiter erachten es die Versammelten als eine Notwendigkeit, daß die Benutzung des Arbeitsnachweises von seiten der organisierten Kollegen mehr als bisher erfolgt.“

### Deutsches Reich.

#### Vertrauenslos aus einer christlichen Gewerkschaftsleitung.

Die Zentrums-Gewerkschaftsführer werden vom Angliak verfolgt. Sie, die überall herumkriechen, um „sozialdemokratische Korruption“ zu entdecken und dabei nicht vor der Benutzung gefälschter Briefe zurückschrecken, stehen wieder mal demaskiert vor der Welt.

Genosse Thielhorn, Redakteur unseres Duisburger Partei-Mattes, war von dem Vorstand des Gewerkschafts christlicher Berg-

leute, vertreten durch die Herren Böker, Effert, Behrens und Genossen wegen Verleumdung verklagt. Thielhorn hatte die plötzliche Entlassung des christlichen Gewerkschaftssekretärs Tabeck als skandalös kritisiert und sollte dafür bitter büßen. Es kam aber anders.

Durch eibliche Vernehmung des christlichen Gewerkschaftssekretärs und ultramontanen Agitators Steeger-Oberhausen stellte sich heraus, daß dieser in einer Wirtschaft mit seinem Kollegen Tabeck Streit bekam und diesen wenig kollegial titulierte. Wer zu schimpfen angefangen hat, ob Steeger oder Tabeck, blieb ungelöst. Tabeck behauptete, sein Kollege habe ihn Flegel, Lämmer, hinterbrannter Mensch, Röhrl, Säuger usw. genannt. Diese Verleumdungen nötigten Tabeck, den Steeger gerichtlich zu verklagen. Da trat der Gewerkschaftsvorstand in Aktion und hat nach der eiblichen Aussage des beleidigten Tabeck diesen zunächst zur Zurücknahme der Klage veranlaßt und dann — den Tabeck auf die Straße gesetzt. Der Verleüder Steeger aber konnte bleiben. Das ist verständlich, wenn man weiß, daß Tabeck nicht für die Ultramontanen agitiert, wogegen Steeger einer der bekanntesten Zentrumsagitatoren im Oberhauener Bezirk ist und so wagt wie nur einer die Sozialdemokraten nach M. Gladbacher Rezepten beschimpft.

Tabeck belandete unter Eid, er habe sich im Dienste des Gewerkschafts krank gearbeitet, sei in die schwierigsten Bezirke gesetzt worden und habe sich als Mann, der „6 Jahre des Königs Rock getragen“, nicht von Steeger als Flegel usw. beschimpfen lassen wollen. Der aber sei vom Gewerkschaftsvorstand beschützt worden. Tabeck wurde gemahnt, ohne daß ihm anständigerweise die Pflichtbeiträge zur Gewerkschaftsbeamten-Pensionskasse zurückgezahlt wurden. Von den Werksbesitzern, erklärte Tabeck, verlange man die Rückzahlung der vollen Pensionsbeiträge im Falle einer Abregelung, ihm sei nur der vierte Teil seiner Beiträge zurückgezahlt worden. Außerdem sei er als kranker Mann entlassen nach mehrjähriger treuer Dienstzeit, nur weil er sich mit Steeger, der am größten beleidigte, gestritten habe. Den daß des Gewerkschaftsvorstandes will sich Tabeck zugezogen haben, weil er 1905 die vom Zentrum angenommene Vergütungssatzung scharf kritisierte. Damals sagte der Gewerkschaftsvorstand und Zentrumsagitator Köster zu ihm: „Das werde ich Dir mein Lebtag nicht vergessen.“ Dann sei er mehrere Male mit dem Vorstand wegen der Anstellung evangelischer Gewerkschaftsbeamter zusammengegeratet! Der Vorstand habe die Anstellung evangelischer abgelehnt! (Zusätzlich sind die wichtigsten Beamtenstellen des „interkonfessionellen“ Gewerkschafts fast ausschließlich mit Zentrumskatholiken besetzt.)

Im Tabeck moralisch zu vernichten, legte Steeger plötzlich dem Gericht einen Brief vor, den Tabeck zwecks Denunziation eines Kollegen an die Berufsgenossenschaft geschrieben haben sollte! Tabeck rief erregt Pöbel dazwischen und verlangte, eiblich über den Brief vernommen zu werden. Unter Eid belandete nun Tabeck, daß der Brief eine Fälschung sei, er habe niemals einen solchen Brief geschrieben!! (Hier haben wir schon wieder eine Briefgeschichte der Gewerkschaftsführer. Festgestellt ist schon gerichtlich, daß ein angeblich von einem Stoppenderger Sozialdemokraten, anlässlich der Knappschaffwahl geschrieben, im „Vergnügen“ veröffentlichter Brief eine Fälschung ist. Ferner ist der „Heinrichs-Brief“ nachweislich eine Fälschung. Nun legt ein Gewerkschaftsvertreter sogar gegen einen entlassenen Kollegen einen Denunziantenbrief vor, den der Angeklagte eiblich als eine Fälschung bezeugt!) Das Gericht schien der Sache auch nicht zu trauen, denn es verurteilte Thielhorn nur zu 30 M. Geldstrafe. In dem Prozeß des Genossen Aufderstraße-Voßum gegen den Vergnügungsredakteur und Zentrumsagitator Imbusch — von dem wir schon kurz berichteten — kam es ebenfalls zu einer charakteristischen Entfaltung. Vor zwei Jahren wurde ein namenloses Zirkular voll schmutziger persönlicher Angriffe gegen den Genossen Poforny verbreitet. Die Gewerkschaftsleitung wies mit großer Entschiedenheit die Behauptung, das Schmutzblatt komme aus der Gewerkschaftszentrale, zurück. In dem Heinrichsbriefprozeß beantragte Genosse Aufderstraße die Ladung des Tabeck, der bereit sei, nachzuweisen, daß das Schmutzblatt auf der Gewerkschaftszentrale hergestelt oder mindestens vervielfältigt wurde. Das lasse dann den Schluss zu, daß auch der Fälscher des Heinrichsbrieft auf der Gewerkschaftszentrale belamft sei. Der Prozeß wurde wegen Vertragung eines Schreibsachverständigen vertagt. Die Fortsetzung der Gerichtsverhandlung wird hoffentlich volles Licht über den eigentlichen Brief-fälschungen und anonyme Schmutzflugblätter verbreiten.

**Wächter, Metallarbeiter!** Bei der Firma C. Jähne u. Sohn G. m. b. H. in Landsberg an der Warthe haben die Form- und Siebereiarbeiter die Arbeit niedergelegt. Inzug von Formern, Kernmachern usw. nach Landsberg a. d. Warthe ist streng fernzuhalten.

#### Tarifverhandlungen im Bangetwerbe zu Kiel.

In den Kreisen der Bauunternehmer scheint plötzlich die Stimmung umgeschlagen zu sein. Noch kürzlich hat der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Schleswig-Holstein bei Verhandlungen den Arbeitervertretern angedroht, die Unternehmer würden sich zu neuem Kampfe rüsten. Jetzt erhielten die Vertreter der Arbeiter von dem genannten Unternehmerverband die Mitteilung, die Unternehmer würden alle Forderungen der Arbeiter, über die noch Differenzen bestehen, anerkennen; der Vertrag könne nunmehr unterzeichnet werden. Woher dieser neue Wind weht, ist nicht recht klar, wahrscheinlich aber haben die Unternehmer in Kiel die Scharfmacherei des Führers des Unternehmerverbandes allmählich satt bekommen.

**Nach zweitägigem Streit in der Kalkfabrik von Eckard in Saalfeld** bequante sich der Vertriebsinhaber zum Abschluß eines Tarifs mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverbande. Vor dem Streit hatte der Besitzer dem Bezirksleiter schriftlich mitgeteilt, daß er wegen Lohnerhöhung mit seinen Leuten persönlich verhandeln werde; er würde sich auch zu einer Aussprache über diesen Punkt mit dem Bezirksleiter einlassen und sei ein Besuch vollständig zwecklos, den er besser unterlasse. Erreicht wurde eine Stunde Arbeitzeiterhöhung täglich, Lohnerhöhung von 1-2 M. pro Woche und in den nächsten zwei Jahren je eine weitere Mark und sonst noch wesentliche Verbesserungen. — Vorher war im Wege der Unterhandlung mit der Kalkfabrik Müller in St. Eraba bei Saalfeld ein Tarifvertrag mit den gleichen Verbesserungen abgeschlossen worden.

#### Ueber die Beilegung des 28wöchigen Streiks in der Feilenindustrie in Remscheid,

über die der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer berichtete, wird von der Remscheider Stadtverwaltung eine im Endernehmen mit der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes und der Streikleitung aufgestellte Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Die Einigungsverhandlungen wurden im Dezember vorigen Jahres auf Veranlassung und unter dem Vorhänge des Bürgermeisters Dr. Jaxos zwischen je fünf Vertretern der Arbeitgeber und fünf Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter eingeleitet. Der ursprünglich von der Arbeiterseite eingereichte, aber von den Arbeitgebern als unannehmbar bezeichnete Lohnantrag wurde zurückgezogen. Die Arbeitgeber legten ihre Vorschläge zur Beilegung des Streiks im Protokolle vom 23. Dezember endgültig nieder. Diese Vorschläge wurden in einer Versammlung der streikenden Arbeiter am 27. Dezember zunächst mit großer Mehrheit abgelehnt. Auf Veranlassung der Stadtverwaltung Remscheid wurden die Einigungsverhandlungen Mitte Januar wieder aufgenommen. Bei diesen Verhandlungen blieben die Arbeitgeber auf ihren früheren Vorschlägen bestehen. Diese Vorschläge gingen im wesentlichen dahin: Nach Beendigung des Streiks sollten keinerlei Nachregelungen eintreten. Andererseits wird von Arbeit-

nehmerseite zugesagt, daß über einzelne Betriebe keinerlei Sperren verhängt werden oder bestehen bleiben sollen. Bis zum 4. Februar 1911 soll die Wiederanstellung, die nach Bedarf stattfindet, bei den alten Arbeitsstellen ohne Vermittelung des Arbeitsnachweises erfolgen. Sollten sich nach der Wiederaufnahme der Arbeit zu den geltenden Lohnbedingungen hier und da Lohnverhältnisse ergeben, mit welchen die betreffenden Arbeiter nicht zufrieden sein zu können glauben, so sollen sie an den Arbeitgeber zunächst selbst herantreten. Falls hierbei eine Verständigung nicht erreicht wird, so sollen die Arbeiter das Recht haben, einen Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes anzurufen, unter gleichzeitiger Mitteilung dieser Anrufung an den Unternehmer. Dieser Ausschuss soll aus drei von dem Arbeitgeberverband gewählten Feilenfabrikanten bestehen. Der Arbeitgeberverband wird sich dafür verbürgen, daß die Beschwerden der Arbeiter sachlich und gerecht geprüft werden. Etwas derartige Beschwerden können nur bis zum 4. Februar d. J. bei dem Prüfungsausschuß angebracht werden, von dem sie innerhalb 14 Tagen zu erledigen sind. Im Falle der Annahme der vorstehenden Vergleichsbedingungen erklärten sich die erschienenen Arbeitgeber bereit, dafür einzutreten, daß die bei dem dortigen Arbeitgeberverband bestehende Bescheidkommission nach Hagenor Muster (Ernennung eines unparteiischen Vorsitzenden durch den Regierungspräsidenten) besetzt werde. Sie glaubten einen Erfolg dieser Bemühungen in sichere Aussicht stellen zu können. Die streikenden Arbeiter haben über diese Vorschläge in zwei Versammlungen beraten, darüber abgestimmt und, wie bereits kurz mitgeteilt, sie mit erheblicher Mehrheit angenommen.

**Wächter, Schuhmacher!** In der Schuhfabrik Grewen-Sauer in Wuzen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. — Verhandlungen lehnte die Firma ab. Sollte während der Dauer der Kündigungsfrist eine Einigung nicht erzielt werden können, wird die Aussperrung am 4. Februar perfekt werden. Arbeitsangebote von dieser Firma sind einseitig abzulehnen.

## Versammlungen.

**Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen.** Die Jahrsitzung Berlin hielt am Donnerstag ihre Quartalsversammlung ab. Den Vorstandsbericht erstattete Schröder für das letzte Halbjahr, da er erst so lange der Jahrsitzung vorsteht. Eine Lohnbewegung bei der Firma A. E. O. verlief ungünstig, besonders durch den Zugang von auswärtigen Streikbrechern. Bei Köder und Meier brach ebenfalls eine Differenz aus infolge der Nachregelung eines Kollegen, die jedoch bald beigelegt wurde. Bei Krüger u. Friedberg traten die Glasbläser in Streit, indem die Inhaber sich des bestehenden Vertrages nur dann erinnerten, wenn die Bestimmungen für sie günstig waren. Der Streit verlief ohne Erfolg.

Auch eine Tarifbewegung hat stattgefunden, indem der bis dahin gültige Tarif geändert und ein neuer mit verschiedenen Verbesserungen eingereicht wurde. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Tarif auf 3 Jahre erzielt, der eine sofortige Lohnerhöhung von drei Pfennigen die Stunde bestimmte, während eine gleiche im dritten Vertragsjahre eintreten hat.

Ferner kam es zu einer Gesamtenfassung der Kollegen bei der Firma Rosmas. Durch das unsolidarische Verhalten einiger Kollegen, die vorzeitig die Sperre brachen, war der Ausgang des Kampfes kein glücklicher; immerhin wurde ein Teil der Entlassenen wieder eingestellt. Bei mehreren anderen Firmen, wo auch Differenzen ausgebrochen waren, hatte der Verband gute Erfolge zu verzeichnen.

Durch Firmenverschmelzungen, Konkurse und technische Veränderungen wurden eine Anzahl Mitglieder arbeitslos. Die Abrechnung ergab folgendes Bild. Die Einnahme im 3. Quartal betrug, einschließlich des Vorbestandes vom 2. Quartal, 6508,05 M., die Ausgabe 5882,73 M.; verbleibt Vorbestand 533,32 M. Die Einnahme im 4. Quartal betrug, einschließlich des Vorbestandes vom 3. Quartal, 5299,82 M., der eine Ausgabe von 4868,14 M. gegenübersteht. Verbleibt ein Vorbestand von 441,68 M. In den Vorstand wurden gewählt: Schröder, Schleifer, 1. Vorsitzender, Bachmann, Glasbläser, 2. Reis, Schleifer, 1. Kassierer, Rose, Bläser, 2. Rippel, Schleifer, 1. Schriftführer, Schmidmeier, Bläser, 2. Als Revisoren wurden gewählt: Riwicker, Schleifer, Schneider, Schleifer, Zimmermann, Bläser.

## Letzte Nachrichten.

#### Die Interpellationen über den allgemeinen Arbeiterverband.

Paris, 27. Januar. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer nahm die Beratung über die Interpellationen betreffend den allgemeinen Arbeiterverband wieder auf. Herrh forderte von der Regierung eine energische Unterdrückung des Verbandes, Jellilla (Progressist) legte eine Tagesordnung vor, die die Regierung auffordert, den allgemeinen Arbeiterverband durch Gerichtsbeschluss auflösen zu lassen. Colin meinte, man dürfe den Verband wegen einiger Ausschreitungen seiner Mitglieder nicht auflösen. Darauf wiederholte Briand seine Darlegungen, die er schon in der Sitzung am 20. Januar gemacht hatte. Der Deputierte Roche schlug die einfache Tagesordnung vor, die Briand jedoch ablehnte, indem er die Vertrauensfrage stellte.

Die einfache Tagesordnung wurde mit 424 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde eine Tagesordnung Grosdidier, die die Erklärung der Regierung billigt und ihr das Vertrauen ausdrückt, daß sie eine Entwicklung der Syndikatsfreiheiten gewährleisten und die Berufsvereinigungen innerhalb des ihnen gesetzlich zugestandenen Gebietes halten würde, mit 398 gegen 73 Stimmen angenommen.

#### Ungeheurer Postbeamter.

Leipzig, 27. Januar. (W. L. B.) Der Postassistent Karl Doeffler von hier, der am 27. Mai auf dem Postamt 2 in Leipzig-Bohlis neun Wertbriefe, die von der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereinsverwaltung ausgehen, unterschlagen hat, ist heute vom hiesigen Schwurgericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt worden.

#### Einfuhr französischer Schlachtviehs.

Bamberg, 27. Januar. (W. L. B.) Das Ministerium des Innern genehmigte die direkte Einfuhr französischer Schlachtviehs in Bamberg und zwar dürfen vorerst wöchentlich 25 Stück Dachsen eingeführt werden.

#### Von Strandräubern geplündert.

Paris, 27. Januar. (W. L. B.) Aus Vrest wird gemeldet: Der englische Dampfer „Arden“, der mit einer Erzladung nach Rotterdam ging und am 18. Januar bei Flogoff strandete, wurde von den Küstenbewohnern vollständig geplündert. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, um die Strandräuber auffindig zu machen.

#### Die Unruhen in Südamerika.

Quayaquil, 27. Januar. (W. L. B.) 200 peruanische Soldaten haben den Grenzort Chacras in Ecuador angegriffen. Drei Quaborianer wurden getötet, acht verwundet.

Gerichts-Zeitung.

Urteil im Mordprozeß Tippe.

Nach Mitternacht, kurz nach 1 Uhr morgens des Freitags, wurde in dem Mordprozeß gegen den 27jährigen Gärtner Paul Tippe das Urteil gefällt.

Die Nachricht konnte trotz der späten Nachtstunde noch in einem großen Teil unserer Auflage unter „Letzte Nachrichten“ Aufnahme finden. Da sie aber in dem Teil der Auflage unserer Zeitung, der bereits vor 2 Uhr expeditiofsfertig sein muß, nicht enthalten ist, wiederholen wir nachstehend das Urteil.

Der Wahrspruch der Geschworenen erklärte den Angeklagten des schweren Diebstahls unter Verneinung der mildernden Umstände und des Verbrechens nach § 214 (vorsätzliche Tötung zweier Menschen bei Begehung einer strafbaren Handlung, um sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen). — Erster Staatsanwalt Hagemann beantragt lebenslängliche Zuchthausstrafe. — Der Gerichtshof verurteilt den Angeklagten wegen Verbrechens gegen § 214 zu

Lebenslänglichem Zuchthaus,

ferner wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr Zuchthaus und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die nach § 214 zulässige Strafe beträgt Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus.

Bestechliche Presse.

Die „Allenstein Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 27. Januar Erklärungen des Redakteurs Gerlach und der Inferatenteilung sowie Briefe des Rechtsanwalts Salzmänn und des Hauptmanns Lüders, aus denen sich unzweifelhaft ergibt, daß der Schriftsteller A. D. Weber die Unwahrheit verbreitete, als er die von uns gestern wiedergegebenen Antworten gegen die „Allenstein Zeitung“ und den Redakteur Gerlach vor dem Charlottenburger Schöffengericht richtete.

Der Redakteur Gerlach hatte zu Beginn des Schönebeck-Prozesses einen Artikel geschrieben, der das Seelenleben der Frau v. Schönebeck zu erklären suchte. Der Verteidiger der Frau v. Schönebeck, Rechtsanwalt Dr. Salzmänn, regte bei dem Redakteur Gerlach an, ein Honorar für diesen Artikel, der durch einen großen Teil der deutschen Presse gegangen war und durch den seiner Klientin ein Dienst geleistet sei, anzunehmen. Das lehnte Gerlach mit der Erklärung entschieden ab: „Ein anständiger Journalist läßt sich von dem Blatte bezahlen, für das er arbeitet und sonst von niemand“. Später, im Mai vergangenen Jahres, teilte der Verteidiger Salzmänn dem Redakteur mit, er wolle in Anregung bringen, daß ihm der Bruder der Frau von Schönebeck drei blaue Lappen für die durch den Artikel der Frau von Schönebeck geleisteten Dienste zuzuwende. Auch diese Summe lehnte der Redakteur Gerlach entschieden ab. Er erklärte, er müsse es ablehnen, auch nur einen Pfennig anzunehmen. Nicht um der Angeklagten einen Dienst zu leisten, sondern aus publizistischem Pflichtgefühl habe er den Artikel geschrieben. Ein anständiger Journalist lasse sich nur von dem Blatte bezahlen, für das er arbeitet.

Den Inhalt der Unterredung teilte Gerlach seinem Verleger sofort mit, unterließ aber auf dessen Anregung hin eine Veröffentlichung, um dem Rechtsanwalt Dr. Salzmänn Unbequemlichkeiten zu ersparen. Als Weber im September ähnliches wie jetzt in Charlottenburg verbreitete, verlangte Gerlach sofortige Abbitte und wendete sich unter anderem an den Hauptmann Lüders. Dieser teilte ihm schriftlich mit, daß Weber eine dreifache Lüge verbreitet habe.

Das der Sachverhalt, der sich aus den jetzt erfolgten Veröffentlichungen in der „Allenstein Zeitung“ ergibt, Gerlach hat bereits aus Anlaß der ersten Behauptung Webers Beleidigungsklage erhoben. Er wird sie wohl nun auf die Charlottenburger Vorgänge ausdehnen. Im Interesse der Öffentlichkeit liegt diese Erhebung der Klage gegen die

frivolon Verdächtigungen eines Ehrenmannes und der Presse. Wird der Staatsanwalt die Beleidigung im öffentlichen Interesse durch Erhebung der Anklage oder Weisung zu der Privatklage verfolgen?

Kennzeichnend für den Schriftsteller A. D. Weber, der den Prozeß gegen seine Frau zu einer widerlichen Klame für seine Erzeugnisse bemuhte, ist auch, daß er in dem Charlottenburger Prozeß sich auf die Sachverständigen des Prozesses brühen berief.

Die anständige Presse, ohne Unterschied der politischen Richtung, hat ein Interesse daran, daß ein solcher Mann als das gebrandmarkt wird, was er ist.

„Räuberhauptmann“ Mohr.

Mit dem „Räuberhauptmann“, Fürstorgeschlag Karl Mohr, wird sich das Schwurgericht am Landgericht II heute zu beschäftigen haben. Der erst 27jährige junge Mann hat mit seinen verbrecherischen Taten s. B. die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maße erregt. Ihm werden mindestens 30 selbständige strafbare Handlungen — Bandendiebstahl, Straßenaub, versuchter Straßenaub, Anstiftung und Beihilfe zum versuchten Mord, Diebstahl und Unterschlagung zur Last gelegt. Neben ihm hat die 19jährige Metallarbeiterin Frida Ledewig auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Sie wird beschuldigt, es unterlassen zu haben, von dem ihr bekannt gewordenen Plan eines Mordattentats gegen den Kaiser Hofener in Friedenau bei der Beförderung Kenntnis zu geben. (§ 129 des Strafgesetzbuches.)

Die dem Angeklagten Mohr zur Last gelegten Straftaten haben fast sämtlich schon einmal das Gericht beschäftigt. Karl Mohr hatte sich mit den 16jährigen Arbeitsburschen Paul Kowitzke und Erich Wohlmann zu einer kleinen Räuberbande zusammengeworfen, deren spiritus rector er gewesen sein soll. Die jungen Verbrecher verübten in Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend Türklücken- und Bombardierdiebstähle. Mohr war gewissermaßen der Kaffierer dieser ausgeprägten Genossenschaft: das durch die Straftaten erworbene Geld mußte ihm ausgeliefert werden, und die Teilnehmer hatten aus ihrer Tasche Beiträge zur Bildung einer gemeinsamen Kasse zu leisten, aus welcher die gemeinsamen Kosten für Theaterbesuche, Abzug usw. bestritten wurde. Wohlmann schied sehr bald aus dem Verbrecher-Kleeblatt wieder aus. Er war nur an drei kleineren Diebstählen beteiligt gewesen, bestand dann aber sein Examen für größere Dinge nicht. Er sollte nämlich eines abends einer Frau auf der Straße den Bombardier rauben, es fehlte ihm aber der Mut, und so wurde er denn als untauglich befunden und aus der Genossenschaft kurzer Hand ausgeschlossen. Statt seiner trat der 16jährige Arbeitsbursche Willi Lötze aus Steglitz, der ein alter Freund des Kowitzke war, ein und bewährte sich durch rege Teilnahme an den Straftaten. Die schwerste derselben war der mörderische Ueberfall auf den Kaiser Hofener in Friedenau. Die Gelegenheit dazu hatte Kowitzke ausbalanciert, der eigentliche Regisseur soll aber Mohr gewesen sein, der sich wie fast bei allen Raubzügen, auch hier sein äußerlich im Hintergrunde zu halten wußte. Kowitzke wußte, daß der Kaiser Hofener zu bestimmten Zeiten Kirchengelber in größerer Menge im Geldschrank seines Bureaus verwahrt. Nach dem — wie behauptet wird, von Mohr entworfenen — Plane gingen eines Tages Kowitzke und Lötze in den Geschäftsraum des Kaisers, verhandelten mit dem alten Herrn über ihren angeblich geplanten Eintritt in den Junglingsverein, und bei Gelegenheit dieses Gesprächs schlug plötzlich Lötze den alten Herrn mit einer kurzen Eisenstange über den Kopf. Die Verbrecher hatten die Absicht, wenn Herr Hofener besinnungslos geworden wäre, die Kasse zu rauben; mit dem Gelde wollten sie nach Dresden fahren und dort in einem großen Kontor einen Einbruchdiebstahl verüben. Die Ausführung des Planes glückte aber nicht; Kaiser Hofener wurde durch eine zufällige Bewegung, die er machte, davor bewahrt, daß ihn der Schlag mit der ganzen Wucht traf. Er rief um Hilfe, stürmte mit blutendem Kopfe den flüchtenden Verbrechern nach, und es gelang, diese festzunehmen. Die vierte Straftat des Landgerichts II als Jugendgerichtshof verurteilte am 31. Oktober Kowitzke zu 7 Jahren 6 Monaten, Lötze zu vier Jahren 6 Monaten Gefängnis. Wohlmann kam wegen seiner Beteiligung an einigen Diebstählen mit 2 Monaten Gefängnis davon. Jetzt ist die Reihe an Mohr, der außer wegen dieser gemeinsam verübten Straftaten noch wegen mehrerer auf eigene Faust ausgeführter Diebstähle angeklagt ist. Er ist im großen und ganzen geistig, bestreitet aber die ihm zugewiesene Rolle des hinter den Kulissen arbeitenden Regisseurs und lehnt insbesondere ab, bei dem Attentat gegen den Kaiser Hofener der Anstifter gewesen zu sein.

von Beachtung der Produktion der Lebenden oder des historisch Eigenartigen. Man bleibt beim landläufigen Repertoire; man versucht nicht über Operngewohnheiten hinauszukommen; man zielt nicht auf eigene Kunstzucht ab. Es erhob sich auch kein Protest dagegen, daß wieder die alte, künstlerisch infossiale Manier des Theaters, statt der längst bewährten Amphitheaterform, gelten soll. Die Anhänger solcher Forderungen würden im Komitee auch vergeblich ihre Stimme dagegen erhoben haben.

(Es scheint demnach, daß auch in diesem Fall, wie immer, die Komiteemitglieder, die wahrhaft künstlerische und soziale Absichten verfolgen könnten, nur zur Dekoration, zur Beruhigung und event. zur Reklame dienen. Die Red.)

„Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß. Die Uraufführung des „Rosenkavaliers“ von Richard Strauß an der Dresdener Hofoper hat sich unter der gleichen Anteilnahme eines internationalen Publikums vollzogen, wie vor zwei Jahren an derselben Stelle die ersten Aufführungen von „Salome“ und „Elektra“. Dresden hat die Strauß-Premieren zu einer Art Spezialität gemacht und konnte auch in allen Fällen Anspruch erheben, Vorzügliches geleistet zu haben. Zum „Rosenkavalier“ ist wieder ein ungeheurer Apparat in Tätigkeit gesetzt worden. Wer erwartet hatte, in dieser musikalischen Komödie vereinfachte Verhältnisse und Mittel vorzufinden, war schlaggedungen. Die Besetzung des Orchesters ist annähernd ebenso stark wie in „Elektra“, wenn es auch nicht mit der gleichen Fülle zur Entfaltung kommt. Die Personenbesetzung hat acht Hauptrollen und wohl ein halbes Dutzend Nebenrollen und Statisten. Die Szenengestaltung durch Professor Koller, deren Uebernahme Bedingung war, ist im ersten und zweiten Akte luxuriös. Die Handlung der Dichtung Hugo von Hofmannsthal (die jedoch im Verlage von S. Fischer, Berlin, erschienen ist) spielt in der Mitte des 18. Jahrhunderts in dem Wien der Kaiserin Maria Theresia und ist voll aus dem üppigen, sinnlichen und feudalen Milieu der Rokokozeit geschöpft. Sie wurzelt ganz im Erotischen und zeigt den Absolutismus der Herrenlunen und die überreife Luxuskultur der Zeit- und Weltanschauung vor der französischen Revolution. Die Feldmarschallin Fürstin Werbenberg hat eine Liebschaft mit dem siebzehnjährigen Grafen Octavian Nostano, deren baldiges Ende die gereifte Frau indessen voraussieht. Der Baron Och von Verchenau, ein reiblicher Landjunker und skrupelloser Schürzenjäger, überfällt das Paar und stellt Octavian, der sich noch schnell als Kammergöze verkleiden konnte, in plumper Begehrlichkeit nach, obwohl er soeben, der Wittig wegen, um Sophie, die Tochter des reichen, neugeborenen Herzog von Paninal, wirbt. Die Fürstin verspricht ihm einen Rosenkavalier, d. h. einen Brautwerber, der nach der Sitte der Zeit mit feierlichem Jeronimus eine silberne Rose zu bringen hat, zu stellen und bestimmt Octavian dazu. Dieser begibt sich zu Sophie und findet in ihr das liebenswerte Gegenstück seiner eigenen Jugend. Och selbst behandelt seine Braut mit der gemein-schaftlichen

Geheimnisse einer Fleischererei.

Eine gerechte Strafe verhängte die Slogauer Strafkammer am Donnerstag über einen Fleischermeister wegen direkt widerlicher Vergehungen gegen das Nahrungsmittelgesetz. Es handelte sich um den Innungs-Obermeister Redzch aus Grünberg, der schon seit 22 Jahren sein Geschäft betreibt und von dem niemand Schmutzereien, wie sie in der Verhandlung zutage kamen, für möglich gehalten hätte. Eines Tages war bei der Polizei ein Lehrling des Angeklagten erschienen und gab an, daß er aus der Lehre gelaufen sei, weil sein Meister ihn schlecht behandelt habe. Zugleich machte er verschiedene Ritzzeichnungen über den Betrieb des Redzch. Daraufhin ließ die Polizei eine Hausdurchsuchung vornehmen. Dabei wurden im Laden verschiedene bereits in Verwesung übergegangene, mit Waden durchsetzte Lungen, im Schlachthause an hundert völlig verdorbene Würste, die neben den guten Würsten hingen, ebenso im Kellerraum und in der Remise noch eine Anzahl verdorbener Fleischwaren gefunden. Im Hofe wurde ein großer Eimer entdeckt, der stinkig gewordenen Röhlfleisch enthielt, das zusammen mit der verdorbenen Würst und fauligem Fleisch im Wolf zerleinert und wieder zu Würst verarbeitet wurde. Der Angeklagte suchte sich damit herauszureden, daß er behauptete, die verdorbenen Waren seien nur als Dünger- und Hundefutter verkauft worden. Diese Ausrede fand aber keinen Glauben. Das Gericht ging weit über das z. B. bei den jüngsten Münchener „Würstfessel“-Prozessen angewandte Strafmaß hinaus und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Straßenbahntravall in Bremen.

Gestern fanden die in voriger Woche vor der Strafkammer begonnenen Aufrehrprozesse ihre Fortsetzung. In Frage kommen dabei die Vorgänge vom 17. Oktober, dem Tage der Ankunft der Streikbrecher aus Hamburg. Die Gesellschaft kam abends gegen sechs Uhr an. Sie wurden dann hinten vom Bahnhof unter Bedeckung von Schutzleuten heruntergeführt und sollten an der Gulsow-Dechen-Allee in die bereitstehenden Wagen der Straßenbahn nach den Depots gefahren werden. Das war aber ruckbar geworden, und als die Arbeitswilligen sich hüten ließen, wurden sie von einer großen Menschenmenge mit Pfuirufen empfangen. Als die Wagen kaum 300 Meter gefahren waren, hatte die erregte Menge bereits sämtliche Scheiben demoliert. Dabei wurden auch einige Streikbrecher durch Steinwürfe verletzt.

Die jetzige Anklage richtet sich gegen drei Beamte der Straßenbahn: Heinrich Haupt, Bruno Klein Schmidt und Karl Seiler. Haupt wird beschuldigt, daß er inmitten der die Arbeitswilligen und Schutzleute beschimpfenden Menge sich aufgehalten hat. Er soll ferner durch sein Benehmen die Erregung der Menge geschürt und Pfui gerufen haben. Klein Schmidt soll nach der Anklage neben einem die Streikbrecher befördernden Straßenbahnwagen hergelaufen sein, mit der Faust gedroht und gerufen haben: „Ihr Streikbrecher, Ihr Lumpenhunde!“ Seiler soll vorzüglich einen Straßenbahnwagen dadurch beschädigt haben, daß er mit einem Ziegelstein die Scheibe eines Wagens einwarf.

Die Angeklagten Haupt und Klein Schmidt wurden wegen leichten Landfriedensbruchs zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Seiler erhielt wegen Sachbeschädigung 1 Monat Gefängnis; beantragt waren 6 Wochen.

Vereinsrechtliches.

In einem Verwaltungsstreit gegen den Regierungspräsidenten zu Arnberg, den der Gewerkschaftssekretär Müller angeklagt hatte, war zu entscheiden, ob eine von diesem einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung dem Ueberwachungsrecht gemäß § 13 des Vereinsgesetzes unterlag. Die Versammlung war als öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen und hatte als Hauptpunkt auf der Tagesordnung einen Vortrag von Martha Tich über: „Die wirtschaftlichen Krisen und ihre Folgeerscheinungen.“ Es erschienen zwei Beamte der Polizei und überwachten trotz Protestes die Versammlung. — Müller erhob beim Landrat Beschwerde über diese Ueberwachung und verlangte, daß in Zukunft öffentliche gewerkschaftliche Versammlungen nicht wieder überwacht würden.

Der Landrat wies die Beschwerde durch einen verläufigen und dann durch einen weiteren Bescheid, und der Regierungskassident zu Arnberg lehnte eine fernere Beschwerde ebenfalls ab.

Die Behörden meinten, daß der § 13 des Vereinsgesetzes sich auf alle öffentliche Versammlungen beziehe, ganz gleich, was ihr Zweck sei.

Müller klagte, und sein Vertreter vor dem Oberverwaltungsgericht, Rechtsanwalt Lesser, bekämpfte die Aufschauung der Behörden als irrig. Das Ueberwachungsrecht der Polizei im Sinne des § 13 beschränkte sich nur auf die öffentlichen Versammlungen, auf

Einschätzung eines Viehverkäufers und treibt so die schwer beleidigte Sophie in Octavians Arme. Durch die Einmischung eines italienischen Intrigantenpaares werden sie von Och überfallen. Im Streit verwundet der junge Kavaliere den rohen Junker leicht am Arme. Unter großem Tumult muß er das Haus des empörten Paninal verlassen und sinit nun darauf, die Ehe zwischen Och und Sophie unmöglich zu machen. Er läßt brieflich als Kammergöze der Fürstin den lästigen Baron zu einem Stehdischen und lädt ihn in eine Vorstadtkneipe. Mit Mühe erweckt er sich der plumpen Järllichkeit des Barons, bis bezahlte Intriganten und versteckte Kampagne hervorbrechen und dem Baron einen Tumult machen, daß er selbst nach der Polizei ruft. Mit dieser erscheint aber auch Paninal, der Schwiegervater, vor dem sich Och vergeblich herauszulügen sucht. Das Dazukommen der Fürstin, die ebenfalls von Octavian eingewickelt worden ist, löst die Spannung. Och muß blamiert die Szene verlassen. Octavian und Sophie werden von der Fürstin vereint.

Diese komödienthafte Liebesintrige hat Strauß mit allen Mitteln seiner symphonischen Orchesterkunst durchkomponiert. Er wollte bewußt eine leichte, graziose und einfache Musik schaffen und hat sich auch durch rhythmische Frische und melodischen Fluß, durch Menuett- und Walzertempi diesem Ziele genähert. Doch die kunstvolle motivische Arbeit des modernen Musikdramatikers konnte und mochte er nicht aufgeben, ebensowenig seine besondere Stärke, die Tonmalerei der Klein- und Nebensätze, ganz ungebraucht lassen. Auch zur geschlossenen Form der Kammeroper konnte er natürlich nicht zurückkehren, und so schuf er sich einen eigenen Stil der modernen Musikkomödie, der freilich nichts unbedingt Neues darstellt, sondern wie eine verdünnte und verbreiterte Anwendung seiner bisherigen dramatischen Mittel wirkt. Es gibt Stroden in hohem Bogen geschwungener Gesangslinien, die besonders am Anfang der ersten beiden Akte und zum Schluß des letzten zu den rauschvollsten Orchesterbegleitungen Gelegenheit schaffen. Daneben stehen Stellen im leichten Konversationston und Ensembles mit humoristischen kanonischen Imitationen oder Kontrapunktischen Scherzen. Der dritte Akt wird durch Musik zu einer Automime eingeleitet, die fugato gearbeitet ist. Dann herrscht ein Walzer von abschüchlicher Schmelzhaftigkeit vor, der schon den Schluß des zweiten Aktes charakterisierte. Italienische Stillingredienzen alter und moderner Art, Rokokomelodien, parodistische und komische Kleinzüge, Momente sühlicher Sentimentalität sind mit raffinierter Berechnung in die bis ins Feinste durchgearbeitete Riesenspartitur zur Würze verstreut. Aber alles in allem verleugnet sich der Orchesterorgelstrahl Strauß nirgends, dem trotz heissen Bemühens die rollofische Leichtigkeit und der sonnige Humor eines Jozuzagen modernen Mozartstils nicht gelingen konnte. Die Aufführung unter Schuch mit den Sängern Siemens (Fürstin), v. d. Osten (Octavian), Raft (Sophie), Perron (Och), Scheidemantel (Paninal) war glänzend und schloß mit Ovationen für Strauß, Hofmannsthal und Schuch. Felix Zimmermann.

Kleines feuilleton.

Deutsches Opernhaus. Von einem volkstümlichen Opernunternehmen für Groß-Berlin ist unseren Lesern bereits Kenntnis gegeben worden. Seither hat sich die Sache äußerlich so gut weiterentwickelt, daß ein eigenes Urteil berechtigt sein dürfte.

Auf einem von der Stadt Charlottenburg zu pachtenden Boden soll ein Gebäude errichtet und womöglich im Oktober 1912 dem Betrieb übergeben werden. Der Bau, von dem bekannten Theaterarchitekten Seeling (der bald eine Art Monopol in Theaterbauten hat) auszuführen, wird in Barriere und drei Rängen samt Galerie 2308 Plätze enthalten. Man will mit hervorragend künstlerischen Kräften arbeiten, einschließlich 100 Chor- und 100 Orchesterleute, und die Mitte zwischen Hofoper und Volksoper halten. Ein Arbeitsauschuß, dem namentlich Gemeinde- und Kunstpersönlichkeiten angehören, wird durch ein Komitee von etwa 230 oder mehr Unterzeichneter eines Aufsusses ergänzt. Seit Weihnachten wurde zum Abonnement aufgerufen; das über Erwartungen günstige Ergebnis ist interessant genug, daß ein Ueberblick über das aufgestellte Budget auch schon die Sache selbst charakterisiert. Wir verzeichnen hier die Zahl der Sitze, ihren Abonnementpreis und die annähernde Zahl der eingelassenen Abonnements: 400 Orchesterplätze 3,50 M. 316 Abonnements, 500 I. Parquet 3 M. 451, 146 2. Parquet 2,50 M. 37, 370 1. Rang 4,50 M. 41, 324 2. Rang 2 M. 227, 324 3. Rang 1 M. 60 Abonnements. 250 Galerieplätze zu 0,80 M. (samt Garderobe und Zettel) bleiben ohne Abonnement.

Man sieht aus dieser Uebersicht deutlich folgendes: Reich und arm leben weg, der wohlhabendere Mittelstand zeigt einen gewissen Bedarf nach dem Dargebotenen, und er greift nach Plätzen, die ein gutes Sehen ermöglichen.

Es fiel das Schlagwort: „Ergänzung oder Entlastung unseres Hoftheaters für die breite Masse des mittleren und kleineren Publikums“. Und andererseits wurde dem Unternehmen W a n g e l a n t w i r t l i c h e r V o l k s t ü m l i c h k e i t vorgeworfen. Der Vorwurf stimmt insofern, als der Preisdurchschnitt über die Finanzen des „kleineren“ Publikums hinausgeht, was er leider tun muß, wenn ohne Subvention künstlerisch Zweckendes geboten werden soll und die vorliegenden Kunstabsichten nicht auf eine besondere Volksbildung ausgehen. Er stimmt aber insofern nicht, als Sonntag-nachmittagsvorstellungen für ein besonderes Publikum vorgesehen sind, und als wenigstens 30 von ihnen den beiden Volksbühnen-bereinen referiert werden.

Neben den Werken Richard Wagners (von Neujahr 1914 an) sollen die „Meisterwerke der gesamten Opernliteratur, insbesondere unsere Klassiker, den Spielplan bilden“. Das ist alles. Von keiner Seite her irgendeine speziellere künstlerische Absicht; keine Rede

Die sich die im § 13 in Klammern genannten §§ 5, 6, 7, 8, 9 und 12 bezogen. Die vorliegende öffentliche Gewerkschaftsversammlung hätte danach nur überwacht werden dürfen, wenn sie zugleich einer Erörterung politischer Angelegenheiten gedient hätte. Das werde aber bestritten.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage am Dienstag ab. — Das Gericht steht auf dem in einer anderen Sache ausgesprochenen Standpunkt, daß die Ueberwachungsbevollmächtigten der Polizei, wie sie § 13 regelt, allerdings nicht auf alle öffentlichen Versammlungen sich beziehen, sondern nur auf öffentliche Versammlungen im Sinne der §§ 5, 6, 7, 8, 9 und 12 des Gesetzes. Das sind: 1. öffentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten, die in geschlossenen Räumen tagen; 2. alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, auch wenn sie unpolitisch sind; 3. alle öffentlichen Versammlungen (auch un-

politische), in denen in einer nichtdeutschen Sprache verhandelt werden solle. — Das Oberverwaltungsgericht vertritt aber weiter den Standpunkt, daß die Polizei außer jenem beschränkten formellen Ueberwachungsrecht noch ein anderes Recht hat, in Versammlungen zu gehen; es meint, die Polizei könne sich in anderen Versammlungen unter gewissen Voraussetzungen auch betreten lassen, dann nämlich, wenn sie den Verdacht hegt, daß strafrechtlichen oder anderen rechtsgeschäftlichen Bestimmungen zuwidergehandelt werde, zum Beispiel vereinsrechtlicher Bestimmungen. — Das Oberverwaltungsgericht verwies bei Verkündung der Abweisung der Klage Müllerers ganz kurz auf diese, in einer Rieler Sache ausgesprochenen Grundsätze und erklärte ohne nähere Ausführung, daß bei der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Plattenberg unter den obwaltenden Umständen dieses Einzelfalles die Einsetzung der Polizeibeamten berechtigt gewesen sei.

Wenn man die mitgeteilten Grundsätze berücksichtigt, so kann das nur bedeuten, daß das Gericht entweder die öffentliche Gewerkschaftsversammlung als eine solche zur Erörterung politischer Angelegenheiten angesehen hat oder doch als eine solche, von der die Behörde befürchten konnte, sie werde sich zu einer politischen Versammlung auswachsen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Illust. Berlin 2. Sonntag, 29. Januar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Märkischen Hof, Adolphstr. 180: Mitglieder-Versammlung. — Berlin 6. Sonntag, 29. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Bernide, Adlerstr. 123: Mitglieder-Versammlung. — Berlin 7. Sonntag, 29. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Hoffmann, Waisenwall 5: Mitglieder-Versammlung. — Berlin 10. Sonntag, 29. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11: Mitglieder-Versammlung. — Baumgartenweg, Sonnabend, 28. Januar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Lokal von Häbing, Baumgartenstr. 67: Mitglieder-Versammlung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**3. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der  
**Robert Schulz**  
Krausstr. 11 (Bezirk 255)  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Hixdorf, Hermannstr. 10, statt.  
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Stralauer Viertel.**  
Bezirk 261, Teil III.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der  
**Ernst Grosser**  
Simon-Dach-Str. 28/29  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, statt.  
**Der Vorstand.**

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
(Zentrale Berlin.)  
**Bezirk Adlershof.**  
Am Donnerstag, den 26. Januar, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied  
**Gustav Schulz**  
an Lungenleiden.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bräuer-Friedhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Ortsverwaltung.**

Die Stellung eines Verwalters unserer Zentrale Treptow wird mit dem 1. April d. J. frei und ist zu diesem Termin, eventuell auch früher, neu zu besetzen.  
Belegte, im Krankenkassenwesen durchaus erfahrene Bewerber wollen sich unter Beilage von Zeugnissen über ihre bisherige Tätigkeit und Lebenslauf sofort schriftlich an den unterzeichneten unter Bezeichnung "Bewerbung" melden. Die Akte der Bewerber wird mit dem 10. Februar 1911 geschlossen. Entschädigung 1800 M. pro anno. Bewerber hat ein für Stufenweise geeignetes Zimmer zur Verfügung zu stellen, wofür ihm eine jährliche Miete von 300 M. vergütet wird, eine Kaution von 750 M. ist zu hinterlegen.  
Absterbefall, den 28. Januar 1911.  
**Der Vorstand** 217/18

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Dorf L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Dorf III. Amt 3, 1907.

**Montag, den 30. Januar 1911: Bezirks-Versammlungen**  
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstraße 142, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Tegel: Eichbornsäle, Reinickendorf, Eichbornstraße 60, abends 8 Uhr.
- Moabit: Frachtsäle Nord-West, Wielestraße 24, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Westen und Schöneberg: Oeffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Osten und Lichtenberg: Liffus Festsäle, Wemeler Straße 67, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Stralau u. Rummelsburg: Blumes Restaurant, Alt-Bohagen 56, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Südenbezirke: Urania, Oranienstr. 10, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Weißensee: Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthaler Str. 3, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Steglitz: Restaurant Schellhase, Hornstraße 15a, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstraße 74, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Ober-Schöneweide: Restaurant Hasselwerder, Gassewerderstr. 16, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Spandau: Restaurant Böhle, Havelstr. 20, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der  
**Ignatz Bieba**  
Stäntzer Straße 143 (Bezirk 156)  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Hixdorf, Hermannstr. 10, statt.  
**Der Vorstand.**

**Verein aller in Schriftgeheimen besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Ernst Wyder**  
am 25. d. Mts. verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Möbelfabrik „Fortuna“**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Richardstr. 23a.  
Sonntag, den 12. Februar 1911, vormittags 9 Uhr.  
bei Kette, Holzmärktstr. 21.  
**Ordentliche General-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vorlegung der Bilanz. 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.** 286/3

**Gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Adlershof und Umgegend.**  
Max Knapp, Vorsitzender.  
Berlin NO. 55, Edmardstraße 20.  
**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Merzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).**  
**Mitglieder-Versammlungen**

- finden statt:
- Bezirk A am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 10.
  - „ B am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Ehlert, Blener Straße 25.
  - „ C am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Schulz, Alte Jandstr. 18/19.
  - „ D am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Hammel, Sophienstr. 5.
- Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Kassensbericht pro 4. Quartal 1910. 3. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltungen.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker  
**Reinhold Miethe**  
am 25. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schraubendreher  
**Georg Fuß**  
am 25. d. Mts. an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weißensee aus statt.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Rege Beteiligung erwartet  
111/4 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter  
**Otto Krafack**  
am 24. Januar gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechslerführer  
**Gustav Breske**  
am 25. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Salamander**  
Schuhges. m. b. H., Berlin  
Zentrale: W. 8, Friedrich-Strasse 182

Einheitspreis für Damen u. Herren **Mk. 12.50**  
Luxus-Ausführung M. 16.50  
Fordern Sie Musterbuch V

W. Friedrich-Strasse 182  
SW. Friedrich-Strasse 221  
N. Friedrich-Str. 118/19  
C. König-Strasse 47  
W. Potsdamer Strasse 5  
C. Rosenthaler Tor  
W. Tauentzien-Strasse 15  
N. Bad-Strasse 20

NO. Gr. Frankfurter Str. 102 (am Strausberger Platz)  
NW. Wilsnacker Strasse  
Ecke Turmstrasse 9  
Charl., Wilmsdorfer Str. 126  
Steglitz, Schloss-Strasse 20  
Spandau, Breite Strasse 30  
Potsdam, Nauener Strasse 24

Nach langem, schwerem Leiden verstarb Mittwoch, nachmittags 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, mein innigstgeliebter Mann und guter Vater, Schmiedeger- und Großvater, der Bäckermeister  
**Ernst Seiffert**  
im Alter von 57 Jahren.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Martha Seiffert**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Kreuzerhaus, Wemeler Straße 34, aus nach Wilhelmshagen statt.  
283/32

**Julius Loewenberg**  
Müllerstr. 163a, Ecke Burgsdorfstraße (Bahnhof Wedding).  
**Diese Woche herabgesetzte Preise!**  
Wäsche, Handtücher, Bettbezüge, Inletts, Dowlas, Hemdentuch, Gardinen, Decken, Vorhänge.  
Auf sämtliche Artikel  
**Norden-Marken. Konsumgenossenschafts-Marken.**

**Muster-Coupons-Reste.**  
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Hüte, Kostüme etc. Meter 3.-, 4.-, 5.-, Sirichbar-Läden, importiert für West-Palast, Meter 1.50, 2.-, Tuchlager Centralstr. 20-21, Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H., vis-à-vis d. Petrikirche.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.  
Geschäftsstelle: O. 54, Rudolphstr. 10 I. Fernsprecher: Amt 3, 4518.  
Sonntag, 29. Januar, nachm. 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassensbericht vom Jahre 1910; Kassensbericht vom vierten Quartal 1910. 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Kollegen! Erscheint recht zahlreich in dieser wichtigen Versammlung.  
423/3 Die Ortsverwaltung.

**Konsumverein für Tegel und Umgegend.**  
Freitag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in Trebesch's Festhale, Bahnhofstraße 1:

**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Halbjahresbericht. 2. Berlebung des Revisionsberichts. 3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Der Aufsichtsrat  
des Konsumvereins für Tegel und Umgegend,  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung,  
Barndt, Vorsitzender.  
109/3

**Achtung! Maler! Achtung!**  
Montag, den 30. Januar 1911, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 17, Saal 7:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 281/85  
1. Ersatzwahlen zum Gehilfen-Ausschuß.  
2. Neuwahl der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht.  
**Der Innungs-Vorstand: Der Gehilfen-Anschluß:**  
F. Rettig, O. Joachimstraße 18, W. Wendel, Ronnenmühlstraße 22, Obermeister, Wittgehilfe.

Allen Freunden und Parteigenossen zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das  
**Dieffenbachstr. 34**  
beständige 28515  
**Lokal**  
übernommen habe und bitte ich alle verehrten Gönner um regen Zuspruch.  
**Max Keiler,**  
Schankwirt, Dieffenbachstr. 34.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspolizeidamm. — Amt VII, 13709.  
Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Lieferant für alle Krankentafeln.

**Pa. Schlaack- u. Salamiwurst à Pfd. 1.20**  
Große geräucherte Gänsekeulen, zum Rohessen, ff. Gänseeschmalz, garantiert rein, à Pfd. 1.20, empfiehlt  
**Bermann Leibner, Berlin C., Klosterstraße 95, Eokhaus Kaiser-Wilhelm-Straße**



# Billige Abschluß-Tage

Ende heute Sonnabend.

Herabgesetzte Preise zwecks  
Räumung der Inventur-Bestände

Große Bestände	Herren-Paletots und Ulster . . . von	8 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Herren-Jackett-Anzüge . . . . . von	8.— an
Große Bestände	Gehrock-Anzüge . . . . . von	33.— an
Große Bestände	Herren-Hosen . . . . . von	2 <sup>90</sup> an
Große Bestände	Herren-Winter-Joppen . . . . . von	6 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Pelz-Joppen . . . . . von	15.— an
Große Bestände	Gummi-Mäntel englische und deutsche . von	11 <sup>90</sup> an
Große Bestände	Loden-Pelerinen für Herren und Damen von	8.— an
Große Bestände	Pikee-Westen . . . . . von	1 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Knaben-Hosen . . . . . von	60 Pf. an
Große Bestände	Knaben-Manchester-Anzüge für 3-8 Jahre von	3 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Knaben-Anzüge Buckskin, Manchester, Kammgarn, Blusen- u. Norfolk-Fass., durchweg	6 <sup>40</sup> an
Große Bestände	Knaben-Ulster und -Pyjacks . . . von	3 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Jünglings-Anzüge und Paletots . von	7 <sup>50</sup> an
Große Bestände	Wäsche-Kragen in 12 modernen Formen Prima Ware . . das 1/2 Dtzd.	1 <sup>75</sup>

# BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Pelz-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

# Total-Ausverkauf

Nur bis 31. März.

Das gesamte Warenlager der unterzeichneten Firma, welche 1879 gegründet wurde, und bei Beginn des Ausverkaufs einen Wert von ca. **225 000 M.** hatte, soll wegen Aufgabe des Geschäfts vollständig ausverkauft werden.

Wirklich reeller Ausverkauf. Kein Nachschub von Waren.

## zirka 1050 Herren-Paletots und 1550 Herren-Anzüge

so:  
früher 18 bis 25 M. . . . . jetzt **12<sup>50</sup> M.**  
früher 26 bis 35 M. . . . . jetzt **18<sup>00</sup> M.**  
früher 36 bis 48 M. . . . . jetzt **24<sup>00</sup> M.**

## Herren-Winter-Joppen

so:  
früher 5.25 bis 6.50 M. . . . . jetzt **4<sup>00</sup> M.**  
früher 7.50 bis 10 M. . . . . jetzt **6<sup>00</sup> M.**

## Knaben-Paletots und Anzüge

so:  
früher 6.50 bis 10 M. . . . . jetzt **4<sup>50</sup> M.**  
früher 11 bis 20 M. . . . . jetzt **7<sup>50</sup> M.**

## zirka 3000 Herren-Hosen

so:  
früher 3 bis 4.50 M. . . . . jetzt **1<sup>85</sup> M.**  
früher 5 bis 8 M. . . . . jetzt **3<sup>25</sup> M.**  
früher 8.50 bis 12 M. . . . . jetzt **5<sup>00</sup> M.**

Schlafrocke, Hansjoppen, Phantasie-Westen, Wagenmäntel, spottbillig.

# Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Straße 141.

## Orts-Krankenkasse Pankow.

Bekanntmachung auf Grund des § 66 des Krankenstatuts.

Der Vorstand setzt sich zurzeit aus folgenden Personen zusammen:

- Otto Rihmann, Vorsitzender, Arbeitnehmer.
- Karl Lubig, Stellvertreter, Arbeitnehmer.
- Berno Ulrich, Schriftführer, Arbeitnehmer.
- Eugen Hester, Stellvertreter, Arbeitnehmer.
- Hofer, Beisitzer, Arbeitgeber.
- Wilhelm Oras, Beisitzer, Arbeitgeber.
- Hermann Lohde, Beisitzer, Arbeitnehmer.
- Gustav Amthor, Beisitzer, Arbeitnehmer.
- Richard Weimroth, Beisitzer, Arbeitnehmer.

Pankow, den 24. Januar 1911.  
Otto Rihmann,  
Pankow, Wäldenstraße 20.

## den verehrten Besuchern der Heilstätte Beelitz

zur gefälligen Kenntnisnahme, daß auf der linken Seite der Bahn das Restaurant

## Berliner Kindl

eröffnet worden ist u. für gute Speisen und Getränke bestens gerüstet ist. Um gütigen Zuspruch bittet

H. von Schemm, Oekonom.

## Orts-Krankenkasse für Reinickendorf.

Bekanntmachung.

Dierdurch machen wir bekannt, daß der I. Antrag zum Statut, enthaltend den § 43, beschloffen in der Generalversammlung vom 29. November 1910, unter dem 3. Januar 1911 vom Bezirksausschuß zu Potsdam genehmigt worden ist.

Derselbe tritt mit dem 15. Januar 1911 in Kraft. Druckexemplare können in einigen Tagen im Kassenlokal in Empfang genommen werden.

Der Vorstand der Krankenkasse setzt sich für das Jahr 1911 aus folgenden Personen zusammen:

- Der Deusch, Vorsitzender, Stellvertreter.
- Schemmel, Vorsitzender, Stellvertreter.
- Reuber, Schriftführer.
- Liebrecht, Schriftführer, Stellvertreter.
- Stoff, Beisitzer.
- Schäfer, Beisitzer.
- Hierke, Beisitzer.
- Gurck, Beisitzer.

Reinickendorf, 22. Januar 1911.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse Reinickendorf.  
Deusch, Vorsitzender. 270/17  
Neubecker, Schriftführer.

Große heimische, hellfeste 270/5\*

## Harzer Landkäse

Riße mit 55 Stück für M. 3.50 fr. R. G. Mackenrodt, Quedlinburg 10.

## Kindersegen und Arbeiterklasse

oder: Wie schützt man sich vor starkem Familienzuwachs mit und ohne Hilfsmittel auf gesunde Art? — Preis 30 Pf. — Gegen Voreinsendung von 15 Pf. in Briefen portofrei ins Haus durch den Verlag von W. Lebnauer, Jena-Ost (Saale), sowie durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 28026\*

Zur 2. Klasse (Ziehung 10. und 11. Februar)

## Preuss. Lotterie

Original-Lose 14/3\*

1/2 M. 40.— 20.— 10.— (Porto 15 Pf.)

A. Müller, Kgl. Lott.-Einnahmer, Kottbuser Damm 70/71, nahe Berlin S. 59, Hermannpl.

## Photographie

# J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

## Berlin

Friedrichstr. 108  
Friedrichstr. 138.  
Königstr. 52  
Rosenthaler Str. 72a  
Reinickendorfer Str. 4 am Weddingplatz

## Schöneberg

Hauptstr. 19

## Rixdorf

Bergstr. 151-152 in der Passage (Fahrstuhl)

Bitte zu beachten:  
In Charlottenburg unterhalte ich keine Filiale.

# Umsonst

gebe ich jedem

vom Sonntag, den 29. Januar  
bis Sonntag, den 5. Februar inkl.

eine

## Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42x50 cm mit eleganter Aufmachung, der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visit glänzend	1.80	12 Visit matt	4.00
12 Kabinett	4.80	12 Kabinett matt	8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Man achte genau auf die Größe und Ausführung meiner Grafit-Bilder.

Abend-Aufnahmen im Kunstlicht-Atelier.

# Josefetti

# VERA

## FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE



Aus der Frauenbewegung.

Vorwärts.

Die Gebundenheit des Weibes während einer Reihe von Jahrhunderten förderte bei diesem erklärlicherweise die Kultur des Geschlechtlichen. Das Weibsein entwickelte sich zum Konzentrations- und Angelpunkt der Lebensauffassung, des Daseinszweckes. Der wirtschaftlich geknechteten Frau wurde mit Beginn des erstrebten Weibseins in der Ehe eine Periode doppelter Last und Unterdrückung zuteil. Neben den wirtschaftlichen Sorgen, die mit vielem Kinderseggen stetig wuchsen, lasteten auf der proletarischen Ehefrau der Mutterpflichten reiche Summe. Anders bei den Frauen der Bourgeoisie! Entweder sie fanden neben der gesuchten Versorgung auch die Befriedigung als Weib, — ein mehr oder minder starkes Liebesleben füllte alle Wunschlücken aus. Oder schwärmerisch veranlagte Naturen suchten für die Enttäuschung, die die Ehe brachte, Ersatz, wie und wo er sich fand, wenn sie nicht resignieren konnten und dabei früh zugrunde gingen. In den geschlossenen Kreisen der geschlechtlichen Abhängigkeit des Weibes brach die fortschreitende kapitalistische Gesellschaftsordnung zunächst keine Lücken. Während vordem die das Ehepaar vergeblich suchenden Frauen in Klöstern, Stiften usw. oder als Diensthöfen ihr Leben verträuert, stellten neue Verhältnisse die Frau wirtschaftlich auf die eigenen Füße. Die durch Bildungsmittel, Zeitungslektüre, bessere Schulen geförderte Erkenntnis ließ auch bald bei den überschüssigen Frauen der Bourgeoisie den Wunsch stark werden, die Massenherrschaft mit dem Manne zu teilen. Die proletarische Frau dagegen fühlte sich mit dem proletarischen Manne eng verbunden, das Masseninteresse brachte sie zum Manne nicht im Gegensatz, denn sie teilte mit ihm ja die Abhängigkeit und Ausbeutung als Objekt des Kapitals. Naturgemäß trat die proletarische Frau zunächst weniger agitatorisch hervor, als die einen Anteil an der Massenherrschaft heischende bürgerliche Frau. Die mit den Reizen ausgestattet waren, die sie zu begehrten Objekten des Liebeslebens machten, durchbrachen erklärlicherweise nicht so leicht die durch Erziehung und Herkommen gezogenen Schranken, sie begnügten sich mit der Weibchenrolle, selbst wenn sie damit ein Opfer des Intellekts bringen mußten. Mit starken Geistesgaben Ausgestattete, denen die gesuchten Weibtreue fehlten, entwickelten dagegen leicht den erforderlichen Talentdrang, um als selbstbewußte Persönlichkeiten zu protestieren gegen die Rolle der Entfaltung und der stillen Zurückgezogenheit, die ihnen die Verhältnisse aufzwingen wollten. Sie schufen einen besonderen Typ, den der Emanzipierten im öffentlichen Leben. Das Weibblatt hatte eine neue Figur, das Mannweib! Man sah die äußere Erscheinung als das Wesentliche an, verkannte die eigentlichen Triebkräfte. In dem Maße aber, als die Proletarierin das Persönlichkeitsbewußtsein entwickelte, als Massenerscheinung auf der politischen Bühne sich zeigte, politische Rechte fordernd, verschwand das Mannweib aus der Karikatur und die Reaktionsäre sehen nun in der Frauenfrage das wichtigste Problem. Nun gründen sie Gegenvereine, um die erwachende Frau in den alten Bannkreis zu zwingen. Ruhen wird das nicht! Die Frauenbewegung ist nicht die Frucht einer Laune, sondern eine geschichtliche Notwendigkeit. Wie sie die Weibblattperiode überwunden hat, wird sie auch die reaktionäre Mattensängerei überwinden.

Die Frauenarbeit in Amerika.

Auch in Amerika gewinnt die Berufstätigkeit der Frauen immer mehr an Ausdehnung. Nach einer vom Handels- und Arbeitsamt in Washington kürzlich veröffentlichten Statistik gewinnen von den 23 485 000 Personen weiblichen Geschlechtes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mehr als ein Fünftel, nämlich 4 833 600 ihren Lebensunterhalt selbst. In dieser ungeheuren Armee von Arbeiterinnen sind alle demographischen Elemente der Union vertreten. 1 771 900 sind Anglo-Amerikanerinnen, d. h. Personen, deren Familie seit zwei Generationen mindestens in Amerika ansässig sind. 1 119 000 sind Negertinnen, 1 090 700 Amerikanerinnen, Töchter von in Amerika eingewanderten Emigranten, die in Amerika geboren sind, 840 000 selbst Eingewanderte, endlich 11 200 Indianerinnen, Chinesinnen und Japanesinnen.

Die Frauenarbeit erstreckt sich wie bei uns auf alle Gebiete, angefangen von den niedrigsten mechanischen Handarbeiten bis zu den hochqualifizierten intellektuellen Arbeiten. Bei dem Vorurteil, das in Amerika gegen die Farbigen herrscht, folgen den farbigen Frauen im allgemeinen die niedrigsten und ermüdendsten Arbeiten zu. So sind von den 456 000 landwirtschaftlichen Arbeiterinnen 331 800 Negertinnen und von den 825 200 Wäscherinnen ebenfalls 65 Proz. In den Berufsgruppen, die die technische Kenntnis eines Handwerks ohne große Allgemeinbildung verlangen, sind hauptsächlich die eingewanderten Frauen oder deren Töchter zu finden. Sie liefern etwa 3/4 der weiblichen Arbeiterschaft in der Textilindustrie, sie sind auch verhältnismäßig zahlreich in der Landwirtschaft vertreten. Am höchsten auf der Stufenleiter stehen die Anglo-Amerikanerinnen. Sie bilden die Mehrheit in allen den Berufen, die eine größere Allgemeinbildung verlangen. So sind 53 Proz. der Stenographinnen, 50 Proz. der weiblichen Bankangestellten Amerikanerinnen der neuen Generation.

Als kuriosum wird in dem Bericht erwähnt, daß sich unter den arbeitenden Frauen 5 Pilotinnen befinden, ferner 7 Jungführerinnen, 185 Schmeide, 508 Maschinentechnikerinnen, 45 Mediziner, 28 Weidensteller. Nicht weniger als 3400 Frauen üben in Amerika das Predigeramt aus und 1010 sind Advokaten.

Leserabend.

Johannisthal. Montag, 30. Januar, bei Krüner, Kaiser-Wilhelm-Straße 48.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schuhmacher. Die Filiale Berlin des Schuhmacherverbandes hielt am Mittwoch bei Voelker in der Weberstraße ihre Generalversammlung ab, in der der Kassen- und Geschäftsbericht vom 4. Quartal gegeben wurde. Der Kassenbericht lag vervielfältigt vor. Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 14 784,15 M. ab. Unter den Ausgaben sind die größten Posten: 2658,10 M. für Arbeitslosenunterstützung, 3348,95 M. für Krankenunterstützung, 4967,06 M. an die Zentralkasse gesandt. In der Abrechnung der Lokalkasse ist die Bilanzsumme 13 940,29 M., der Bestand ist von 8853,99 M. auf 9408,35 M. gestiegen. Der Bestand der lokalen Zuschüsse ist im Laufe des Quartals von 5098,80 M. auf 6426,88 M. gestiegen. Die Zahl der Mitglieder war am Quartalschluß 2688, 2543 männliche und 143 weibliche. — Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Gammann gab, ist hervorzuhellen die Bedrohung der Schöckschuhmacher in den Reparaturwerkstätten, zur Durchführung des Minimallohntarifes, die unter anderem den Erfolg gehabt hat, daß die Innung mit der Ortsverwaltung in Verbindung getreten ist und den Tarif abgeschlossen hat. Es wird, wie der Redner betonte, nun auch vor allem darauf ankommen, daß die Schöckschuhmacher überall darauf dringen, daß der Tarif auch in der Tat anerkannt wird. Wegen verschiedener Differenzen ist im Laufe des Quartals achtmal mit Unternehmern verhandelt worden, meist mit gutem Erfolg. Zum Schluß machte der Redner auf den Kampf gegen die Schmutzliteratur sowie darauf aufmerksam, daß die Verwaltung des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Ausgabestelle für gute Jugendschriften errichtet hat. — In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß der Zwischenmeister Janowski, Bahmannstraße 33, der für sämtliche „Salamander“-Geschäfte arbeitet, weil unter dem mit der Innungsinnung abgeschlossenen Tarif bezahlt, was um so mehr zu verwerten ist, als besonders gute Arbeit verlangt wird. Am Dienstag kam vor dem Innungsschiedsgericht eine Klage gegen Janowski auf Nachzahlung des laut Tarif zu wenig gezahlten Lohnes zur Entscheidung. Er wurde verurteilt, zu zahlen, was er nach dem Tarif schuldig war. Die Schöckschuhmacher haben also in solchen Fällen auch die Hilfe des Innungsschiedsgerichts, was ja bei einem geordneten Tarifverhältnis als selbstverständlich gelten muß. — Dem Kassierer Bendig erteilte die Generalversammlung einstimmig Decore. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Max Gammann, 2. Adolf Bendig, 3. Galerius, 2. Kassierer Karl Dally, Revisoren Weihenborn, Krause, Krenzin und Gräß. — Hierauf folgte der Bericht der Beschaufdelkommission. Die Neuwahl der Kommission wurde vertagt.

Zentralverband der Zimmerer. Die Filiale Berlin und Umgebung des Zimmererverbandes hielt am Donnerstag im „Gewerkschaftshaus“ ihre Jahrestellerversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal, die gedruckt vorliegt, schließt mit der Bilanzsumme von 100 674,71 M. ab. An die Zentralkasse wurden 18 118,42 M. eingekassiert; für Arbeitslosenunterstützung wurden ausgegeben: auf

Rednung der Zentralkasse 3871 M., als Zuschuß aus der Lokalkasse 1063,50 M. Die Mitgliederzahl war am Jahreschluß 2634. Die Versammlung nahm sodann Stellung zur 19. Generalversammlung des Verbandes, die vom 8. bis 8. April in Leipzig stattfinden wird. Wie der Referent Knüpfer ausführte, wird sich die Generalversammlung vor allem mit den Fragen zu befassen haben, ob an der bisherigen Tarifpolitik festgehalten werden soll und wie die Finanzen des Verbandes mit besonderer Rücksicht auf das Jahr 1913 zu gestalten sind. Der Redner schilderte auf Grund zahlreicher Tatsachen, wie das Bauunternehmertum unablässig bestrebt ist, sich immer fester zusammenzuschließen und bereits dabei ist, einen „Behrffonds“ zustande zu bringen, der mindestens eine Million Mark stark werden soll. Unter diesen Umständen muß es selbstverständlich eine der wichtigsten Aufgaben der bevorstehenden Generalversammlung sein, dafür zu sorgen, daß der Verband zum Jahre 1913 so stark wie nur irgend möglich dastehet. Man beschäftigt sich nun auch bereits innerhalb des Zimmererverbandes überall mit der Frage, welche Maßnahmen zur Stärkung der Verbandskasse notwendig und zweckmäßig sein werden. Auch in den Bezirken der Nahstelle Berlin und Umgebung haben die Zimmerer bereits dazu Stellung genommen und sich mit einzelnen Ausnahmen in der einen oder anderen Weise für die Erhebung von Extrabeiträgen ausgesprochen. Der Jahrestellerversammlung lagen nun aus den Bezirken verschiedene Anträge dieser Richtung vor, über die dann eingehend beraten wurde. Die Debatte endete mit der Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung hält in Anbetracht der getwaltigen Rüstungen und des immer rücksichtsloseren Vorgehens der organisierten Unternehmer im Baugewerbe Deutschlands eine Stärkung unseres zentralen Kampffonds für notwendig. In welcher Form diese Stärkung sich in unserem Verbande vollziehen soll, ob durch Erheben von Extrabeiträgen oder durch Erhöhung des regulären Verbandbeitrages, überläßt sie der Generalversammlung des Verbandes. Unsere Jahrestellerversammlung setzt in die 19. Generalversammlung das Vertrauen, daß sie unter Berücksichtigung der Interessen des Gesamtverbandes die Frage regelt und auch bezüglich der Festsetzung der Beitragshöhe sich von denselben allgemeinen Grundsätzen leiten läßt.“

Die Anträge der Bezirke zu diesem Punkt wurden den Delegierten als Material überwiesen. Als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes wurden Wilhelm Hill, Klossowski, Dintichsen und Heinrich Schulz gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Substanzfrage Nr. 60, born hier Treiben — 7. 1. 11. —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags fort. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Nachsatz und eine Zahl als Belegzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Anfragen tragen man in der Ehrenrunde vor.

- M. K. 13. Rein. — S. 100. Rein. — W. G. 99. 1. u. 2. Unterer Erachtens nicht. — G. 1888. 1. Ka. 2. Unvollständig 3. Rein. — M. G. 89. 1. Die Hälfte, 2. Sechs Wochen. — Hal. Hlec. Rein. — G. W. 62. Nur dann, wenn für Sie seitens des Balers eine besondere Austrittserklärung abgegeben ist. Andernfalls müssen Sie leicht austreten. — G. W. 100. Den nachweislichen Schaden können Sie leicht verlangen. — G. W. 100. Unterer Erachtens nicht. — W. G. 75. 2. M., sofern in dem Mietvertrage eine Trennung vorgenommen ist. — Kirchensteuer 1909. 1. Kellamieren Sie, soweit das erste Vierteljahr 1911 in Frage kommt. 2. Nur noch drei Viertel der jetzt verlangten Steuer. — R. P. 35. An die Versicherungskasse. — G. 2. Gegen einen etwa ungünstigen Beschluß des Vormundschaftsgerichts können Sie binnen 14 Tagen nach Zustellung Beschwerde einlegen. — W. P. 62. Die statutarische Bestimmung ist und bleibt wirksam. — Weiblicher Desinfektion. Das Geich scheidet das nicht vor. — G. 2. 10. 1. Rein. 2. In der Regel ebenfalls nicht. — W. G. 2. Rein. — G. 2. 29. Die Frage läßt sich erst dann beantworten, wenn wir den Mietswert der Wohnung kennen. — G. 47. Ja. — M. G. 14. 1. Nur dann, wenn der Schuldner seinen Erwerb hatte. 2. Eins 3 M. 3. Rein. — G. 2. 35. Unterer Erachtens: in 5 Jahren. Urkundenabgabe: in 10 Jahren. — G. 2. 4. 1. Eine bestimmte Arbeitszeit für Gefinde ist im Geich nicht festgelegt. 2. Es findet aber der § 618 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung, wonach die Dienstverhältnisse in Ansehung der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen hat, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit der Verpflichteten erforderlich sind. 3. Sechs Wochen vor Ablauf des Dienstverhältnisses — nicht gleichbedeutend mit Kalendervierteljahr. 3. Ja, jedoch nur auf den Lohn anrechnen, wenn während des laufenden Dienstjahres der Dienstvertrag durch Schuld des Mädchens aufgehoben wird. 4. Bis 10 Uhr. Jedoch kann die Herrschaft besondere Anordnungen treffen. — W. G. 100. Zwei Drittel des Gehaltes. — Braun. In der Theorie — nach der Befassung und dem geltenden Geich — steht dem nichts entgegen. Die preussische Verwaltung wandelt aber das „gleiche Recht“ in das Gegenteil. — W. P. 3. Das ist zulässig. Näheres erfahren Sie auf Nachfrage beim Polizeipräsidenten.

35%

Ermäßigung

gewähren wir auf alle bei der Inventur zurückgesetzten Waren, welche teils unsortiert sind und teils nicht mehr weitergeführt werden. — Außerdem kommen noch große Posten erstklassiger Schuhwaren, welche nicht in vollen Sortimenten vorrätig sind, zum Teil sehr bedeutend ermäßigt zum Verkauf.

Schluß des Verkaufs: Donnerstag, d. 2. Februar cr.

Einige Beispiele unserer enormen Preiswürdigkeit:

4 <sup>50</sup> Damen - Chevette - Leder - Schnallenstiefel, bisher 6.50 Damen-Tuchschürstiefel . . . . .bisher 6.90 Schwarz Rind - Boxe - Kinder - Schnürstiefel, Gr. 31-35 Braun Chevr.-Kinder-Schnürstiefel, Lackkappe, Größe 27-30	5 <sup>90</sup> Damen-Schnürstiefel, hoheleg. Form, m. Lackk. Damen- braun echt Chevr.-Schnürstiefel, mit und ohne Lackkappe. Damen-weiß la Olacé-Salon- u. Mollère-Schuhe mit eleg. Peristickerei. Damen- braun Chevr.-Schnürschuhe m. Lackk. Herren-Spiegel-Ruß-Agraffen-Stiefel, bes. haltbar	6 <sup>90</sup> Damen- Oxford- u. Schnürschuhe, in stahlgrau und beige, echt Chevr., selten günstige Kaufgelegenheit. Damen- echt Chevr.-Goldkläfer-Schnürschuhe, bisher 12.50 Damen-Goldkläfer-Mollèreschuhe, bisher 10.50 Damen-Gold-Salonschuhe, kleine Größen. Herren-Boxcalf-Agraffenstiefel, schlank Formen. Herren-Rußchevr.-Agraffen mit Lackkappe	7 <sup>90</sup> Boxcalf-Damenstiefel, schlank Form, mit Lackkappe, Rand gedoppelt. Braun la Chevr.-Damenstiefel mit Westing-einsätzen orig. Good-Weit, bisher 12.50 Herren-Boxcalf- u. Chevr.-Agraffen-Stiefel mit Lackkappe, Rand gedoppelt. 8 <sup>15</sup> Braun u. schwarz Damen- u. Herren-Stiefel in Boxcalf, Chevr. u. Lackbesatz, i. verschied. Ausfüh., durchweg orig. Good-Weit, bisher 12.50
--	---	--	--

Leipziger Straße 65  
König-Straße 34  
Oranien-Straße 34

Leiser

Rixdorf, Bergstraße 7-8  
Oranien-Straße 47a  
Müller-Straße 3a

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Verkauf nur solange Vorrat.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Deze Brause

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Köhnen & Jöring

Bäckereien, Konditor

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Buchl & Sohn

Bäckerei „Nordstern“

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Arken-Bad, Anklam-Str. 34

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Bad Frankfurt

Hohenstaufen-Bad

Kuranstalt „Löser“

Erscheint 2 mal wöchentlich

Köhn's Samariter-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

Wende, A.

Reiche, A.

Beordig-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P.

Preibisch & Schneider

Schrammar, H.

Berufsbekleidung

Hamburger Laden

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeltung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Schütt, G.

Berliner Bock-Brauerei

Berl. Weisbier A. Landré

Weisbier C. Landré Act.-Ges.

Max Böhm

Brauerei „Germania“

Bezugsquellen-Verzeichnis

Cacao, Chocolate

Groterjans

Goldbier

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland Schade

Schlossbrauerei

Strohblow & Co.

Vereins-Brauerei

Weissbier Albert Braun

Weissbier C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hiltsebein

Blumen und Kränze

Otto Hinz

Bouillon-Würfel

Nährmittel-Gesellschaft

„Krone“

Michaelis & Co.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Arenz & Poper

Butterhandlung

Ackermann

Oskar Beck

Fritz Bartz

Buntrock, W.

A. Däweritz

Dankler, Otto

Carl Franke

Göbel, Wilh.

F. Geseke

Georg Wunder

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Cigarrenhandlungen

Gorgas, M.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff

Blusen-Kab. Ri.

Carl Brilonitz

Cohn, Geschw.

Confektionshaus

Dawrowski, F.

Dobrowsky

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P.

Westmann

Wolff

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Angermann

Becker, C.

J. Beetz

O. Beug

Hch. Bocallius

Sämtl. hygienische Bedarfsartikel

Böhne, O.

Brenneke, C.

G. Brucklacher

Otto Brüning

Gericke & Wolfram

Rob. Helnze

C. Miller

Carl Jung

Junghuth

Carl Karstadt

Kniesch, A.

Fritz Köhler

Hurt Kranke

Karl Krüger

Gust. Lenz

L. Lütke

Markwart, Bernh.

M. Moldenhauer

Müller, R.

A. Radloff

R. Röhmann

Schmidt, Paul

Schröder, G.

J. C. Schütz Nachf.

Helar. Schupke

Sellach, Th.

Georg Stasnowski

Rob. Stindt Nachf.

E. Teusch

Paul Tings

Troike, Th.

Wesch, Charit.

Franz Wollmer

Untenstehende Geschäfte

Robert Bludschus Nachflg.

Danziger Fleisch-Centrale

Rich Deckert

Max Diagonz

Georg Dill

Dill, M.

Eschbach, G.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlaw

Fleisch-Zentrale

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Pritsch

L. Friede

Gerhardt

Fr. Gerlach

Grunwald Nachf.

Eduard Grunwald

Otto Grube

Berthold Hahn

Willy Hanka

Herm. Hartmann

Carl Heil

Hegel, Wilh.

Conrad Hechel

Hirschfeld, J.

Georg Heiter

Carl Jacobczyk Spandau

Albert Jähner

Pritz Jentsch

Herm. Jenke

Richard Jenke

Joseph Jenseberger

Feino Fleisch-u. Wurstwaren

P. Tietze

Karl Unte

Franz Veit

Wilhelm Vogel

C. Wiese

Herm. Wilhelm

August Will

Gottlieb Wloch

Wo

P. Wontora

Wurst-Centrale

Wurst, Speck, Schinken

Glas u. Porzellan

Floeder & Kroll

Karl Harms

G. Krüger

A. Wilborn

Grammoph. Sprechm.

Becker, W.

Hoyer, A.

Look's Rollschuh

Centrale u. Musikh.

Phonographen-Ratz

größtes Spezialhaus

Reimann

Sprachmaschinen-Centrale

Arthur Kühn

Rogen, S. O.

Wandell

Wiede, P.

Haus-u. Köchengeräte

G. Böhlke

Fortsetzung siehe nächste Seite

Herrenmoden (Fortsetzung)
S. Posner
Heinr. Feister

Rosner, Max
Schachmann, Louis

77 Kottb. serdamm 77
Berth Schweriner

Joseph Warschawski
Prinzenstr. 17.

Hüte, Mützen u. Pelzw.
Anton, Schönbauer Allee 116.

Bazar Norden
Hülse, Rud., Chausseestr. 66.

Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 123.

M. Grund
Hansen

Hut-Centrale
Jacob, Oskar, Schönk.-Allee 104.

Kehr-Hüte
J. Kock, Kastanien Allee 90.

Alfr. Krug, Hutfabr.
L. A. Lemaitre, Wilmersd., Berlinstr. 133.

LOBER-HÜTE
Mandel's Hutfabrik

Peters, A.
Rieck, Em.

Vester, E.
Werner, H., Greifswalderstr. 33.

Zur Flora
Kaffee-Spezialgesch.

A. Kobbelt
Oskar Krösche

Kaffee-Surrogate
M. Bathke

Kartowein, Gemüse
R. Greulich

Kaufhäuser
L. Alexander & Co.

Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide.
Holz & Ascher

Adolph Lewinski
Alfr. Kirschner

Kaufh. Herm. Levy
Gustav Levy, Spandau,

Lutz, Fr., Baumshuldenweg.
Kaufhaus
Gebr. Preuß

Berl. NW, Bunsenstr. 8. Huttenstr.
Beste Bezugsquelle für sämtl.
Manufaktur. Spez. Damenkonf.

Eduard Rohm, Ob-Schöneweide.
Kautabakfabriken

Kenner kaufen nur Kautabak von
H. Carl Hagenbruch, Nollhagenstr. 17.

W. Deparade, Mühlhäuser Kautabakfabr.
Kino-Ator-Theater

Gromadecki, F. Warschauerstr. 69.
Reform-Kino, Reinickendorf - 33, 36, 37.

Hermann Wöhling, Brunnenstr. 181.
Kohlen, Koks, Briketts

Rud. Beier & Co.
Gersberger & Müller

Ferd. Gräning
Aug. Grimberger

Guse & Co.
Rixdorf
Reuterplatz 3.

M. F. Leyke
J. Ferdinand Leyke sen.
Loebell, L.

Georg Knöpfel & Sohn
J. Mannheim

Gebr. A. & J. Podzuweit
L. Sager & Co.

Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. g.m.b.H.

Kolonialwaren
Otto Albrecht, Lychenerstr. 11.

E. Altkrockat
Theodor Anthofer, Schmeistr. 22.

Gustav Bahn, Müllerstr. 165.
Babel & Hauke, Wilschauerstr. 35.

Paul Bandow, Beusselstr. 44. T.
Ed. Bahrluf, Wiesenstr. 29.

Otto Ball, Wiener Str. 8.
Classen, Abraham, Winastr. 30.

J. R. Damm, Kottlerstr. 19.
August Dankert

Max Ehrlich, R. Weyerstr. 63.
Carl Ehmke, Cöpenick.

H. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.
Gustav Eigendort, O. Müggelstr. 23.

Joh. Eichler
Hermann Elias, Stephanstr. 59.

Arthur Enke, Amsterdamerstr. 10.
Walter Fahro, Cöllenerstr. 19.

A. Flebach Nachf.
A. Fiedler, Kiepenick, Hagenstr. 41.

C. E. Fink, N. Pankstr. 7.
Turmstr. 5.

Rudolf Fink
Rud. Fink Nachf., Bavelbergerstr. 11.

C. F. Finke, Rixdorf, Donaustr. 118.
Foerster, Heinr., Ob-Schöneweide.

Wilhelm Franz, Stettinerstr. 54.
vorm. Rob. Mücke.

H. Fricke
H. Friedrich, Mariendorferstr. 15.

Koloniestr. 23.
Herm. Garlipp

Max Gaudke, Straßmannstr. 30.
Fritz Gerall, Beusselstr. 75.

Görmann, Wichertstr. 156.
Georg Graber, Ob-Schöneweide.

Goetsch, Ernst
Grabitz, Broslauer Str. 4.

Gräbert, Emil, Rixdorfstr. 26.
Max Grieß, Torstr. 18.

Richard Groggert, Wismarplatz 1.
Fritz Günther, Manisepferstr. 71.

Adolfstr. 27.
Wilh. Grüning

Habelts, Franz
Gebr. Hajosch, Weidenweg 24.

Max Hanheller, Göbenstr. 16.
Stargarderstr. 65/66.

Ekhan Lychenerstr. 15.
Otto Hampe, N. Wiesenstr. 15.

Hasselan, W., Rodenbergstr. 23.
Albert Haube, Dunkerstr. 83.

Max Häusler & Co.
Kaffee und Kolonialwaren

Kaffee und Kolonialwaren
K. Versand frei Haus.

Ad. Hedwig, Auguststr. 51.
Heincke, Wilh., Markgrafend. 27.

Lutze, Herm.
Lutze, Herm., Koloniestr. 24.

Paul E. Maass
Marnholz, W.
Martini, Erich, Rixd., Allerstr. 29.

Wilhelm Marx
Karl Maurischat, Thierstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3.
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2.

Michaelis, Paul
Mielke, Max, Huttenstr. 33.

Mewes, Adolf, Wilschauerstr. 35.
Minke, Carl, Frankfurt. Allee 66.

Hugo Möhlhoff, Glogauer Str. 33.
Moritz, Alfr., R. Weyerstr. 181.

Paul Mulack, Mariannenstr. 8.
Kottbuser Damm 31.

Müller, G.
Mönch, Rob.
Müllner, G.

Murnigkigt, G.
Albert Nass

Nauck, Wilh., R. Weyerstr. 16.
Alb. Nehm, 2 Geschäfte im Nord.

R. Nerlich, Butter u. Käse.
W. Niese, Sticksplatz 56, Ecke Chausstr.

Valb. Obh, Wilhelmshav. Str. 58.
Prinzen-Allee 38.

Alb. Nollhoff, Ecker Söldner Str.
Fritg Pfeiffer

Paul Pistor
A. Placke, Oderberger Str. 55.

Julius Plotke
Reinickendorferstr. 13.

Neue Hochstr. 31, Hag. Dalmerstr.
O. Pöhl, Metzler Str. 23.

Fritz Pollahn, Graefestr. 30.
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.

Prochnow, Fankow, Wolkanstr. 23.
R. Puhlmann, Woldenbergstr. 32.

Carl Quast, Prinzen-Allee 15.
Herm. Radke, Cöpenick.

A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Laatzbergerstr. 98.

J. F. Rauch Nfg.
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 15.

W. Bachmann, Charl., Neuhofstr. 25.
R. Baumgärtner, Fankow, Mühlstr. 19.

Bethke, Georg, Muskauweg.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr. 81/84.

Treptow, Grütz-Str. 64.
Bock, Paul, Stralauer Allee 29b.

Bordasch G. H., Kais.-Frdr.-Str. 29.
C. Basse, Reinickendorferstr. 92.

H. Breest
Fritz Brosius

Kais.-Friedr. 204, Richardstr. 43.
Kranoldplatz, Berl. Grünbergstr. 39.

Alf. Glincke, Indow.
Bugge, Rob., Schönb. Schreiberstr. 6.

O. Erhardt
Frese, Ernst

Friedrichsohn
J. A. Fürstberg

Gaige, Otto
Paul Gaige, Spandau.

Hugo Gessler
Grossien, Gebr.

Schneider-Akademie
Rudolf Maurer

Dir. Rösners
Strahlendorffs
Handels-Akademie.

Technikum, Bauschule
Licht-Hellanstalt

Charlottenburg
Gauerstr. 1. am Kanal.

Linoleum u. Wachs.
Rausch, Rich.

Belwe Nachf., Otto
Konsum

Grünberg Nachf. M.
Seidel, M.

Mohandlungen
M. Anders

Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 15.
W. Bachmann, Charl., Neuhofstr. 25.

R. Baumgärtner, Fankow, Mühlstr. 19.
Bethke, Georg, Muskauweg.

Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr. 81/84.
Treptow, Grütz-Str. 64.

Bock, Paul, Stralauer Allee 29b.
Bordasch G. H., Kais.-Frdr.-Str. 29.

C. Basse, Reinickendorferstr. 92.
H. Breest

Fritz Brosius
Kais.-Friedr. 204, Richardstr. 43.

Kranoldplatz, Berl. Grünbergstr. 39.
Alf. Glincke, Indow.

Bugge, Rob., Schönb. Schreiberstr. 6.
O. Erhardt

Frese, Ernst
Friedrichsohn

J. A. Fürstberg
Gaige, Otto

Paul Gaige, Spandau.
Hugo Gessler

Grossien, Gebr.
Job. Günther, Graefestr. 69.

Emil Gust, Woldenbergstr. 14.
Grünbergweg 83, Ackerstr. 82-90/2.

E. Hoffmann Nfg.
Gebr. Horn, Spandau.

Karl Huhn, Schererstr. 9.
Janicke, F.

Kerker, J., Koperplatzstr. 19.
Hanna Kieft, Culmstr. 22.

E. Hoffmann Nfg.
Willy Knobe

Korn, Hugo
B. Krüger, Schönb., Hauptstr. 153.

E. Kunze, Charl., Knobelstr.-St. 16.
Könzel, S. A., Mantuffelstr. 31.

Neue Königstr. 29.
Golg.-Käufe 6.

Stargard, O.
K. Thomas

Wendland, Ernst
Herm. Wendland

Werthers
Rebsch, E., Spandau.

Rehfeld, A., Beitzstr. 26, Golegen-
halsstraße, kompl. Einr. v. 140 M.

C. Reher Nachf., Veteranenstr. 21.
Gustav Richter, Möbel-Fabrik

Schneider, Emil
Sophie Charlottenstr. 100.

Otto Schoening & Co., Friedemann
Schramowski, F.

Steglitzer Mehlhandlung
Stiehe Nachf., Prinzenstr. 19.

C. Triebel, Kolow., Stettin-Str. 17.
Adolf Weigle, Graefestr. 15/17.

Wohlfahrt, Ernst, Bantelstr. 118.
F. Wohlgenuth

Zawacki, B.
Möbelmagazine

Julius Apelt, Adalbertstr. 6.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.

Berliner-Möbel-Kaufhaus
Charlottenburg

Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.
Billigste Bezugsquelle für Leute,

die sich die Zahlung erleichtern,
aber nicht teurer einkaufen wollen.

An jedem Stück deutlich d. Preis.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Möbelmagazine

Julius Apelt, Adalbertstr. 6.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.

Berliner-Möbel-Kaufhaus
Charlottenburg

Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.
Billigste Bezugsquelle für Leute,

die sich die Zahlung erleichtern,
aber nicht teurer einkaufen wollen.

An jedem Stück deutlich d. Preis.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Möbelmagazine

Julius Apelt, Adalbertstr. 6.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.

Berliner-Möbel-Kaufhaus
Charlottenburg

Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.
Billigste Bezugsquelle für Leute,

die sich die Zahlung erleichtern,
aber nicht teurer einkaufen wollen.

An jedem Stück deutlich d. Preis.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Möbelmagazine

Julius Apelt, Adalbertstr. 6.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.

Berliner-Möbel-Kaufhaus
Charlottenburg

Wilmersdorferstr. 60/61, nabt Kastel.
Billigste Bezugsquelle für Leute,

die sich die Zahlung erleichtern,
aber nicht teurer einkaufen wollen.

An jedem Stück deutlich d. Preis.
Berliner-Möbel-Kaufhaus

Pfaff
Lindemann, J.

Singer
Nähmaschinen

Optiker
Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.

Papier- u. Schreibw.
Loh, Paul Königbergerstr. 22.

Putzmittel
Kauft nur
Saffin, bester Schuhputz

Solano, best. Metallputz
Wettederdanz

Karnobin
Feinster geruchloser Schuhcreme.

Kauf nur mit Bonn
Rosa-Line-Blitzblank.

Putz- u. Modewaren
M. Ende

Emmy Kahfeld
König, Titus

Modehaus
Wilhelm Metzner

Restorhandlungen
Carl Joch, NO, Palisadenstr. 57.

Neumann, G., Grenadierstr. 43.
Reste-Spitz-Pöhlendorferstr. 54pt.

Schreiber, Berth., Neue Königstr. 11.
Schirmfabrik

Berliner Schirm-Fabrik
Eugen Lichtenstein

Leipzigstr. 78. Müllerstr. 1a.
Karlstr. 111, Wilmersd. 50/51.

Essen-Str. 112, Schick-Allee 481.
Tarnstr. 27, Oranienstr. 33.

Tegel, Berlinstr. 4.
Schirme u. Stöcke

G. Dahlmer, Rixd., Kais.-Friedrichstr. 10.
Reparaturen. Bezüge billigst.

G. Grod, F., Spandau, Potsd.-Str. 19.
Joh. Jung, Reichenbergerstr. 96.

Arth. Piesker, Chorinerstr. 61.
G. Schlessner, Warschauerstr. 86.

Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichshagen.

Herm. Adler, Steglitz, Schloßstr. 119.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.

Ascher
H. Bekiers, Mirbachstr. 64., Lief.

Benedik
Damaschke, Invalidenstr. 144.
Franziska Demick, Jenseikirchpl. 1.

Dräger, Warschauerstr. 74.
Rich. Deckert, Gartenstr. 74.

Ed. Drechsler
Herm. Adam, Friedrichshagen.

Herm. Adler, Steglitz, Schloßstr. 119.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.

Ascher
H. Bekiers, Mirbachstr. 64., Lief.

Benedik
Damaschke, Invalidenstr. 144.
Franziska Demick, Jenseikirchpl. 1.

Dräger, Warschauerstr. 74.
Rich. Deckert, Gartenstr. 74.

Ed. Drechsler
Herm. Adam, Friedrichshagen.

Herm. Adler, Steglitz, Schloßstr. 119.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.

Seifen
Gustav Gumbel, Kantstr. 64.

John, A.
R. Somrau, Wrangelstr. 118.

Topfche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Rixd., Bergstr. 149.

Westmann
Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren
Abel

Albert, Alfred, Mantuffelstr. 95.
Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.

Art. Herm., Mantuffelstr. 114.
Joh. Beggerow, Charl., Tegel, Weg 108.

J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Arnold Beyer, Ob-Schöneweide.

Otto Brauer, Müllerstr. 154.
Briese, Ernst, Rixd., Berl.-Str. 61.

Brückmann
Bürger, Jul., Müllerstr. 27.

Max Busse
Emil Dippe

Ebert, Otto
R. Eble, Reinickend., O. Besidestr. 45.

Ellinghausen, Gebr., Grunerweg 16.
Fenske, S., Kottbuserdamm 96.

Fliegen Schmidt, M., Bergmannstr. 9.
J. Gebhardt

George, Adolph, Badstr. 65.
Carl Gieson, Oranienstr. 165a.

Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.

J. Herzog, Charl., Postlorenzstr. 31.
P. Hoffmann, Hohenfriedr. St. 4.

Hoffeld, E., Andreasstr. 21.
Hummel, K., Reichenberger Str. 74.

Jarchow, A., Bergmannstr. 21.
Paul Jüttner, SO., Grünauerstr. 9.

M. Karol
G. Kerger, Boxhagen, Grünig-Str. 15.

R. Kionka, Oranienstr. 35.
Martin Klein, Neue Hochstr. 25.

Kniebusch, W., Frft. Chaussee 61.
J. Köbner, Reinickend., Barkstr. 1a/5a.

Lehmann, Alb., Frkf. Allee 40.
Lohmann, Wilh., Kottb. Damm 23.

Lolesgang, Now., Lindenstr. 61.
Lewin, Adolf

Fr. Meschke, Warschauer Str. 85.
G. Neumann, Charl., Waller Str. 51.

Noite, K.
Rodolf Plunz, Brunnenstr. 112.

Emil Quade
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.

Rampalder, F., Skallestr. 28.
Karl Reichel

Hormann-
platz 7.

Riedel Nachf.,

Bettinger, Eug., Wald-Eich, Wickel. Conrad, Großdettlilation. Oranionstr. 207, Ecke Skalitzerstr.

Ignatz Sello auch Likör u. Säfte. Brunnenstr. 16 u. Villal. Eisenstr. 2. Lagerstr. 2. Welle, W., Hermannstr. 100.

Bredow, Otto, Ri. Hermannstr. 56. Otto Erdmann, Mirebachstr. 96. M. Gardels. Bismarckstr. 76. Taurogenerstr. 10.

Kaufh. Katak, Ri. Kals Friedr. 32. 243. Carl Klein, Höchstestr. 16, N.O. 13. Robert Kutsche, Gubenstr. 66.

Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206. Thaeerstr. 46. Müller, E., Wäsche eig. Fabrikate.

Sigmund Simon W., Knyphausenstr. 122. Stawnow, Carl, Gärten-2-Corpostr. 19.

O. Grimm Landaberger Allee 36, auch Fische. Schmidt, E., Spandau, Havriest. 30.

A. B. KOCH

Advertisement for A. B. Koch, featuring 'Kohlen- und Briketts-Großhandlung'. Includes contact information for Petersburger Str. 1 and prices for various coal and briquet products.

Advertisement for 'Salem Gold Cigaretten'. Features an illustration of a man and woman, and text promoting 'Etwas für Sie!' with prices for different quantities.

Advertisement for '1 Mark wöchentliche Teilzahlungen'. Promotes 'Herren-Garderoben' and 'Monats-Garderobe' with details on pricing and services.

Advertisement for 'Konzertina- und Bandonionspieler!'. Promotes 'Gut Ton' magazine and offers lessons for playing these instruments.

Advertisement for 'Bären-Kaffee'. Promotes 'Aromatisch Kräftig Ergiebig' coffee with the slogan 'Überall künstlich'.

Advertisement for 'Monats-Garderobe!'. Promotes winter clothing and accessories, including coats and hats.

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Anzeigensuche und Stellenangebote. Includes various small advertisements for goods, services, and employment.

Verschiedenes. Anzeigensuche und Stellenangebote. Includes various small advertisements for goods, services, and employment.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Includes various small advertisements for employment opportunities and services.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreis-Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim

tagt am Sonntag, den 29. Januar 1911, vormittags 11 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg, Hauptstr. 2.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Juli bis 31. Dezember 1910. 2. Ergänzungswahl des Kreisvorstandes. 3. Die bevorstehende Reichstagswahl und Aufstellung des Kandidaten. 4. Anträge der Bezirke und Vereinsangelegenheiten.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder. Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuhören wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Vorstand.

Zur Lokalliste!

In Groß-Lichterfelde TB. steht uns das Lokal „Schützenrast“, Steglitzer Straße 19, Inhaber Paul Reinhardt, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Dagegen ist das Lokal „Hohenzollern-Garten“, Inhaber Hansmann, früher Kohnmann, nach wie vor gesperrt, da sich der neue Inhaber kontraktlich gegen Zahlung einer größeren Konventionalstrafe verpflichtet hat, in seinem Lokale weder sozialdemokratische Vergnüngen noch Versammlungen stattfinden zu lassen.

Das Lokal „Zur Mühle“ in Niersdorf hat den Besitzer gewechselt; der neue Inhaber Herr Paul Siege weigert sich, uns sein Lokal zu Versammlungen herzugeben, mithin ist es von der Liste zu streichen.

In Ahrensfelde NB. ist das Lokal Milian Schür am Bahnhof von der Liste zu streichen. Hier von wollen besonders die Kirchhofbesucher Kenntnis nehmen; wir empfehlen daher das Lokal von Julius Schneider am Ostfriedhof.

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

Rixdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Dienstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Doppel-Festhallen, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Charlottenburg. Die 8. Gruppe des Wahlvereins veranstaltet am Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, in den Augusta-Victoria-Sälen, Lutherstr. 31/32, eine öffentliche Versammlung, in der Arbeitersekretär Genosse Wiffell über „Patriotismus und Sozialdemokratie“ spricht. Zu dieser Versammlung werden morgen, Sonntag früh, Handzettel vom Lokal Ahrens, Ansbacher Straße 11, aus verbreitet. Gleichzeitig bitten wir die in der Umgebung des Versammlungsortes wohnenden Parteigenossen von Schöneberg und Wilmersdorf, die Versammlung zu besuchen. Der Vorstand.

Schöneberg. Da die Aufführung des Theaters „Kasernenluft“ von der Polizei im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstraße 81/82, verboten ist, so kommen die Mitglieder gegen Verzeigung ihres Mitgliedsbuches und Hinterlegung eines 25 Pfennigbeitrages zu einem heiteren Familienabend zusammen. Beginn 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Bibliothek des Wahlvereins bei Senfleben, Friedrichstr. 48, ist jeden Sonntagvormittag von 10-12 Uhr geöffnet. Der Vorstand.

Franz. Buchholz. Sonntag, abends 5 1/2 Uhr, findet bei Kühne, Berliner Straße 99, eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent ist Mediziner Genosse Hans Weber.

Sonntag, vormittag 10 Uhr, findet von Kühne aus die Handzettelverteilung statt, wobei es Pflicht eines jeden Genossen ist pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Bezirk Bernau. Umständehalber findet die am heutigen Sonntag, den 28. d. M., fällige Mitgliederversammlung im Lokale des Genossen Richard Wünsche, Kaiserstraße, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die wirtschaftliche Entwicklung Preußen-Deutschlands. 2. Halbjahresbericht. 3. Vereinsangelegenheiten.

Mühlenbeck, Bezirk Nieder-Schönhausen. Sonntag, 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Lokal von A. Meyer (Wuhdorf). Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen 1911. Referent: Genosse Heßle-Berlin. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungsliteratur

hat die Verwaltung des Gewerkschaftshauses folgende Einrichtungen getroffen:

1. Anerkennung guter Jugendschriften zum Preise von 10 Pf. und in kleinerem Umfang auch zum Preise von 20 und 30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deponierung des Preises zur Verfügung gestellt.

2. Die Ausgabe der Bücher erfolgt in den weiter unten angeführten Ausgabestellen. Weitere Ausgabestellen werden noch errichtet, so daß die Bücher in allen Stadtteilen zu haben sind.

3. Jedermann erhält ohne Legitimation so viele Bücher, wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren, oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.

4. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, gute Unterhaltungsliteratur auf billige und bequeme Weise zu erwerben.

Zunächst sind folgende Ausgabestellen eingerichtet:

Gewerkschaftshaus: Zigarrengeschäft von Dorff.

Von 8-6 Uhr mit Ausnahme des Sonntags.

Gewerkschaftshaus: Verband der Sattler, Mittwoch und Freitag von 4-7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftshaus: Verband der Glaser. Von 8-11 und 5-8 Uhr.

Wanzenfelde-Str. 10: Verband der Schuhmacher.

Lieningstr. 73: Verband der Schmiede. Von 9 1/2-12 und 6 1/2-8 Uhr mit Ausnahme des Sonntags.

Lieningstr. 215: Verband der Fabrikarbeiter. Von 9-12 1/2 und 4-7 1/2 Uhr mit Ausnahme des Sonntags.

Sebastianstraße 87/88, Verband der Schneider. Von 9-1 Uhr.

Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Versammlung.

Eine Ausstellung der zur Ausgabe gelangenden Bücher befindet sich im Ausstellungsraum des Gewerkschaftshauses (Eingang B, Erdgeschoss, neben den Büreaus des Holzarbeiterverbandes). Diese Ausstellung ist bis auf weiteres jeden Sonntag von 5-8 Uhr geöffnet.

Jedermann hat freien Zutritt.

Keine Gottesgnadenjonne lächelt gestern auf das „Instrument des Himmels“ herab. Sie ist neben der wandelbaren Volksgunst so ziemlich das einzige, was die überhöchlichen Patriotenstärker nicht aus Kommando in die Feststrafe praktizieren können. Man gab sich zwar redlich Mühe, die drohenden Bolken über dem Preußenhimmel mit Kanonen zu verschießen, aber die Kollegiv da oben streifte unentwegt. Die schönen Hohenzollernwetterberichte, welche die Hoflakaipresse aus dem eisernen Bestand hervorgerammt hatte, fielen also glänzend ins Regenwasser. Die Polizei ließ sich auch von dem glänzenden Himmelsportier nicht ins Bodshorn jagen. Im Gegensatz zum Ordensstift hatte sie wieder eine Unmenge ihrer Söldlinge aufgeboden. Schon in früher Morgenstunde war die Passage über den Lustgarten, wo nur etwa dreihundert bis auf die Knochen königstreue Reugierige sich breit machen durften, vollständig gesperrt, und von Stunde zu Stunde wurde der blaue Ring erweitert. An den meisten Straßenübergängen der östlichen „Linden“ und Umgebung standen die Schutzleute fast Arm an Arm und dahinter noch eine ganze Anzahl Veritene. Ueberhaupt fiel die bedeutende Heranziehung von Polizeigäulen auf. Wie wenn Demonstrationen erwartet würden, waren sogar die Straßenbahnhaltestellen beim Kastanienväldchen stundenlang aufgehoben. „Los, rüber... marsch, durch!“ kommandierte unaufhörlich ein besonders schneidiger Polizeileutnant am Opernhaus. Obwohl in den östlichen Linden noch bequeme Zehntausende bloß auf den Bürgersteigen der Zutritt verwehrt. Die erst kurz vorher mit Schulpatriotismus gefütterten Jungs schimpften wie die Rohrperlinge. Nicht minder, wer aus dem Geschäft kam und zur Proletarietmahlzeit wollte, aber den gewohnten kürzesten Weg mit Helmen, Säbeln und Pferdeshirnen verbarrikadiert fand. Das ist die praktische Betätigung des stolzen Wortes, daß die Straße dem Verkehr gehört. Erst gegen 2 Uhr wurde die Sperre glücklich aufgehoben, um abends von neuem und noch schärfer in Aktion zu treten. Als ob das wahre Volk, zu dem hurrafschreiende Maulaffen nicht gehören, Geschmack daran finden könnte, sich ungebeten unter die Geburtstagsgäste zu mischen. Die Illumination blieb noch mehr hinter den Vorjahren zurück, auch der Festschmuck war für die „Kaiserstadt Berlin“ recht dürftig. Man merkt gerade bei solchen Gelegenheiten am besten, daß die Kaisermetropole in Wirklichkeit die Hochburg der Sozialdemokratie ist.

Hausverwalter und Polizeibeamter.

In Berlin halten viele Hausbesitzer es für zweckmäßig, den Posten eines Hausverwalters möglichst mit einem Polizeibeamten zu besetzen. Von welchen Erwägungen und stillen Hoffnungen sie sich dabei leiten lassen, darüber kann man sich allerlei Gedanken machen. Ein mitbestimmender Grund mag die Annahme sein, daß ein Polizist von vornherein den Kommandanten besser „raus hat“. Aber das ist gewiß nicht das einzige Motiv dieser Vorliebe der Hausbesitzer für den Schutzmann als Hausverwalter. Ueber die Erfahrungen, die mit Hausverwaltungsbeamten gemacht wurden, gehen die Ansichten sehr auseinander. Im „Vorwärts“ sind Fälle bekannt geworden, in denen Bewohner solcher von Polizisten regierten Häuser die Polizeibegeisterung der Hausbesitzer ganz und gar nicht zu teilen vermochten. Heute wollen wir unseren Lesern zwei neue Proben aus der Arbeit der Hausverwaltungsbeamten vorlegen.

Im Hause Kochhausstraße 23 meinte der Verwalter, Kriminalschutzmann Runge, gegen die Ehefrau eines Mieters den Vorwurf erheben zu dürfen, daß sie den Trockenboden einen Tag länger als zulässig benutzt habe. Ob das den Tatsachen entspricht oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Wer das Leben in der Berliner Mietkajoten kennt, der weiß, daß bei der Benutzung der Waschküche und des Trockenbodens sich sehr oft Schwierigkeiten und Streitereien ergeben. Die betreffende Mieterin verweigert, daß sie den Trockenboden keineswegs übermäßig lange benutzt habe. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so wird man doch den folgenden Brief, den der Verwalter dem Mieter und seiner Frau zuschickte, sehr eigenartig finden müssen. Kriminalschutzmann Runge schrieb ihnen:

„Laut § 9 Abs. 8 Ihres Mietvertrages steht Ihnen ein Anrecht zum Trocknen Ihrer Wäsche auf dem Trockenboden höchstens 2 Tage im Monat zu. Sie haben den Boden zu dem von meiner Frau und von mir bestimmten Termin nicht geräumt, sich vielmehr mir gegenüber zu Nebenarbeiten hinreichend lassen, die geeignet sind, die Ruhe und den Frieden im Hause zu stören. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen im Wiederholungsfall die Waschküche und den Trockenboden entziehe und ich auf Grund des § 10 des Vertrages die sofortige Räumung Ihrer Wohnung bei Gericht beantragen werde und Sie für die Dauer des Vertrages für die Miete verantwortlich mache. Gleichzeitig bringe ich Ihnen den § 5 des Vertrages in Erinnerung. Hiernach sind Sie nicht berechtigt, ohne schriftliche Genehmigung des Vermieters Ihre Räume ganz oder teilweise an Dritte, wie an Frau P. und des Pflegekindes zu überlassen oder zu vermieten. Ich fordere Sie daher auf, die Frau P. und das Kind bis 1. Februar 1911 ziehen zu lassen oder anderweit unterzubringen.“

Wir haben uns den Vertrag vorlegen lassen, haben aber in keinem seiner Paragraphen (auch nicht in der durch § 8 wiedergegebenen Hausordnung mit ihren 13 Abschnitten) irgend etwas darüber finden können, daß der Trockenboden höchstens zwei Tage im Monat benutzt werden darf. Umfänglich wird hiermit die Drohung, im Wiederholungsfall dem Mieter die Benutzung der Waschküche und des Trockenbodens, die ihm durch den Vertrag ausdrücklich zugesichert ist, zu entziehen und auf sofortige Wohnungsräumung zu klagen. Es scheint übrigens, daß der Verwalter Runge an ein ganz anderes Vertragsformular gedacht hat, denn in dem uns vorgelegten, noch gültigen Vertrag stehen die §§ 9 und 10 sich in keiner Weise mit dem, was Runge in seinem Brief als ihren Inhalt angibt. Der Mieterin ist auch nicht klar, wie es die Ruhe und den Frieden im Hause stören heißt, wenn sie gegenüber dem in ihre Wohnung kommenden Verwalter ihre Ansprüche geltend macht. Ersterer zu achten ist die Ankündigung, daß die erwähnte Frau P. und das Pflegekind bis 1. Februar die Wohnung zu verlassen haben. Die Wohnung ist nämlich laut Vertrag nur an 8 Personen vermietet worden, an die beiden Eheleute und ihr Kind, während die Mutter der Ehefrau (eben jene Frau P.) und ein von der Waisenverwaltung überwiesenes Pflegekind erst später aufgenommen wurden, weil die aus 2 Stuben und Küche bestehende Wohnung noch Raum für sie zu bieten schien. Beide Personen werden tatsächlich ausziehen müssen, falls der Verwalter, Kriminalschutzmann Runge, auf seiner laut Vertrag zulässigen Forderung besteht. Wir wollen abwarten, ob er es tun wird.

Interessanter noch ist der zweite Fall. Hier ist es nämlich eine Hausbesitzerin selber, gegen die das allzu hart entwickelte Selbstherrlichkeitsgefühl eines Hausverwaltungsbeamten sich richtet. Das Haus Kubuser Straße 11 hatte bisher zum Verwalter einen Kriminalwachmeister Bethweil, aber die Besizerin, eine nicht im Hause wohnende Witwe, hatte ihn zum 1. April gekündigt. Als sie ihm vertragsgemäß drei Tage vor dem 1. Januar die Kündigung schickte, bekam sie von ihm einen überaus merkwürdigen Brief. Kriminalwachmeister Bethweil schrieb ihr:

„Auf Ihr Schreiben vom 29. d. M. erwidere ich Ihnen, daß Sie auf Grund der mir erteilten Vollmacht kein Recht haben, meinerseits erfolgte Kündigungen als ungültig zu erklären. Ferner muß ich mir entschieden erlauben, Leute hinter meinem Rücken zu sich zu bestellen, um mit ihnen Mietverträge abzuschließen, mit dem Hinzufügen, daß Sie mir gekündigt haben. Sollte derartige noch wieder passieren, werde ich überhaupt nichts mehr für die Verwaltung tun! Was ich nicht fertig bekomme, gelingt Ihnen schon lange nicht. Die Kündigung der Verwaltung ist ganz gegen unsere Verabredung erfolgt und zeigt von neuem, was Sie für eine zuverlässige Person sind. Wir haben mehrmals verabredet, daß wir im Guten auseinandergehen wollen, und daß derjenige, dem es nicht mehr paßt, dies frühzeitig sagen soll. Trotzdem kommen Sie am letzten Tage mit der Kündigung, obgleich alles vermietet ist und wir uns nichts haben zuschulden kommen lassen. Hierdurch haben Sie uns die Möglichkeit genommen, daß ich mich nach einer anderen Verwaltung umsehen konnte, so daß ich geschädigt bin. Ich erkläre Ihnen hiermit ausdrücklich, daß ich mir meine Rechte in dieser Beziehung gegen Sie vorbehalten werde. Daß Sie das Haus selber verwalten wollen, ist doch nur Finte. Erstens sind Sie Ihrer Charaktereigenschaften wegen und Ihrer Befähigung nach nicht dazu geeignet, imstande. . . . Aber Ihre Kündigungsart ist schändlich, zu welcher Sie aber sicher von schlechten Leuten veranlaßt sein werden. Was Sie davon haben, werden Sie ja sehen. Ihr Anhang wird es dazu bringen, daß das Haus in nicht zu langer Zeit wieder unter den Hammer kommt. Frau! Machen Sie doch endlich die Augen auf! Falls Sie mir innerhalb dreier Tage nicht mitteilen, weshalb Sie gekündigt haben, werde ich den Leuten als Grund angeben, daß ich zu viel Schandiaten von Ihnen weiß, was Ihnen unangenehm ist. Sicher ist dies auch die Ursache der Kündigung. . . .“

Wir haben in dem Brief an zwei Stellen (in der Mitte und am Schluß) ein paar Sätze weggelassen, weil wir sie für besonders geeignet halten, die Empfängerin zu kränken. Der ganze Brief ist so, daß man in der Tat nur den Kopf dazu schütteln kann. Die Hausbesitzerin hat sich entschlossen, den freigeordneten Posten eines Hausverwalters nicht wieder mit einem Polizeibeamten zu besetzen. Da tut sie recht.

Tuberkulose-Ausstellung Berlin-Wilmersdorf.

(Aula der Cecilienstraße, Nikolburger Platz-Kaiser-Allee.) Der Besuch der Tuberkulose-Ausstellung und der in ihr von bekannten Persönlichkeiten bisher gehaltenen Vorträge ist auch in den letzten Tagen anhaltend reger. Der Wilmersdorfer Magistrat hat demzufolge beschlossen, die Ausstellungsdauer bis auf weiteres zu verlängern. Am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, spricht in der Tuberkulose-Ausstellung (Aula der Cecilienstraße, Nikolburger Platz-Kaiser-Allee) Herr Stabsarzt Dr. med. B. e. l. über das Thema: Allgemeine Tuberkulosefragen (mit Lichtbildern). Der Eintritt ist frei.

Der erstorene Fürsorgezögling.

Ueber das Ende des dieser Tage in einer Sandgrube bei Strausberg als Leiche aufgefundenen Fürsorgekindes teilt uns der Direktor der Brandenburgischen Provinzial-Schul- und Erziehungsanstalt in Ergänzung unserer Notiz mit, daß der elfjährige Knabe am 2. Januar aus der Anstalt entwichen sei. Sein Festen sei kurz nach dem Abendbrot bemerkt worden. Soweit die Dunkelheit und das an diesem Abend herrschende Schneetreiben es zugelassen habe, hätten Beamte nach dem Knaben gesucht. Wie jetzt festgestellt worden sei, habe er sich am Nordostende der Stadt auf den ausgebeuteten Sandbergen ein Versteck und Lager in einer der dort befindlichen sieben Gruben zurechtgemacht. Hier habe er wohl bis zur Morgendämmerung warten wollen, sei dann eingeschlafen und bei der Nachtälte erstoren. Oberkörper und Kopf waren oberhalb des Erdbereichs. Die Schneedecke habe die Leiche bedeckt; sie wurde erst infolge des jüngst eingetretenen Tauwetters zufällig von drei Strausberger Bürgern aufgefunden. Die Gerichtskommission habe natürlichen Tod durch Erstieren festgestellt. Die Direktion bemerkt besonders, daß Zuchtigungsmerkmale nicht gefunden worden seien. Der Knabe habe in den letzten Monaten in der Anstalt keine körperlichen Strafen mehr erhalten, man habe versucht, ihn beim Ehrgeiz zu pädern. Wenn einige Zeitungen von einem gedrückten und scheuen Wesen des Kindes in letzter Zeit berichtet hätten und davon, daß es Selbstmordgedanken geäußert habe, so sei das unrichtig.

Die Zuschrift der Direktion geht dann auf die Gründe der Ueberweisung des Kindes in Fürsorge ein, die wir aber hier nicht nachprüfen können, da sie ja auf Grund des Ueberweisungsbeschlusses beruhen. Ueber Ueberweisungsbeschlüsse und wie sie vielfach zustande kommen, haben wir so unsere eigenen Ansichten.

Unnützig den Kopf zerbrochen haben sich eine Anzahl Blätter über Befragung der Stelle des Oberbürgermeisters. Man ging schon auf die Suche nach Personen, die diese Stelle bekleiden könnten, und machte die verschiedensten Vorschläge. Das war alles unnützig, denn Herr Kirchner, dem allerdings in letzter Zeit im Magistrat über missgepielt worden ist, soll erklärt haben, sich zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, zumal das geplante Zwangsverwechselungsbandgesetz der Kommune schwere Aufgaben stelle und er in einer solchen Zeit der Gemeinde seine Kräfte auch ferner widmen wolle.

Der kürzlich erst abgesetzte Stadtrat Rumschittel ist zum Bürgerdeputierten in die Gasdeputation gewählt worden.

Zum Zwangsverwechselungsverband werden die südlichen und östlichen Vororte Stellung nehmen in einer Konferenz, die am nächsten Dienstag, abends 7 Uhr, im Rathaus zu Rixdorf anberaumt ist. Es soll darüber beraten werden, in welcher Weise am besten die Interessen dieser Gemeinden wahrgenommen werden können.

Erregung hat unter den Spielern der königlich preussischen Klassenlotterie die kürzlich stattgefundene Ziehung zur 1. Klasse hervorgerufen. Hier fiel nämlich nach einer Korrespondenz der Hauptgewinn im Betrage von zweimal 50 000 M. auf die Nummer 184 284. Der nette Betrag von 100 000 M. gelangte indessen nicht zur Auszahlung, denn nach dem neuen Spielplan gehört diese Nummer nicht zu den Stammlosen, sondern zu den sogenannten Freilosern, die jedoch erst von der nächsten Klasse ab an den Ziehungen teilnehmen kann. Da Freilose bis zu ihrer Ausgabe auf Rechnung der königlichen Lotteriedirektion gehen, so ist der Betrag von 100 000 M. der königlichen Lotterielasse zugefallen. Damit sind die Lotteriespieler aber nicht einverstanden und wollen nun öffentlich hiergegen Protest erheben, um zu erreichen, daß die nicht ausgegebenen Freilose auch nicht an der Gewinnziehung teilnehmen, sämtliche zur Ziehung gelangenden Gewinne also auch wirklich zur Auszahlung an die Spieler gelangen.

Das Deutsche Opernhaus, das belamlich auf Charlottenburger Gebiet errichtet werden soll, scheint sicher zustande zu kommen. Am Donnerstag hat im Charlottenburger Rathaus eine Sitzung des Komitees zur Begründung eines vollständigen Opernunternehmens stattgefunden, wo mitgeteilt wurde, daß die Zahl der Personen, die sich zur Entnahme eines Abonnements bereit erklärt haben, eine sehr große sei und die anfänglich schüchternweise angenommenen Ziffer weit übersteigt. Die gesicherte Einnahme aus den Abonnements beläuft sich jetzt bereits auf über 1 800 000 M. Der vorgelegte Finanzplan balanciert in Einnahme und Ausgabe mit eben dieser Summe. Dabei wird noch ein Ueberschuß von 400 000 M. bei sehr vorsichtig angelegten Einnahmen herausgerechnet.

Der Wagenetat beträgt nach der vorläufigen Aufstellung 770 000 M. Für den Direktor sind 30 000, für Honorare, Noten und Instrumente 50 000, für das technische Personal 80 000 M. aus- geworfen. Von den Plätzen des Parterres sind durchschnittlich bereits drei Viertel und auch von den teuersten Plätzen des ersten Ranges bereits eine erhebliche Anzahl fest abonniert. Dreißig Nachmittags- vorstellungen, a 2000 M., werden wahrscheinlich im ganzen verpackt werden. Eine Aktiengesellschaft soll den Betrieb übernehmen. Ein großer Teil Aktien wird von hiesigen Finanzleuten gezeichnet. Die Aktien- besitzer sollen bei der Transaktion kein schlechtes Geschäft machen. Es wird damit gerechnet, daß aus dem Unternehmen anfängliche Ueberschüsse herausgeschlagen werden, von denen zunächst den Aktien- inhabern 5 Proz. Dividende gezahlt werden; gerechnet wird außer- dem darauf, daß auch noch eine Superdividende von 10 Proz. ge- zahlt werden kann. Das ganze Unternehmen läuft also auf eine rein kapitalistische Gründung hinaus.

Zu der Aufhebung der „Zentralvermittlungsbüro“ in der Lindenstr. 85 wird noch mitgeteilt: Der Hauptleiter des Schwindel- unternehmens war der 36 Jahre alte frühere Kaufmann Oskar Böring, der wegen ähnlicher Schwindelereien in Dresden schon be- straft worden ist. Von dort kam er nach Berlin. Hier lernte er den 33 Jahre alten früheren Kellner Hans Möbius kennen und kam auf den Gedanken, gemeinsam mit ihm in der Reichshauptstadt seine alten Erfahrungen zu betreiben. Die beiden mieteten einen Laden mit mehreren Schaufenstern, die eine große Weltkarte schmückte, als ob es sich um ein Weltunternehmen gehandelt hätte. Die zu vergebenden Stellen waren so auffallend angepriesen, daß harmlose Leute darauf hineinfallen mußten. Entgegen den gesetz- lichen Vorschriften nahmen die Schwindler ihren kautionsfähigen Opfern von vornherein allerhand Gebühre ab, nachdem sie ihnen unter allerhand falschen Vorpiegelungen die Stellen im rosigsten Lichte geschildert hatten. Sobald ein neues Opfer kam, setzten sich die Leiter der Zentrale sofort durch den Fernsprecher mit gewerb- mäßigen Kautionschwindlern in Verbindung machten ihnen klar, in welcher Weise sie jedesmal ihr Opfer anzufassen und zu nehmen hätten. Den Heiratschwindler betrieb Möbius, der von seiner in Dresden zurückgebliebenen Familie getrennt lebt, in Verbindung mit dem Vermittlungschwindler. Er knüpfte mit Mädchen, die eine Stellung suchten und Geld hatten, an und nahm ihnen ab, was er nur bekommen konnte. Aber auch auf andere Mädchen hatte er es abgesehen. Die Kriminalpolizei führte gestern beide Schwindler der Staatsanwaltschaft vor.

Unter dem Verdachte des Gattenmordes ist die Ehefrau des Schlossers Max Hoboff aus der Grünthaler Straße 8 verhaftet worden. Hoboff, seit zwölf Jahren verheiratet und Vater von zwei Kindern, soll viel getrunken und seine Frau wiederholt mißhandelt haben. Am Montag wurde er in seiner Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Weil er schon wiederholt Selbstmord- gedanken geäußert hatte, so nahm man an, daß er sich selbst das Leben genommen habe. Erst nachträglich wurde der Verdacht laut, daß seine Frau an seinem Tode schuld sei. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen soll Frau Hoboff ihrem Manne Geld für Schnaps gegeben haben, so daß er sich betrunken konnte. Als er dann willen- los dazuliege, soll sie ihn in die Nähe des Gasautomaten geführt und dort liegen gelassen haben. Hierauf so ließe in der Wohnung Türen und Fenster verschlossen und mit den Kindern zu Ver- wändeln gegangen sein, nachdem sie den Gasautomaten geöffnet hatte. Nach ihrer Rückkehr fand sie ihren Mann tot auf. Die Verhaftete gibt zu, Schnaps geholt, ihren Mann betrunken gemacht und von der Stelle gerückt und auch die Türen und Fenster ge- schlossen zu haben, behauptet jedoch, daß nicht sie, sondern ihr Mann den Gasautomaten geöffnet habe.

Ein falscher Student mit abfälligem Namen brandschäht Zimmermieterinnen in der unteren Friedrichstadt. Es ist ein junger Mann von etwa 22 Jahren, der sich Bruno von Wolfenrode aus Raumburg nennt und den Leuten vorführt, daß er in Berlin Medizin studiere. Sobald er ein Zimmer gemietet hat, nimmt er die erste beste Gelegenheit wahr, die Wirtin zu be- schimpfen und verhöhnen mit der Weite. Der Schwindler und Dieb ist 1,70 Meter groß und schlank, hat langes schwarzes Haar, dunkel- braune Augen, große, abstehende Ohren und ein bartloses, schmales, blaßes Gesicht und trug einen dunkelgrau gestreiften Winterüber- zieher, dunkle Hosen und einen schwarzen weichen Hut.

Arbeiterbildungsschule. Der Unterricht in Geschehskunde beginnt in diesem Quartal besonderer Umstände halber schon um 8 Uhr. — Beim Stiftungsfest der Schule ist ein Korallen- armband gefunden worden; dasselbe ist in der Bibliothek, Grenadierstraße 37, abends von 8—9 Uhr, gegen Legitimation abzuholen.

Filmzensur. Eine polizeiliche Zensur der kinematographischen Filme ordnet eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Potsdam für den Regierungsbezirk an. Zur öffentlichen Vor- führung dürfen nur noch solche Bilder gelangen, die vorher von der Ortspolizei genehmigt worden sind. Es muß mindestens drei Tage vor der Vorführung ein Verzeichnis der einzelnen Filme mit ihren Titeln und der Fabel, die sie betreffen, eingereicht werden. Filme, die schon von dem Polizeipräsidenten in Berlin zugelassen sind, brauchen erst 24 Stunden vorher eingereicht werden, wenn der Unternehmer einen Nachweis über die Genehmigung besitzt. Auf Verlangen muß jeder Film vor der Genehmigung der Polizei in einem von dieser zu bestimmenden Raum vorgeführt werden. Ver- zeichnis und Genehmigung müssen während der öffentlichen Vor- führung für den revidierenden Beamten bereit gehalten werden. Die Vorführung darf nur unter den genehmigten Titeln erfolgen. Uebertretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 M., oder ent- sprechender Haft bedroht. Die neue Verordnung tritt am 31. Ja- nuar in Kraft.

Ein sehr gefährliches Feuer am Donnerstagsabend in dem Hause Weidenweg 24 angezündet durch Unvorsichtigkeit zum Ausbruch. Bei der Ankunft der Feuerwehr brannten dort im Keller Äpfel, Vorräte an Petroleum und andere leicht brennbare Gegenstände. Das Treppenhaus war schon vollständig verqualmt und nicht mehr zu passieren. Dadurch, daß auch schon die Türen, der Fußboden usw. in Flammen standen, war das Vordringen der Feuerwehr bis zum Brandherd sehr erschwert. Zwei Feuermänner vom 7. Zuge drangen mit einem Sauerstoffapparat und einem Feuerschuhapparat aus- gerüstet, mit zwei Rohren in den brennenden Keller ein. Mit Hilfe der Apparate und durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauch- leitungen gelang es schließlich, den Brand auf den Keller zu be- schränken. Leider sind bei der Löschung mehrere Feuermänner infolge starker Raucheinatmung erkrankt.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Es geht auch ohne Ausnahmegesetz, wenn nur die bestehenden Gesetze schärfer angeordnet werden, dann genügt es auch. Die hiesige Polizeibehörde scheint dem auch pflichtgemäß nachzukommen. Der Vorstand des Wahlvereins beabsichtigte, das Theaterstück „Käfer und Luft“ zum zweitenmal aufführen zu lassen. Plötzlich fiel der Polizei ein, dies zu verbieten und überjandte dem Vor- sitzenden folgendes Schreiben:

„Es gereicht Ihnen zum Bescheide, daß die beabsichtigte Auf- führung des Theaterstückes Käfer und Luft im Gesellschafts- hause des Westens hiesig selbst am 28. d. M. nicht stattfinden kann. Zunächst ist davon auszugehen, daß die Veranstaltungen des sozialdemokratischen Wahlvereins Schöneberg nicht Veranstal- tungen einer geschlossenen Gesellschaft, sondern tatsächlich öffent- liche Veranstaltungen sind. Denn die Zahl der Mitglieder beträgt zurzeit über 2000 und die Möglichkeit des Eintritts in den Wahl- verein ist eine sehr leichte, da die Mitgliedschaft des Vereins durch Zahlung eines nur geringen Eintrittsgeldes bei einer der zahlreichen Zahlstellen erworben werden kann.

Die Mitglieder von Vereinen, deren Mitgliedschaft so groß und deren Organisation so lose ist, und bei denen der Erwerb der Mitgliedschaft an derartig geringe Voraussetzungen geknüpft ist, können aber als ein sich geschlossener, bestimmt abge- grenzter Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen nicht angesehen werden. Da nun ein wesentliches Merkmal der Nichtöffentlichkeit von Veranstaltungen darin zu erblicken ist, daß zwischen den einzelnen Personen, vor denen diese Veranstal- tungen stattfinden, ein inneres Band von wechselseitigen persön- lichen Beziehungen besteht, und daß diese Personen einen in sich verbundenen bestimmt abgegrenzten Kreis bilden, so müssen die Theaterveranstaltungen des sozialdemokratischen Wahl- vereins als öffentliche angesehen werden. (Oberverwaltungs- gerichtshofentscheidung im Preussischen Verwaltungsblatt Band 20 Seite 8, siehe auch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Band 18 Seite 422, Band 27 Seite 428, Band 35 Seite 444.) Zur Abhaltung einer öffentlichen Theaterveranstaltung ist aber eine Er- laubnis aus § 83 der Reichsgesetzgebung erforderlich, welche bisher hier nicht vorgelegt worden ist.

Selbst wenn indessen eine gültige Konzession vorhanden wäre, so dürfte die Vorstellung in dem genannten Lokal dennoch nicht stattfinden, da dasselbe den nach der Polizeiverordnung vom 2. Mai 1909 zu stellenden polizeilichen Anforderungen nicht genügt.

Der Polizei-Präsident  
Lüdinghausen.

Wir sind der Polizei trotz der recht dürftigen Gründe für die Agitation dankbar, die damit für die Partei betrieben wird und hoffen durch dieses Verbot neue Mitglieder zu gewinnen. Gleichzeitig sind wir bereit, das Stück noch zweimal Mitte Februar in geeigneten Lokalen, wo die Nachbesetzung der Polizei nicht hindern, aufführen zu lassen.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission gab der Obmann zunächst den Jahresbericht für das Jahr 1910. Danach sind der Kommission 25 Organisationen angeschlossen, die insgesamt 7000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Die Arbeiten der Kommission wurden in 10 Ausschuß- und 12 Kommissions- sitzungen erledigt. Eine Sitzung fand mit sämtlichen an Orte vor- handenen Vertrauensleuten aus den Betrieben statt. Öffentliche Versammlungen fanden zwei statt, sowie eine Theateraufführung. Die Rechtsauskunftsstelle, welche sich beim Genossen Kofante, Meiningen Straße 3, befindet, wurde nicht in der gewünschten Weise von den Arbeitern in Anspruch genommen. Es besteht die Ansicht, daß die Arbeiter sich immer mehr daran gewöhnt haben, sich an das Arbeitersekretariat im Gewerkschaftshaus zu wenden. Der Jugendauschluß hat auch in diesem Jahre daran festgehalten, regel- mäßig alle 14 Tage bei dem Genossen Pöschmann, Vorbergstraße, Veranstaltungen stattfinden zu lassen. Bevor ein Jugendheim nicht besteht, sollen auch in Zukunft die Veranstaltungen, die mit Vor- trügen und Unterhaltungsspielen abwechseln, in derselben Weise ab- gehalten werden.

Die Beteiligung und auch der Besuch der einzelnen Vorträge des veranstalteten Kurses über Einführung in die moderne Gesell- schaftsllehre liegen erkennen, daß unter der Arbeiterkraft ein reges Interesse dafür vorhanden ist. Fast sämtliche Teilnehmer haben allen sechs Vorträgen beigewohnt. Die Zahl der Teilnehmer betrug 78. Mit der von der Stadt eingeführten Arbeitslosenversicherung soll sich laut Beschluß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung befassen. Der als notwendig anerkannten Erweiterung der Arbeits- nachweismittel ist leider nicht Rechnung getragen worden. Die Stadtverordneten lehnten eine Erweiterung der Räume im jetzigen Gebäude ab; es dürfte wohl erst mit Ablauf des Kontraktes eine Uenderung eintreten.

Die Vermittlung gibt folgenden Bild: Offene Stellen: 1910: 14 772, Zunahme 635 (1909: 13 837). Arbeitsuchende: 1910: 16 884, Zunahme 521 (1909: 16 318). Befragte Stellen: 1910: 12 850, Zunahme 737 (1909: 11 632). Einer Einnahme von 664,89 M. steht eine Ausgabe von 853,79 M. gegenüber.

Die Reuwalden ergaben die Wiederwahl des Genossen A. Penkel als Obmann, Stellvertreter Genosse Kofante, und Genosse Otto Schenk als Schriftführer.

### Charlottenburg.

Ein tödlicher Baumfall ereignete sich gestern auf dem Schmid- schen Neubau am Reichslanzierplatz, Ecke Reichstraße. Der auf diesem Bau beschäftigte Maurer Mendert, Rehringstraße 28 wohn- haft, wollte an einem Schiffsfenster in der vierten Etage die Schur befestigen; plötzlich kam ein Mauerstein, auf dem M. stand, ins Rutschen, so daß Mendert kopfüber in die Tiefe stürzte. Der Ver- unglückte starb kurz darauf an den erlittenen Verletzungen.

Ein Unterhaltungsabend, wie er bereits am letzten Sonntag im Volkshaus stattgefunden hat, soll auf Wunsch der Parteigenossen auch diesen Sonntag, den 22. Januar, im Volkshaus abgehalten werden. Zu dem Unterhaltungsabend, der um 8 Uhr beginnt, hat auch die „Charlottenburger Liedertafel“ ihre Mitwirkung zugesagt.

### Pichtenberg.

Von der Straßenbahn totgefahren. Als in der gestrigen Nacht in der Frankfurter Chaussee der Gerichtsbeamte Karl Hammel aus der Hagenstraße 3 einen Straßenbahnwagen der Linie 89 während der Fahrt besteigen wollte, glitt er aus und kam zu Fall. Er stürzte so unglücklich, daß er unter den Anhängewagen geriet. Obgleich der Führer des Straßenbahnwagens sofort bremste, konnte der Zug doch erst nach einigen Metern zum Stehen gebracht werden. Hammel wurde mit schweren Schädelverletzungen unter dem Wagen hervor- gezogen und nach der Pichtenberger Rettungswache geschafft, wo er aber bald nach der Einlieferung an den Folgen eines Schädel- bruches starb.

### Ober-Schöneweide.

Unter den Gemeindecinrichtungen, welche in nicht allzuferner Zeit beträchtliche Anforderungen an die Finanzen der Gemeinde stellen werden, nimmt die Schmutzwasserkanalisation die erste Stelle ein. Die Beseitigung dieser Wässer erfolgt jetzt durch das sogenannte Koblebreiverfahren, wonach den Abwässern schwefelhaltige Zonerde und gemahlene Koble zugelegt wird. Es wird dadurch einmal eine schnelle Klärung der Abwässer und andererseits die Ver- wendung des Klärchlammes als Feuerungsmaterial erreicht. Die Ableitung der geklärten Abwässer in die Spree scheint bei der Auf- sichtsbehörde wohl doch Bedenken hervorzurufen, denn neue Anlagen dieser Art sollen keine Genehmigung mehr erhalten. Wenn nun andererseits die Anlage ziemlich am Ende ihrer Leistungsfähigkeit steht und auch eine Veräufertung für die Anwohner ist, so wird eine andere Regelung nicht von der Hand zu weisen sein. Da aber für Kläranlagen im Gemeindebezirk kein Terrain vorhanden, müßte mit großen Auf- wendungen auswärts Ertrag geschaffen werden. — Auch die Frage der Müllbeseitigung dürfte bei Uebernahme der Müllheide durch die Stadt Berlin akut werden. Wenn für die Auffüllung der Sumpfstellen durch das Müll keine Möglichkeit mehr besteht, muß ein Transport nach weitgelegenen Gelände in Erwägung gezogen werden, was ebenfalls nicht ohne erhebliche Verluste geschehen kann.

### Nieder-Schönhausen.

Mit dem Ankauf eines Grundstücks zum Bau einer höheren Mädchenschule hatte sich die letzte Gemeindevorstellung zu be- schäftigt. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß von den zur engeren Wahl gestellten Grundstücken nur noch drei übriggeblieben seien. Das Provinzial-Schulkollegium habe die übrigen als un- geeignet bezeichnet. Bei der Auswahl des Platzes sei in erster Linie die zentrale Lage zu berücksichtigen. Somit kommen nur das Hermsche Grundstück in der Kaiser-Wilhelm-Straße, das Grundstück der Terracingesellschaft in der Platanenstraße und das der Reichs- erben in der Treßlowstraße in Frage. Da aber für Grund- stücke unter 5000 Quadratmeter nur dann die Zustimmung des

Kultusministeriums zu erwarten sei, wenn keine größeren vorhanden sind, so müßte das letztgenannte ebenfalls ausfallen, das nur eine Größe von 4200 Quadratmeter habe. Das Grundstück in der Platanenstraße kostet 59 268 M., pro Acre 164 M.; dies mache eine jährliche Staatsbelastung von 2550 M. Das Hermsche Grundstück ist für 115 000 M. angeboten worden, pro Acre 150 M.; die Be- lastung stellt sich hier auf 4887 M. Der jetzige Besitzer will jedoch noch drei Jahre lang als Mieter wohnen bleiben und dafür jährlich 1400 M. zahlen, außerdem gestattet das Grundstück den Verkauf von drei je 45 Quadratmetern großen Baustellen zum Preise von 300 M. pro Quadratrute; somit verringert sich die Be- lastung auf 3487,50 Mark. Nicht nur vom finanziellen Standpunkt aus, sondern auch mit Rücksicht auf die vorzügliche Lage empfehle er den Ankauf des Hermschen Grundstücks, vorbehaltlich der Zustimmung der Provinzialbehörde. In der hierauf folgenden nahezu zweistündigen Debatte wandte sich als erster Redner Genosse Breitmann gegen den Ankauf des Hermschen Grundstücks, da er befürchte, daß die Baustellen nicht so schnell verkauft werden, außerdem dürfte der Etat nicht allzu stark belastet werden. Das Grundstück in der Treßlowstraße sei bedeutend billiger, er erlaube daher die Angelegenheit zu vertagen, um Zeit zur nochmaligen Be- ratung zu gewinnen. Die Vertreter Häger und Weder traten für das Grundstück in der Treßlowstraße ein und stellten fest, daß der größte Teil der Schülerinnen aus dem westlichen Ortsteil komme. Die übrigen Redner schlossen sich der Ansicht des Bürgermeisters an. Nachdem der Verlagsantrag abgelehnt worden war, befaßte die Vertretung mit großer Mehrheit das Hermsche Grundstück, Kaiser- Wilhelm-Straße 68/69, zum Preise von 115 000 M. zu erwerben. Dem Rinderhort wurden je zwei Zimmer in den Schulen der Wisnars- und Blauenburger Straße zur Verfügung gestellt. In das Kuratorium für die höheren Schulen wurden die Vertreter Thormann, Dr. Protsch, A. Stubbmann und Häger gewählt. Unter Punkt Mitteilungen wies der Bürgermeister auf die mangelhafte Beseitigung des Schnees besonders vor den Grundstücken der außer- halb wohnenden Besitzer hin und ersuchte um Abstellung dieses Miß- standes, anderenfalls er die Bestrafung eintreten lasse.

## Aus aller Welt.

### Wiesbacher Mord.

Eine gräßliche Muttat beging in der letzten Nacht in Jasterburg ein Arbeiter Weder an seiner Familie. Weder kam in angetrunkenem Zustande nach Hause und erschlug mit einem Beil seine Frau, seine Schwiegertochter und zwei Enkelkinder im Alter von ein und drei Jahren. Der Mörder versteckte sich sodann auf dem Boden seines Hauses. Als gestern morgen der Sohn des Mörders von seiner Arbeit zurückkehrte, fand er die Getöteten in dem Wohnzimmer in gräßlichem Zustande vor. Die Frau gab noch Lebenszeichen von sich und wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo sie hoffnungslos daniederliegt. Der Mörder versuchte sich auf dem Boden seines Hauses aufzuhängen, wurde jedoch noch rechtzeitig ab- geschnitten und verhaftet.

### Ein gelber Patriot.

In Petersburg hat sich der frühere koreanische Gesandte Prinz Tschin Pomhi in seiner Wohnung erhängt. Das Motiv der Tat war, wie ein hinterlassener Brief bezeugt, der Gram über den Verlust der Unabhängigkeit Koreas. Da haben es unsere preussischen Patrioten zu Zeiten der Gefahr doch besser verstanden, ihre schätzenswerte Kraft der Ri- walt zu erhalten. So beispielsweise in den Jahren 1806/7, als Preußen am Rande des Abgrundes stand. Um an der Staatskrippe weiter zu fressen, schwerten sieben preussische Minister und ein großer Teil der königlichen Beamten dem kossischen Eroberer den Treueid. Auf solche aus- gefallene Idee, sich das Leben zu nehmen, ist keiner von ihnen ge- kommen.

### Seebrandstod.

Einen tragischen Tod erlitt am 11. Januar bei der Austreibung des Fischdampfers „Karl Adolf“ aus Geestemünde der Heizer Oskar Krenkel, ein geborener Berliner. Krenkel wollte während der Fahrt einen Abseimer ausfüllen und stürzte dabei über Bord. Durch das lange Ausbleiben des Verunglückten wurde der Maschinenführer aufmerksam und so der Unfall, der ohne Augen- zeugen geschehen war, bekannt. Trotz sofortigen Juristfahrens und Absuchens der Strecke konnte von dem Verunglückten keine Spur gefunden werden. Erst jetzt, nach der Heimkehr des Dampfers vom Range, wird der Tod des Heizers, der ein braver Genosse war, der Öffentlichkeit bekannt.

### Von der Pest.

In Charbin sind gestern an der Pest 33 Chinesen ge- storben. Auch erlagen ihre russische Wirtin Lebedew, ein Student der Medizin und ein Heilgehilfe. Ein zweiter Heilgehilfe ist erkrankt. Aus Sibirien sind zur Verhinderung der in den Pestgebieten tätigen Medizinpersonalen sechs Aerzte mit 50 Ge- hilfen entsandt worden.

### Kleine Notizen.

Dem Treibriemen erkrankt. In der Zementfabrik Franendorf bei Oppeln wurde ein Arbeiter von einem Treibriemen erkrankt und sofort getötet.

Stiftige Gasse. Erstlich in ihren Betten aufgefunden wurden in Christianstadt (Niederlausitz) zwei Zimmerleierlinge. Sie hatten in dem Ofen Feuer angezündet, wobei sich Kohlen- gas entwickelt hatten.

Die Cholera unter den türkischen Truppen. Aus Aden wird amtlich gemeldet, daß unter den kürzlich aus Konstantinopel in Hodeida angekommenen türkischen Truppen die Cholera herrscht. Es sind auch von den Einwohnern der Stadt bereits Eingeborene erkrankt.

Ein Flug mit fünf Passagieren. Am Donnerstag hat der Abiatter Sommer mit fünf Mitreisenden auf seinem Zweifelder einen Flug von Dougg nach Romilly und zurück unternommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 9 Uhr, Kappel-Allee 15—17 und Kirbort, Idealpassage: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Entwickelung der Gottesbewe- I. Ursprung der Götter.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

### Witterungsübersicht vom 27. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Station	Barometerr- hoch mm	Wind- richtung	Windstärke	Wasser	Temp. u. d. L. u. d. N.	Station	Barometerr- hoch mm	Wind- richtung	Windstärke	Wasser	Temp. u. d. L. u. d. N.
Sonnenberg	766	SW	2	Schnee	2	Caparanda	745	SW	1	wolkig	-11
Damberg	768	SW	3	bedeckt	7	Petersburg	749	SW	3	bedeckt	-6
Berlin	767	SW	3	bedeckt	7	Scilly	773	SW	3	bedeckt	8
Hannoversl. H.	774	SW	2	bedeckt	4	Berden	765	SW	2	wolkig	3
München	778	SW	3	bedeckt	1	Paris	776	SW	1	Regen	4
Wien	769	SW	7	bedeckt	6						

Wetterprognose für Sonnabend, den 28. Januar 1911. Etwas kühler, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Vorort-Nachrichten.**

**Treptow-Baumschulentweg.**

Aus der Gemeindevertretung. Bürgermeister Schablow leitete zunächst mit, daß Treptow jetzt fünf Gemeindegemeinschaften besitzt. Die 1., 4. und 5. Gemeindegemeinschaft befinden sich im sogenannten Berliner Ortsteil, und zwar die erste in der Kieffolzhstr. 46, die vierte in der Bildenbruchstraße und die fünfte in der Buchstr. 75. Die 2. und 3. Gemeindegemeinschaft befinden sich im Ortsteil Baumschulentweg, Kieffolzhstr. 274/276. Für die Pflichtfortbildungsschule hat die Regierung einen einmaligen Beitrag von 300 M. bewilligt. Das Realgymnasium ist am 1. Januar in das frühere, jetzt für Schulzwecke umgebaute Amtsgebäude Neue Krug-Allee 5 übergesiedelt. Die Vorschule und die höhere Mädchenschule sind in der Eisenstr. 3 untergebracht. Die Unterhaltung der Kreischauffee Rixdorf-Kanne und der Baumschulentweg, soweit dieselben im Gemeindebezirk Treptow liegen, hat die Gemeinde Treptow gegen eine einmalige Abfindung von 30 383 M. vom Kreis Teltow übernommen. Die Kreischauffee, welche bisher den Namen Kanne Chaussee führte, soll, soweit sie durch Treptower Gebiet führt, den Namen Forsthaus-Allee erhalten. Dem Bebauungsplan für das Gelände zwischen dem Heidekampgraben und der Rixdorf-Niederhörschöneweider Anschlußbahn hat die Stadtgemeinde Rixdorf unter der Bedingung zugestimmt, daß die Straße am Heidekampgraben so viel nach dem Bahnkörper zu geneigt wird, daß später eine Unterführung dieser Straße stattfinden kann. Dagegen verpflichtet sich Rixdorf, die Regenwässer für ein Treptower Gelände von 15 Hektar unentgeltlich in die Rixdorfer Kanalisation aufzunehmen. Die Bedingungen wurden angenommen. Des Weiteren wurde beschlossen, die Wegeunterhaltungspflicht der Straßen zu den Brücken über den Teltowkanal, soweit dieselben im Gemeindebezirk liegen, bis an den Fuß der Brücke vom dem Kreis Teltow zu übernehmen. Der Kreis Teltow zahlt dafür eine Abfindungssumme von 24 000 M. an die Gemeinde. Dann

wurde über den Erlaß eines Ortstatuts betreffend die Einrichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts für Treptow beraten. Treptow hat 25 000 Einwohner und ist deshalb gesetzlich verpflichtet, diese Einrichtungen zu treffen. In dem vorgelegten Entwurf des Ortstatuts wurde vorgeschlagen, daß die Zusammensetzung der Gerichte aus je 10 Weisern, 5 Arbeitnehmern und 5 Arbeitgebern, und je einem Vorsitzenden und Vorsitzendenstellvertreter bestehen solle. Auf Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevertreter wurde die Zahl der Weiser für jedes Gericht auf 3 w a n z i g erhöht, und zwar auf je 10 Arbeitgeber und 10 Arbeitnehmer. Ein Antrag unserer Genossen, für die Verhandlung eines Rechtsstreites vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht Gebühren nicht zu erheben, wurde abgelehnt. Die Mehrheit der Gemeindevertretung ging dabei von der Erwägung aus, daß, wenn man vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht keine Gebühren zu scheuen brauche, wegen der geringsten Kleinigkeit prozessiert werden würde. Die Wahl der Weiser erfolgt nach dem Proportionalwahlssystem. Es kommt das Berliner System mit Vorschlagsliste zur Anwendung. Für die Arbeitgeber werden Wählerlisten aufgestellt. Die Arbeitnehmer müssen sich von ihrem Arbeitgeber oder von der Ortspolizeibehörde bescheinigen lassen, daß sie in Treptow beschäftigt resp. wohnhaft sind. Mit dieser Wahllegitimation muß am Tage der Wahl jeder Arbeiter, der wählen will, seine Wahlberechtigung nachweisen. Die Vorschlagslisten sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt aufzustellen und dürfen nur soviel Namen enthalten, als Weiser von jedem der beiden Wählerkörper zu wählen sind. Sie müssen unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten, mit Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung bezeichneten Vertreters von fünf Wählern des betreffenden Wählerkörpers unterzeichnet und spätestens drei Wochen vor der Wahl eingereicht sein. Die Zahl der Unterzeichner der Vorschlagsliste wurde auf Antrag unserer Genossen von 10 auf 5 herabgesetzt. Ein Antrag unserer Genossen, die Spruchklammern des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts mit 4 Weisern zu besetzen,

wurde abgelehnt. Des Weiteren war von unseren Parteigenossen noch beantragt, in das Ortstatut aufzunehmen, daß die Wahl der Weiser der Arbeitnehmer an einem Sonntag stattfinden müsse. Bürgermeister Schablow gab die Zusicherung, daß die Wahlen möglichst an einem Sonntag stattfinden werden, aber ins Ortstatut solle man diese Bestimmung nicht aufnehmen. Der Antrag wurde zurückgezogen. Mit diesen Abänderungen wurde das Ortstatut angenommen. Dann wurde noch Beschluß gefaßt über eine Nachforderung für die weitere Ausgestaltung des Rathauses. Am Hauptingang soll, um einen besseren Abbruch zu gewinnen, ein Bronzegebäude aufgestellt werden. Die Kosten werden auf circa 2500 M. geschätzt. Unser Genosse Karow trat für die Bewilligung dieser Forderung ein. Die Summe sei im Vergleich mit der Gesamtsumme, welche das Rathaus kostet (110 000 M.), nur gering. Herr Klapp war gegen die Aufstellung eines so kostspieligen Gebäudes, da das Rathaus bereits zu teuer sei. Der Herr spielte dann noch sehr den Entrüsteten, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter derartige Ausgaben leichtem Herzens bewilligten, aber für höhere Einnahmen der Gemeinde wollten sie nicht eintreten. Ihm wurde erwidert, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten und Gemeindevertreter überall, wo es gelte, die Kunst und Wissenschaft zu unterstützen und zu fördern, dabei wären. Auch Einnahmequellen für die Gemeinde helfen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sehr häufig öffnen. Die Forderung wurde bewilligt. Zur Einweihung des Rathauses wurden 5000 M. gefordert. Genosse Karow hält eine solche Feier für überflüssig. Bürgermeister Schablow trat für die Forderung ein und hob hervor, daß Treptow noch nie etwas zu seiner Repräsentation getan habe, hier wäre es aber wirklich mal am Platze. Herr Neumann schlug vor, 3000 M. zum Festessen zu bewilligen. Die Mehrheit bewilligte die geforderten 5000 M. Auch Herr Klapp stimmte dafür. Dagegen stimmten Herr Kröbel von der Demokratischen Vereinigung und die sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

**Grosser Inventur-Verkauf.**  
Nach beendeter Inventur sind unsere noch reichhaltig sortierten Läger zum Teil bis auf den halben Preis herabgesetzt.

**Wollplüsch-Mäntel**  
Extra gute Qualitäten, unvorwiegend im Tragen, in allen Grössen und Längen.

**Plüsch-Mäntel**  
**Plüsch-Jackets**  
**Paletots**  
Wert 27-30, jetzt 18, 24, 27, 33, 39, 45, 62 M.

**Abend- und Theatermäntel**  
Wert 15-68, jetzt 9, 12, 15, 21, 27, 32, 42 M.

**Paletots aus engl. Stoffen**  
Wert 15-45, jetzt 7, 9, 11, 15, 18, 21, 27 M.

**Eskimo-Paletots und -Mäntel**  
Wert 21-75, jetzt 12, 15, 18, 21, 27, 33, 42 M.

**Jackett- und Paletot-Kleider**  
Wert 18-35, jetzt 8.50, 12, 16.50, 21, 30, 38, 45 M.

**Kostümröcke blau u. schwarz**  
Wert 12-33, jetzt 5.75, 7.50, 11, 13.50, 18, 21 M.

**Französische Kleider**  
Wert 42-125, jetzt 28.50, 36, 42, 48, 55, 68 M.

**Besonders preiswert:**

**Ca. 150 Jackettkleider**  
aus englisch. Stoff, fein gestreift u. kar. Jackett auf Futter 6.50 M.

**Ca. 320 woll. Blusen**  
ganz gefüttert, nur gediegene Stoffe, uni und gestreift 2.75 M.

**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse  
12 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz  
Sonntags geöffnet

**Zentral-Markthalle**  
Telephon: Nr. 711 u. 716

**Bergstr. 5 RIXDORF Bergstr. 5**

<b>Prima Ochsenfleisch ohne Knochen</b> Pfd. 90 Pf.	<b>Neuer Fleischstand.</b>	<b>Wiedelleberwurst</b> Pfd. 45 Pf.
<b>Roulade</b> Pfd. 100	<b>Rinderkopffleisch</b> Pfd. 40 Pf.	<b>Feine Leberwurst</b> Pfd. 95 Pf.
<b>Schweinefleisch</b>	<b>Rinderherz</b> Pfd. 25 Pf.	<b>Landleberwurst</b> Pfd. 95 Pf.
<b>Dauß</b> Pfd. 65 Pf.	<b>Rinderlunge</b> Pfd. 25 Pf.	<b>Fleischwurst</b>
<b>Rindfleisch</b> von 70 Pf. an.	<b>Leber, Gabeln, Schweineköpfe</b> zu den billigsten Tagespreisen.	<b>Braunschweiger Leberwurst</b> Pfd. 120
<b>Prima Gänse</b> Pfd. 68 Pf.	<b>Sehr feine Mostereitafelbutter</b> Pfd. 1.20 M.	<b>Gänsefleisch</b> Pfd. 60-75 Pf.
<b>Junge Enten</b> Stk. v. 2.75-3.50	<b>Gute fette Kochbutter</b> Pfd. 1.00-1.10 M.	<b>Bouillonwürfel</b> 10 Stk. 25 Pf.
<b>Prima fette Zappenhäuer</b> Stk. von 2.00-3.00 M.	<b>Feinstes Berl. Bratenfahmalz</b> bestes Rohschmalz Pfd. 60 Pf.	<b>Apfelsinen</b> Dtzd. 25-38 Pf.
<b>Waldhasen, ohne Fell</b> von 3.00 M. an.	<b>Hasenrücken, Keulen, Läufe.</b>	<b>Blutapfelsinen</b> Pfd. 55
		<b>Beintrauben</b> Pfd. 35
		<b>Ranbarinen</b> Pfd. 28
		<b>Beil Kohl</b> 5
		<b>Wirngohl</b> 8
		<b>Yellower Rüben</b> 2 25
		<b>Schwartzgurzel</b> 25
		<b>Kartoffeln pro Ztr.</b> 2.70 M.

**Winkler & Bärthold, größtes Fisch-Spezialgeschäft.**

<b>Lebende Karpfen</b> Pfd. 75 Pf.	<b>Kabljan</b> Pfd. 25-35 Pf.
<b>Bläßen</b> Pfd. 60-70	<b>Seelachs</b> Pfd. 25-35 Pf.
<b>Kale</b> 110/130	<b>Schellfisch</b> Pfd. 25-30
<b>Quappen</b> 70	<b>Haudern</b> Pfd. 25-30

**Grüne Seringe, täglich frisch** Pfd. 30-40 Pf.  
Zalsering 70 Pf. | Zardellen 1/2 Pfd. 15 und 30 Pf.

**Große Auswahl in prima Räucherware, täglich frisch.**

**Markthallen-Restaurant**  
empfiehlt täglich warme Küche bis 12 Uhr nachts.  
**Sehr billiger Mittagstisch.**

**Wir empfehlen:**

**Das arbeitende Volk und die Steuern.**  
I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von Dr. Karl Renner. Preis 50 Pf.

**Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland**  
von J. Karaski. Preis 50 Pf.

**Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).**

**Lühower Str. 5a am Rathaus**  
Schweinehälften und Schuller 65 Pf.  
Ramm und Schult 70 Pf.  
Kotelett 80 Pf.  
Bauch, Rindfleisch, Rindfleisch 60 Pf. an  
Kalbsfleisch 90 Pf.  
5 Pf. gemischte Wurst 4 u. 4.50 Pf.

**Sieben erschienen:**

**Volksentrechtung, Polizeiwilkkür!**  
Die Wahlparole des schwarzen Blocks.  
Reden der Abgeordneten David, Frank, Scheidemann u. des Reichskanzlers b. d. Etatsberatungen am 9. bis 14. Dezember 1910. Nach d. stenograph. Berichten. 245/4\* Preis 40 Pf.

**Expedition des Vorwärts**  
BERLIN SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Hüte** in allen Preislagen.  
R. Weidner, Hutmacher,  
Prinzenstr. 57, Dresden Str.  
Fabrik wird vergütet.

**Wir empfehlen:**

**Arbeiter-Gesundheitsbibliothek**  
Heft 11.  
**Frauenleiden u. deren Verhütung.**  
Recht einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.  
Von Dr. J. Zadek.  
Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Toupets, Locken, Zöpfe**  
billigste Bezugsquelle.  
Nur reelle Ware.  
O. Kaska, Rixdorf, Erkstr. 3.  
**Charlottenburg**  
F. Kunsmann Wallstr. 1  
Moderne Uhren u. Goldwaren

**Wäsche, Trikotagen**  
**Schneiderei-Artikel**  
Neu aufgenommen: **Bettfedern.**  
**Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25**  
Ecke Samariterstraße.

**Kaufhaus Neumark** vormals **Gebr. Leyser**  
21. Gräfestraße 21.  
**Großer Räumungs-Verkauf**  
des übernommenen Warenlagers  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

# Weiße Woche

Ich biete in dieser Woche WEISSE WAREN zu noch nie dagewesenen billigen Preisen in nur reellen guten Qualitäten

## Leinen- und Baumwollwaren

Hemdentuch	ca. 82 cm breit für starke Leibwäsche	35 Pf.
Hemdentuch	ca. 82 cm breit, extra starkfädige Ware	48 Pf.
Linon	ganz besondere Gelegenheit, ca. 82 cm breit	35 Pf.
Linon	ca. 82 cm breit, für gute Leib- u. Bettwäsche	48 Pf.
Renforcé	ca. 82 cm breit für elegante Leibwäsche	40 Pf.
Renforcé	ca. 82 cm breit, erstklassiges Elsassor Fabrikat	50 Pf.
Linon	in voller Deckbettbreite, sensationell billig	68 Pf.
Laken-Dowlas	in ganzer Breite, starkfädige Qualität	75 Pf.
Laken-Halbleinen	in ganzer Breite, bewährte Hausmarken	90 Pf.
Laken-Reinleinen	ca. 165 cm breit, sehr starkfädige Ware	1.95
Dimiti	in voller Kleinenbreite, ca. 82 cm, bewährtes Elsassor Fabrikat	55 Pf.
Dimiti	in voller Deckbettbreite, ca. 132 cm, grosse Muster-Auswahl	85 Pf.
Damast	in Kleinenbreite, einmaliges Angebot, gute Qualität	78 Pf.
Damast	Deckbettbreite, dazu passend aparte Neuheiten	1.20
Tischtücher	Jacquardgewebe mit Stern- oder Blumenmuster, gebleicht	1.25 1.75 2.25 2.50 2.95 3.75
Servietten	gestümt, Dtz.	3.25

Renforcé-Garnitur	mit 2 Kissen, solange Vorrat	2.95						
Linon-Garnitur	mit 2 Kissen, starkfädige Qualität	3.95						
Linon-Garnitur	mit 2 Kissen in ganzer Breite	4.95						
Linon-Garnitur	mit 2 Kissen in sehr guter Qualität	5.95 5.40						
Dimiti-Garnitur	mit 2 Kissen, Elsassor Fabrikat	5.95						
Dimiti-Garnitur	mit 2 Kissen, besonders gute Qual.	6.95						
Damast-Garnitur	mit 2 Kissen, extra gute Qualität	9.00						
Dowlas-Bettuch	Grösse ca. 180/210, aus kräftigem Stoff, solange Vorrat	1.75						
Dowlas-Bettuch	Grösse ca. 148/210, ganz besonders billiges Angebot	2.35						
Dowlas-Bettuch	Grösse ca. 165/225, in bester Qualität	3.50 2.95						
Halbleinene Bettücher	in allen Grössen u. guten Qualitäten	2.60 1.95						
<table border="1"> <tr> <td>Coupon 10 Meter Hemdentuch</td> <td>Linon oder Renforcé</td> <td>4.95 4.00 2.95</td> </tr> <tr> <td>Coupon 20 Meter Hemdentuch</td> <td>Linon oder Renforcé</td> <td>10.50 9.00 7.90</td> </tr> </table>			Coupon 10 Meter Hemdentuch	Linon oder Renforcé	4.95 4.00 2.95	Coupon 20 Meter Hemdentuch	Linon oder Renforcé	10.50 9.00 7.90
Coupon 10 Meter Hemdentuch	Linon oder Renforcé	4.95 4.00 2.95						
Coupon 20 Meter Hemdentuch	Linon oder Renforcé	10.50 9.00 7.90						
Tischtücher	Jacquardgewebe, gestümt, reinleinen, gebleicht	2.50 3.25 4.00 5.00 6.00 7.50						
Servietten	gestümt, Dtz.	7.50						

## Handtücher

Dreihandtuch	Gr. ca. 48/110, sehr haltbare großfädige Ware	3.90
Dreihandtuch	gestümt und 2mal gebändert, schweres Halbleinen, einmaliges Angebot	4.50
Dreihandtuch	Gr. ca. 50/110, ges. und zweimal geb., Ia. Halbleinen	5.50
Dreihandtuch	Gr. ca. 48/110 ges. und zweimal geb., Ia. Leinen	6.90
Dreihandtuch	Gr. ca. 48/110, ges. und zweimal geb., Ia. Leinen, boston Fabrikat	8.00
Gerstenkornhandtuch	Gr. ca. 50/110, ges. u. zweimal geb., Ia. Leinen, mit weisser Atlasbordüre	8.00
Damast-Handtuch	Gr. ca. 50/115, gestümt und zweimal geb., Ia. Reinleinen	8.00
Damast-Handtuch	Gr. 50/125, gestümt und zweimal geb., in elegant. Ausfüh. Dtz.	12.50
Taschentücher Partieposten	Rein- u. Halbleinen Dtz.	3.50
Madeiratauch	in guter Ausfüh., reich bestickt, Stück	30 Pf.
Einzelne Tischtücher	angestäubt	1.25 95 Pf.
Einzelne Tischtücher	Gr. ca. 100/165, aus Prima Halbleinen	2.25
Einzelne Tischtücher	Gr. ca. 120/165, weiss, aus schwerem Reinleinen	3.95
Tischtuch	Jacquardgewebe, gestümt, rein Leinen, zart weiss	2.95 3.75 4.50 4.95 5.50 6.95
Servietten	gestümt, Dtz.	7.90

## Damen-, Herren-, Kinder-Wäsche

Taghemden	Achselabschluss, Hemdentuch mit Langgetten	1.35 1.25
Taghemden	Achselabschl. aus feinfädig. Renforcé m. Stickerel-Hohls, reich garniert	2.45 1.95
Taghemden	Vorderschluss, aus Hemdentuch, mit Langgette	2.25 1.95 1.65
Beinkleider	Knieform, aus Renforcé mit breiter Stickerel	1.75 1.25
Beinkleider	Knieform, aus gut. Wäschetuch mit Schweizer Stickerel	2.75 2.25 1.95
Beinkleider	Knieform, aus Renforcé mit breitem Stickerel-Ansatz und Bandedurchzug	2.65 1.95
Frottier-Handtücher	prima Qualität, 60/120	95 Pf.
Damen-Jacken	aus Hemdentuch, mit Stickerel oder Hohlsaumbesatz	1.95 1.35
Damen-Jacken	aus feinem Renforcé mit breiter Stickerel	2.75 2.35 1.95
Damen-Jacken	aus Madapolam, halbfrei mit Stickerel	2.75 2.45
Fasson-Hemden	Renforcé mit breiter Stickerel und Bandedurchzug	1.75 1.35
Fasson-Hemden	aus gut. Renforcé m. Stickerel-An- u. Einsatz u. Bandedurchzug	2.35 1.95
Nachthemden	mit Umlegekragen und Stickerel	3.95 2.85
Nachthemden	halbfrei mit Stickerel-An- und Einsatz mit Bandedurchzug	4.25 3.45
Hemd u. Beinkleid	m. Stickerel-An- u. Einsatz u. Bandedurchzug Garn.	5.45 4.50 3.95
Wiener Garnituren	mit Stickerel und Valenciennes-Einsatz	8.75 7.95 5.85
Damen-Unterröcke	Volant aus Stickerelstoff und Stickerel-Ansatz	5.45 4.95
Batist-Unterröcke	mit Schweizer Mullstickerel reich garniert	9.75 8.45
Untertailen	mit Stickerel reich garniert	1.95 1.35 95 Pf.
Schweizer Stickereien	... Coupon	1.25 68 Pf.
Batist-Kinderkleider	ganz besonders billig.	

Ein Posten Damenhemden	Schälform, 2 mal Hohlsaum und Stickerel-Ansatz	2.25
Ein Post. Phantasiehemd.	aus feim. Makotuch m. Schweiz. Stickerel u. Einsatz, l. versch. Ausf.	2.75 3.45
Ein Posten Damen-Unterröcke	m. breit. Stickerel-Volant in schönen Mustern	3.65

## Weisswaren

Sticker.-Einhefte-Krag.	25, 13, 9 Pf.
Kinder-Garnituren	mit Stickerel u. Spachtelgarnierung 1.29 95, 78 Pf.
Weisse Tüdel-Schürz.	mit Stickerel garniert 95, 78, 48 Pf.
Servier-Schürzen	weiss 1.75 1.35 95 Pf.
Kinder-Schürzen	m. Stickerel 1.65 1.25 95 Pf.
Weisse Gürtel	... 1.35 95, 75 Pf.
Tüll-Decken-Läufer	75, 48, 28 Pf.
Gürtel	weiss 1.35 95, 75 Pf.
Korsette	weiss 1.75 1.28 95 Pf.

## Kleiderstoffe

Wollbatist	bis 110 cm br., Mtr. 1.35 1.10 78 Pf.
Kaschmir und Cheviot	reine Wolle 1.45 1.15
Eolienne und Popeline	vortügl. Qualität 1.95
Ein Posten halb fertige Batist-Leinen - Roben und -Blusen	Robe 4.90 II 6.90 III 8.75 Bluse 1.95 85 Pf.
Lochstickerei-Stoffe	Meter 95, 75 Pf.
Taffet, Chiffon u. Messal.	Mtr. 1.20 95 Pf.
Crépe de Chine	imit. reine Seide, Meter 1.35

## Konfektion

Seiden-Batist-Blusen	reich mit Stickerel 2.75 1.85 95 Pf.
Wollbatist-Bluse	Vorderteil mit Stickerel 4.75 2.45
Tüll-Bluse	neubeste Kimono-Fasson 5.25 3.50
Ein Posten seidene, Tüll- und Spachtel-Blusen	Wert bis 25 M. jetzt 8.65 6.45 3.95
Seiden-Batistkleid	reich mit Stickerel 10.50 7.25
Tüll-Kleider	eleganteste Fasson Wert bis 60 M., jetzt 18.75 12.50
Röcke	weiss in Cheviot, Woll- und Leinen-Batist 5.50 2.95

## Gardinen

Tüll-Bettdecken	... 3.50 2.25 1.60
Tüll-Bettdecken	über 2 Betten 5.50 4.75 3.45
Tüll-Stores	moderne Muster 3.75 2.25 1.50
Enorm billig!	Ein Posten Gardinen abgepasst Fenster 2 Flügel 5.25 4.25 3.25 2.25
Erbstüll-Stores	mit Volant 6.25 4.75 3.45
Erbstüll-Bettdecken	mit Volant 5.75 4.25
Erbstüll-Bettdecken	m. Volant über 2 Bett. 9.75 6.90

ca. 5000 m Tüll-, Valenciennes- u. Spachtel-Einsätze und Spitzen	Meter 9, 13, 25, 38 Pf.
Extra preiswert	Ein grosser Posten Tüll- und Batist-Bäffchen und Jabots Stück 60, 48, 38, 28 Pf.
Elegante Tüll-Stickerel u. Valenciennes-Stoffe	für Blusen Meter 1.95, 1.35, 95 Pf.

# Kaufhaus Wilhelm Joseph

Berlin, Gross-Görschenstr. 1

Schöneberg, Hauptstr. 163